



Bundesamt
für Wirtschaft und
Ausfuhrkontrolle



Merkblatt für stromkostenintensive Unternehmen 2019

zu den gesetzlichen Regelungen nach §§ 63 ff. Erneuerbare-Energien-Gesetz 2017 einschließlich der Regelungen zur Zertifizierung des Energieverbrauchs und der Energieminderungspotenziale

Inhaltsverzeichnis

I.	SINN UND ZWECK DER BESONDEREN AUSGLEICHSREGELUNG	1
1.	Was ist die EEG-Umlage?	1
2.	Konzept und Zielsetzung der Besonderen Ausgleichsregelung.....	1
II.	KREIS DER ANTRAGSBERECHTIGTEN	3
1.	Stromkostenintensive Unternehmen.....	3
2.	Selbständige Unternehmensteile (§ 64 Absatz 5 EEG 2017)	5
3.	Neu gegründete Unternehmen (§ 64 Absatz 4 EEG 2017).....	6
4.	Umstrukturierung/Umwandlung (§ 67 EEG 2017).....	6
III.	MATERIELLE ANTRAGSVORAUSSETZUNGEN	8
1.	Gesetzliche Grundlagen.....	8
2.	Stromverbrauch an einer Abnahmestelle	9
2.1	Stromverbrauch	9
2.2	Abnahmestelle.....	9
3.	Ermittlung der Stromkostenintensität	11
3.1	Maßgebliche Stromkosten.....	11
3.2	Bruttowertschöpfung nach EEG 2017.....	15
3.3	Nachweiszeitraum für die Ermittlung der Stromkostenintensität	21
4.	Zertifizierung	22
IV.	ANTRAGSVERFAHREN UND FORMELLE ANTRAGSVORAUSSETZUNGEN.....	23
1.	Antragstellung	23
1.1	Ausschlussfrist	23
1.2	Antragsunterlagen.....	24
1.3	Qualifizierte elektronische Signatur	26
2.	Nachweisführung.....	28
2.1	Stromlieferungsverträge für das letzte abgeschlossene Geschäftsjahr	28
2.2	Stromrechnungen für das letzte abgeschlossene Geschäftsjahr	29
2.3	Prüfungsvermerk/Bescheinigung des Wirtschaftsprüfers und Jahresabschlüsse	29
2.3.1	Allgemeines	29
2.3.2	Nachweis zum Betriebszweck und der Betriebstätigkeit des Unternehmens sowie der Abnahmestellen und Bescheinigungen der statistischen Landesämter.....	31
2.3.3	Nachweis der Strommengen nach § 6 Absatz 2 Nummer 1 und 5 DSPV.....	32
2.3.4	Nachweis der EEG-Umlage nach § 6 Absatz 2 Nummer 5 DSPV	35
2.3.5	Nachweis zu sämtlichen Bestandteilen der Bruttowertschöpfung.....	38
2.3.6	Nachweis der maßgeblichen Stromkosten nach § 5 Absatz 2 DSPV sowie der Stromkostenintensität nach § 64 Absatz 6 Nummer 3 EEG 2017	42
2.3.7	Nachweis zu sämtlichen Bestandteilen der Strombezugskosten nach § 6 Absatz 2 Nummer 2 DSPV..	43
2.4	Bescheinigung der Zertifizierungsstelle.....	45

2.5	Weitere Unterlagen	46
2.6	Ergänzende Angaben für eine Begrenzung der KWKG-Umlage	46

V. SELBSTÄNDIGE UNTERNEHMENSTEILE UND DEREN PRÜFUNG DURCH DEN WIRTSCHAFTSPRÜFER..... 47

1.	Eindeutige Abgrenzung vom Restunternehmen.....	47
2.	Aktive Beteiligung am wirtschaftlichen Verkehr.....	48
3.	Eigenständige Leitung.....	48
4.	Eigene Abnahmestelle	49
5.	Eigene betriebliche Grundfunktionen	49
6.	Ausgliederung und Lebensfähigkeit ohne wesentliche Umstrukturierung	51
7.	Eigener Jahresabschluss.....	51
8.	Zuordnung von Aufwendungen und Erträgen bei der Ermittlung der Bruttowertschöpfung.....	52
9.	Wichtige Besonderheiten bei sUT.....	53

VI. ANTRÄGE NACH § 64 ABSATZ 5A EEG 2017 (FREIWILLIGER EINBEZUG EIGENERZEUGTER, NICHT UMLAGEPFLICHTIGER STROMMENGEN)..... 56

1.	Gesetzliche Bestimmungen und ihre Auswirkungen auf die Antragstellung.....	56
2.	Nachweisführung.....	59
2.1	Prüfungsvermerk/Bescheinigung des Wirtschaftsprüfers und Jahresabschlüsse.....	59
2.2	Bescheinigung der Zertifizierungsstelle.....	64
2.3	Angabe sämtlicher Abnahmestellen des Unternehmens	64
2.4	Weitere Unterlagen	64
2.5	Ergänzende Angaben für eine Begrenzung der KWKG-Umlage	66

VII. SONDERFÄLLE 67

1.	Neugründung.....	67
2.	Umstrukturierung/Umwandlung (§ 67 EEG 2017).....	68
2.1	Definition der Umwandlung	68
2.2	Rechtsfolgen der Umwandlung	69
2.3	Umstrukturierung/Umwandlung bei Unternehmen.....	71
2.4	Umstrukturierung/Umwandlung bei sUT.....	72
3.	Erstmaliger Verbrauch bestimmter eigenerzeugter, umlagepflichtiger Strommengen (§ 61 e Absatz 1 oder 2 EEG 2017).....	74

VIII. ENTSCHEIDUNGSWIRKUNG (§ 66 EEG 2017)..... 75

1.	Begrenzungsentscheidung.....	75
2.	Umfang der Begrenzung	75
2.1	Begrenzung nach § 64 Absatz 2 EEG 2017.....	75
2.2	Begrenzung nach § 64 Absatz 5a i.V.m. § 64 Absatz 2 EEG 2017	77
2.3	Härtefallregelung	78

2.4	Transparenzpflichten gemäß UEBLL.....	78
2.4.1	Transparenzpflichten gemäß UEBLL für EEG 2017	79
2.4.2	Transparenzpflichten gemäß UEBLL für KWKG	79
2.4.3	Berichtigung der Berechnungsannahmen zu Transparenzpflichten.....	79
IX.	RÜCKNAHME DER ENTSCHEIDUNG, AUSKUNFT, BETRETUNGSRECHT (§ 68 EEG 2017)..	80
X.	MITWIRKUNGSPFLICHT NACH § 69 EEG 2017.....	81
XI.	GEBÜHREN UND AUSLAGEN.....	82
XII.	BEGRIFFSBESTIMMUNGEN (STICHWORTVERZEICHNIS)	83
XIII.	ANHANG.....	85
	Musterbeispiel einer Überleitungsrechnung	85
	IMPRESSUM	89

Abkürzungsverzeichnis

abgeschl.	abgeschlossenes
AbLaV	Verordnung über Vereinbarungen zu abschaltbaren Lasten (Verordnung zu abschaltbaren Lasten - AbLaV)
Abs.	Absatz
a. F.	alte Fassung
AFG	Arbeitsförderungsgesetz (AFG)
AntragsAS	Antragsabnahmestelle
Az	Aktenzeichen
BAFA	Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
BGBL.	Bundesgesetzblatt
BWS	Bruttowertschöpfung
bzw.	beziehungsweise
ct/kWh	Cent pro Kilowattstunde
d. h.	das heißt
DSPV	Besondere-Ausgleichsregelung-Durchschnittsstrompreis- Verordnung
EEG	Gesetz für den Ausbau erneuerbarer Energien (Erneuerbare- Energien-Gesetz)
EnWG	Gesetz über die Elektrizitäts- und Gasversorgung (Energiewirtschaftsgesetz - EnWG)
einschl.	einschließlich
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EU-KOM	Europäische Kommission
EVU	Elektrizitätsversorgungsunternehmen
gem.	gemäß
ggf.	gegebenenfalls
GuV	Gewinn- und Verlustrechnung
GWh	Gigawattstunde(n)
HGB	Handelsgesetzbuch
i. d. R.	in der Regel
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V.
inkl.	inklusive
i. S. d.	im Sinne des
ISO	International Organization for Standardization
i. V. m.	in Verbindung mit
KAV	Verordnung über Konzessionsabgaben für Strom und Gas (Konzessionsabgabenverordnung - KAV)
KWKG	Gesetz für die Erhaltung, die Modernisierung und den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung (Kraft-Wärme- Kopplungsgesetz - KWKG)
MessEG	Gesetz über das Inverkehrbringen und die Bereitstellung von Messgeräten auf dem Markt, ihre Verwendung und Eichung sowie über Fertigpackungen (Mess- und Eichgesetz - MessEG)
Nr.	Nummer
o. Ä.	oder Ähnliches
o. g.	oben genannt
Rn.	Randnummer
R&U-LL	Leitlinien für staatliche Beihilfen zur Rettung und

	Umstrukturierung nichtfinanzieller Unternehmen in Schwierigkeiten - Rettungs- und Umstrukturierungsleitlinien (Amtsblatt der Europäischen Kommission 2014/C 249/01)
S.	Satz
SKI	Stromkostenintensität
SpaEfV	Verordnung über Systeme zur Verbesserung der Energieeffizienz im Zusammenhang mit der Entlastung von der Energie- und der Stromsteuer in Sonderfällen (Spitzenausgleich-Effizienzsystemverordnung)
StromNEV	Verordnung über die Entgelte für den Zugang zu Elektrizitätsversorgungsnetzen (Stromnetzentgeltverordnung - StromNEV)
StromStG	Stromsteuergesetz (StromStG)
sUT	selbständiger Unternehmensteil
u. a.	unter anderem
UEBLL	Leitlinien für staatliche Umweltschutz- und Energiebeihilfen 2014-2020 (Amtsblatt der Europäischen Kommission 2014/C 200/01)
u. g.	unten genannt
UiS	Unternehmen in Schwierigkeiten
ÜNB	Übertragungsnetzbetreiber
usw.	und so weiter
VBh	Vollbenutzungsstunden
vgl.	vergleiche
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG)
z. B.	zum Beispiel
ZPO	Zivilprozessordnung

Es gelten die allgemeinen deutschen Sprachregelungen. Deshalb werden nicht zusätzlich weibliche Wortformen verwendet, soweit nicht ausdrücklich zwischen männlichen und weiblichen Formen unterschieden werden soll.

Wenn vom Wirtschaftsprüfer oder der Wirtschaftsprüferbescheinigung gesprochen wird, meint dieses gleichzeitig auch den vereidigten Buchprüfer, eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, einen genossenschaftlichen Prüfungsverband oder eine Buchprüfungsgesellschaft sowie die von diesen erstellten Bescheinigungen/Prüfungsvermerke.

Infolge der Verabschiedung des *IDW Prüfungsstandards: Prüfung von Abschlüssen, die nach Rechnungslegungsgrundsätzen für einen speziellen Zweck aufgestellt wurden* (IDW PS 480; aktuelle Fassung), und des *IDW Prüfungsstandards: Prüfung von Finanzaufstellungen oder deren Bestandteilen* (IDW PS 490; aktuelle Fassung) wird die Berichterstattung des Wirtschaftsprüfers nach dem Entwurf einer Neufassung des *IDW Prüfungsstandards: Sonstige betriebswirtschaftliche Prüfungen und ähnliche Leistungen im Zusammenhang mit energierechtlichen Vorschriften* (IDW EPS 970 n.F.) sowie nach dem *IDW Prüfungshinweis: Besonderheiten der Prüfung im Zusammenhang mit der Antragstellung stromkostenintensiver Unternehmen auf Besondere Ausgleichsregelung nach dem EEG 2017* (IDW PH 9.970.10) als Prüfungsvermerk bezeichnet. Im EEG 2017 wird hierfür der Begriff Bescheinigung verwendet.

I. Sinn und Zweck der Besonderen Ausgleichsregelung

1. Was ist die EEG-Umlage?

Das Gesetz für den Ausbau erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz, kurz: EEG)¹ regelt die bevorzugte Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Energien in das öffentliche Netz und garantiert den Betreibern dieser Anlagen eine finanzielle Förderung (die Einspeisevergütung oder, bei der Direktvermarktung, die Marktprämie). Dieser aus erneuerbaren Energien erzeugte Strom wird an der Börse verkauft. Die hierbei erzielten Einnahmen fallen aber insgesamt niedriger aus als die an die Anlagenbetreiber zu entrichtenden finanziellen Förderungen. In Höhe dieser Differenz entstehen daher Mehrausgaben, die nicht über die Vermarktung an der Börse gedeckt werden können und folglich in Form der sogenannten **EEG-Umlage** auf alle Stromverbraucher, d. h. auch auf Unternehmen, verteilt werden. Die Höhe der bundeseinheitlichen EEG-Umlage wird von den vier **Übertragungsnetzbetreibern (ÜNB)** Mitte Oktober eines Jahres unter Zugrundelegung der voraussichtlichen gesamten Mehrkosten für das Folgejahr in ct/kWh ermittelt und bekannt gegeben.

2. Konzept und Zielsetzung der Besonderen Ausgleichsregelung

Durch das EEG 2017 sollen die Kosten des Ausbaus der erneuerbaren Energien angemessen verteilt werden. Dabei sollen alle Stromverbraucher in adäquater Weise an den Kosten beteiligt werden – jedoch ohne dass dabei die internationale Wettbewerbsfähigkeit der stromkostenintensiven Industrie gefährdet wird.

Benötigt ein Unternehmen für die Produktion seiner Erzeugnisse sehr große Strommengen und erreichen die Stromkosten des Unternehmens unter Berücksichtigung der Mehrbelastung durch die EEG-Umlage ein besonders hohes Niveau im Verhältnis zu seiner Bruttowertschöpfung, so kann dies zu einer Beeinträchtigung seiner internationalen Wettbewerbsfähigkeit führen und das Unternehmen zur Abwanderung ins Ausland veranlassen. Um solchen negativen Auswirkungen aufgrund der EEG-Umlage-Mehrbelastung entgegenzusteuern, gibt es für besonders stromkostenintensive Unternehmen eine Entlastungsmöglichkeit, die Besondere Ausgleichsregelung nach dem EEG. Im Rahmen der Besonderen Ausgleichsregelung können stromkostenintensive Unternehmen bestimmter Branchen sowie Schienenbahnen beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (**BAFA**) einen Antrag auf Begrenzung der EEG-Umlage stellen.

Die Begrenzung der EEG-Umlage erfolgt, um die Stromkosten dieser Unternehmen zu senken und so ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit – bei Schienenbahnen die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber anderen Verkehrsträgern (intermodale Wettbewerbsfähigkeit) – zu erhalten. Diese Entlastung stromkostenintensiver Unternehmen führt zu einer entsprechend höheren EEG-Umlage für private Haushalte, öffentliche Einrichtungen, Landwirtschaft, Handel und Gewerbe sowie für diejenigen industriellen Stromabnehmer, die nicht von der Besonderen Ausgleichsregelung profitieren.

Die Besondere Ausgleichsregelung stellt jedoch zugleich sicher, dass auch die begünstigten Unternehmen einen Beitrag zur Förderung der erneuerbaren Energien leisten: Sie führt nicht zu einer vollständigen Freistellung von der Pflicht zur Zahlung der EEG-Umlage, sondern reduziert letztere. Das Risiko, dass bei zu hoher Umlagenschuld stromkostenintensive Unternehmen ihre Produktion bzw. Tätigkeit verringern oder ins Ausland verlagern, würde daher auch deren Beitrag zur Förderung erneuerbarer Energien minimieren bzw. verloren gehen lassen. Mit der Begrenzung der Umlagezahlungen wird also auch langfristig die Finanzierungsbasis für die Förderung der erneuerbaren Energien gesichert. Die Begrenzung erfolgt für von

¹ Dieses Merkblatt bezieht sich auf das Erneuerbare-Energien-Gesetz vom 21. Juli 2014 (BGBl. I S. 1066), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 17. Dezember 2018 (BGBl. I S. 2549) geändert worden ist (EEG 2017).

den Unternehmen selbst verbrauchte, umlagepflichtige Strommengen, was jeweils sowohl den von einem Elektrizitätsversorgungsunternehmen (EVU) gelieferten als auch teilweise den eigenerzeugten Strom erfasst.

Die Besondere Ausgleichsregelung ist eine Ausnahmegesetzvorschrift mit engen gesetzlichen Voraussetzungen. Ihre Inanspruchnahme ist an strenge, auf Basis von Ist-Daten zu erfüllende Voraussetzungen gebunden.

In diesem Zusammenhang ist insbesondere auch auf die für die Einreichung des Antrags und der vollständigen Antragsunterlagen geltende materielle Ausschlussfrist hinzuweisen. Es handelt sich hierbei um eine materielle Ausschlussfrist, bei der keine Möglichkeit zur Fristverlängerung oder zur Wiedereinsetzung in den vorigen Stand besteht. Die Rechtsfolgen einer Überschreitung dieser materiellen Ausschlussfrist treten auch dann ein, wenn einzelne, nach dem Gesetz innerhalb der Frist vorzulegende Antragsunterlagen oder gesetzlich vorgeschriebene Angaben ganz oder teilweise fehlen. **Vor diesem Hintergrund und im Hinblick auf die in der Regel weitreichenden finanziellen Folgen einer Fristversäumnis sollten die Unternehmen bei der Antragstellung besondere Sorgfalt walten lassen.**

Achtung!

Nach § 66 Absatz 1 EEG 2017 müssen Anträge **bis zum 30. Juni** eines Jahres beim BAFA eingereicht werden. Wird die Frist versäumt, führt dies zwangsläufig zu einer Ablehnung des Antrags.

Die Anträge müssen vollständig und ausschließlich auf elektronischem Wege über das BAFA-Portal ELAN – K2 gestellt werden. Es ist in jedem Fall erforderlich, dass die fristrelevanten Unterlagen tatsächlich hochgeladen und der Antrag fristgerecht eingereicht wurde. Bitte beachten Sie hierzu unbedingt auch die näheren Hinweise in Abschnitt IV. Antragsverfahren und formelle Antragsvoraussetzungen sowie die Anleitung ELAN-K2 (abrufbar auf der BAFA-Homepage unter http://www.bafa.de/DE/Energie/Besondere_Ausgleichsregelung/besondere_ausgleichsregelung_node.html#Anker3, **Formulare**).

Die Begrenzung der EEG-Umlage erfolgt stets auf Basis bestimmter Vergangenheitsdaten des Unternehmens und wird mit Wirkung für das auf das Antragsjahr folgende Kalenderjahr (Begrenzungsjahr) gewährt. Die Entscheidung über die Begrenzung der EEG-Umlage wird gegenüber dem antragstellenden Unternehmen, den diese beliefernden EVU und dem regelverantwortlichen ÜNB durch förmlichen Bescheid bekanntgegeben. Bei begrenzten Unternehmen wird die EEG-Umlage in Abhängigkeit von der Strombezugsmenge über die ÜNB erhoben.

II. Kreis der Antragsberechtigten

1. Stromkostenintensive Unternehmen

Der Gesetzgeber hat den Kreis der Berechtigten für eine Antragstellung nach den §§ 63, 64 EEG 2017 auf bestimmte stromkostenintensive Unternehmen beschränkt. Die Branchenlisten sind in der Anlage 4 des EEG 2017 festgeschrieben.

Unternehmensbegriff

Nur wenn ein Unternehmen der Definition des § 3 Nummer 47 EEG 2017 entspricht, kann es als antragsberechtigt gelten. Nach dieser Definition ist „Unternehmen“ jeder Rechtsträger, der einen nach Art und Umfang in kaufmännischer Weise eingerichteten Geschäftsbetrieb unter Beteiligung am allgemeinen wirtschaftlichen Verkehr nachhaltig mit eigener Gewinnerzielungsabsicht betreibt.

Ein Unternehmen ist die kleinste rechtlich selbständige Einheit, die über die geforderten Eigenschaften verfügt (vgl. auch BT–Drs. 18/1891 S. 201). Dies gilt auch für Einzelkaufleute.

Bei Konzernen wird deshalb immer die einzelne Konzerngesellschaft betrachtet. So können beispielsweise zwei rechtlich selbständige Schwestergesellschaften innerhalb eines Konzerns nicht als ein Unternehmen behandelt werden, sondern beide Schwestergesellschaften müssen unabhängig voneinander die Antragsvoraussetzungen für die Besondere Ausgleichsregelung erfüllen. Mehrere Einzelgesellschaften oder selbständige Unternehmensteile (sUT) eines Konzerns, die über eine Abnahmestelle Strom beziehen, können im Hinblick auf den von ihnen bezogenen Strom nur dann von der Ausgleichsregelung profitieren, wenn jede antragsberechtigte Einheit (Unternehmen oder sUT) für sich die Anforderungen erfüllt und einen entsprechenden Antrag stellt. Auch die Möglichkeit der Zusammenrechnung mehrerer Rechtsträger über die Konstruktion einer steuerlichen, umsatzsteuerlichen oder EEG-rechtlichen Organschaft ist ausgeschlossen.

Als Unternehmen wird die kleinste wirtschaftlich, finanziell und rechtlich selbständige Einheit, die unter einheitlicher und selbständiger Führung steht, angesehen. Mithin kann ein Unternehmen kein „leerer“ Rechtsträger sein, der keinerlei wirtschaftliche Aktivität entfaltet und über keinerlei wirtschaftliche, finanzielle oder personelle Mittel verfügt. Ein Unternehmen ist eine autonome Wirtschaftseinheit, in der Menschen und sachliche Mittel unter einheitlicher und selbständiger Leitung organisiert sind und in der Wirtschaftsgüter in Form von Waren erzeugt oder verändert werden. Insofern ist auch eine gewisse wirtschaftliche und finanzielle Selbständigkeit erforderlich. Das heißt, ein Unternehmen ist durch seine Unternehmensträger ein selbst entscheidendes Wirtschaftssubjekt, zugleich für seinen wirtschaftlichen Erfolg selbst verantwortlich und daher typischerweise auf langfristige Rentabilität angelegt.

Entscheidend für das Vorliegen eines Unternehmens ist das Gesamtbild der Verhältnisse. Es hat eine Gesamtwürdigung des Einzelfalls zu erfolgen.

Die Anforderungen an einen in kaufmännischer Weise eingerichteten Geschäftsbetrieb stimmen mit den Anforderungen an die Ausübung eines Gewerbes überein. Bereits die Gesetzesbegründung zum EEG 2012 verwies auf die Definition des § 15 Abs. 2 Einkommensteuergesetz (EStG). Ein Gewerbebetrieb muss am allgemeinen Wirtschaftsleben teilnehmen und sich durch eine organisatorische, finanzielle, sachliche und wirtschaftliche Verflechtung auszeichnen. Die Begriffsdefinition dient der Vermeidung von Missbrauch. Laut Gesetzesbegründung soll verhindert werden, dass unselbständige Subauftragnehmer oder Unternehmenskonstrukte, die lediglich als unselbständige verlängerte Werkbank oder in ähnlicher Form tätig werden, in den Genuss der Besonderen Ausgleichsregelung kommen, obwohl sie selbst gar nicht am allgemeinen Geschäftsverkehr teilnehmen und so auch nicht mit ihren Produkten selbst in einem internationalen Wettbewerbsverhältnis stehen.

Es wird eine eigene Gewinnerzielungsabsicht gefordert. Unternehmen ohne Gewinnerzielungsabsicht sind von der Antragstellung ausgeschlossen. Es ist jedoch nicht erforderlich, dass sie tatsächlich einen Gewinn erzielen. Die eigene Gewinnerzielungsabsicht erfordert, dass der antragstellende Rechtsträger eigene finanzielle Ziele verfolgt. Diese Konkretisierung soll der Auslagerung von stromintensiven Unternehmensfunktionen in wirtschaftlich scheinselfständige, rechtlich aber wirksam ausgegründete Unternehmensteile entgegenwirken.

Die Voraussetzungen des EEG-rechtlichen Unternehmensbegriffs und damit insbesondere wirtschaftliche und finanzielle Selbstständigkeit müssen unabhängig vom Gefüge im Konzernverbund erfüllt sein. Die Besondere Ausgleichsregelung verfolgt u. a. den Zweck, besonders stromkostenintensive Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen, zu begünstigen.

Vor diesem Hintergrund sind Umgehungs- und/oder bestimmte Optimierungsmodelle insbesondere dann kritisch zu sehen, wenn dadurch der Wettbewerb verzerrt würde. Werden Unternehmenskonstrukte entwickelt oder sind diese bereits umgesetzt, die auf einen Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten schließen lassen, ist davon auszugehen, dass eine Begrenzung dieser Gebilde nicht vereinbar ist mit dem Unternehmensbegriff nach § 3 Nummer 47 EEG 2017 und der Zielsetzung sowie dem Interesse der Gesamtheit der Stromverbraucher nach § 63 EEG 2017. In solchen Fällen stellt sich zudem die Frage, ob ein solches Unternehmen überhaupt noch der Liste 1 oder 2 des Anhangs 4 des EEG 2017 angehört (vgl. Ziffer 3.3.1 der Klassifikation der Wirtschaftszweige des Statistischen Bundesamts, Ausgabe 2008).

Vor diesem Hintergrund sieht das BAFA keine Antragsberechtigung für Unternehmenskonstrukte ohne wirtschaftliche und finanzielle Selbstständigkeit, die im Zweifel allein zur Optimierung der Bruttowertschöpfung geschaffen werden. Dies gilt insbesondere für reine „Produktionsgesellschaften“, die unter Anmietung fremder Betriebsmittel und im Wege der Arbeitnehmerüberlassung die Produktionsarbeiten für ein anderes Unternehmen durchführen.

Unternehmen in Schwierigkeiten

Grundsätzlich darf ein Unternehmen in Schwierigkeiten (UiS) im Sinne der Nummer 2.2. der Leitlinien der EU-KOM für die Rettung und Umstrukturierung nichtfinanzieller Unternehmen in Schwierigkeiten (R&U-LL) (siehe dazu Homepage „eur-lex.europa.eu“) keinen Bescheid über die Begrenzung der EEG-Umlage erhalten. Maßgeblich für die Beurteilung, ob ein UiS vorliegt, ist immer der Zeitpunkt, an dem die Beihilfe gewährt wird, also der Rechtsanspruch auf Förderung eingeräumt wird. Dies entspricht bei der Besonderen Ausgleichsregelung dem Datum des Begrenzungsbescheides.

Dem Grundsatz folgend, dass ein UiS keinen Begrenzungsbescheid erhalten darf, muss vor der Gewährung der Begrenzung eine Prüfung erfolgen, ob das antragstellende Unternehmen ein UiS nach Nummer 2.2. der R&U-LL ist. Ist dies nicht der Fall, kann der Antrag beschieden werden. Ist das Unternehmen hingegen ein UiS, kann der Antrag des Unternehmens ruhend gestellt werden.

Das antragstellende Unternehmen ist verpflichtet, beim BAFA jegliche Änderungen, die ein UiS begründen könnten, im Zeitraum zwischen Antragstellung und Bescheiderteilung anzuzeigen.

Branchenzugehörigkeit

Unternehmen, die eine Begrenzung der EEG-Umlage erhalten wollen, müssen einer der Branchen, die in den Listen 1 oder 2 der Anlage 4 zu § 64 EEG 2017 aufgeführt sind, angehören. Dort werden die Branchen identifiziert, die in Anbetracht ihrer Stromkosten- und Handelsintensität bei voller Umlagepflicht einem Risiko für ihre internationale Wettbewerbssituation ausgesetzt sind. Die Branchenlisten gehen auf die Umwelt- und Energiebeihilfeleitlinien der EU-Kommission (UEBLL) zurück.

Die Einordnung des Unternehmens in eine der beiden Listen der Anlage 4 bestimmt, welche Hürde der Stromkostenintensität für das betreffende Unternehmen maßgeblich ist. Zusätzlich muss das Unternehmen auch an der jeweils beantragten Abnahmestelle einer der Branchen in Anlage 4 angehören. Für die Begrenzungswirkung kommt es allerdings nur noch darauf an, ob das Unternehmen an der jeweiligen Abnahmestelle überhaupt zu einer Branche der Listen gehört, aber nicht zu welcher. Damit soll die Begrenzung zielgenau für die Bereiche des Unternehmens erfolgen, in denen Aktivitäten stattfinden, die die UEPLL als im internationalen Wettbewerb stehend identifizieren. Im Hinblick auf die Begrenzungswirkung wird nach Abnahmestellen differenziert.

Für die Zuordnung eines Unternehmens zu den Branchen nach Anlage 4 ist nach § 64 Absatz 7 EEG 2017 der maßgebliche Zeitpunkt das Ende des letzten abgeschlossenen Geschäftsjahres des Unternehmens.

2. Selbständige Unternehmensteile (§ 64 Absatz 5 EEG 2017)

Gemäß § 64 Absatz 5 EEG 2017 kann anstelle eines Unternehmens auch ein **selbständiger Unternehmensteil (sUT)** eine Begrenzung der EEG-Umlage erhalten, wenn bei diesem die in § 64 Absatz 1 bis 4a EEG 2017 genannten Anspruchsvoraussetzungen vorliegen. Grundvoraussetzung für die Antragsberechtigung eines selbständigen Unternehmensteils ist die **Branchenzugehörigkeit des Unternehmens zur Liste 1 der Anlage 4 des EEG 2017**. Somit kommt es nicht darauf an, welcher Branche der selbständige Unternehmensteil zugeordnet ist. Entscheidend ist die Zuordnung des Unternehmens und der Abnahmestelle(n). Ausführungen des antragstellenden Unternehmens sind dem Prüfungsvermerk/der Bescheinigung des Wirtschaftsprüfers beizufügen und vom Wirtschaftsprüfer zu würdigen.

Damit ein sUT in den Genuss einer Begrenzung nach § 64 EEG 2017 kommt, sind folgende Voraussetzungen zu erfüllen:

- a) Das Gesamtunternehmen ist einer Branche nach Liste 1 zuzuordnen.
- b) Es liegt ein sUT im Sinne der gesetzlichen Bestimmungen gemäß §§ 64 Absatz 5 EEG 2017 vor.
- c) Der sUT erfüllt die SKI von mindestens 14 Prozent.
- d) Die beantragte(n) Abnahmestelle(n) ist (sind) einer der Listen der Anlage 4 zuzuordnen.

In die gesetzlichen Bestimmungen des EEG 2012 wurde bereits eine Legaldefinition des selbständigen Unternehmensteils aufgenommen, die im Kontext der Präzisierungen in den Gesetzesbegründungen zu § 41 Absatz 5 EEG 2012 und § 64 Absatz 5 EEG 2014 auszulegen ist (vgl. BT-Drs. 18/1891, Gesetzesbegründung zu § 64 Absatz 5 EEG 2014, Seite 213, sowie BT-Drs. 17/6071, Gesetzesbegründung zu § 41 Absatz 5 EEG 2012, Seite 85). Ein sUT muss kumulativ folgende Tatbestandsmerkmale aufweisen:

- kein eigenständiger Rechtsträger,
- eigener Standort oder ein vom übrigen Unternehmen am Standort abgegrenzter Teilbetrieb,
- Vorhandensein der wesentlichen Funktionen eines Unternehmens,
- jederzeit bestehende Möglichkeit zur rechtlichen Verselbständigung und
- eigenständige Führung der Geschäfte,
- Erlöse werden wesentlich mit externen Dritten erzielt,
- eine eigene Abnahmestelle im Sinne von § 64 Absatz 6 Nummer 1 EEG 2017 (Details siehe Abschnitt III.2.2.);
- eine eigene Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung des sUT in entsprechender Anwendung der für alle Kaufleute geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches ist zu erstellen und prüfen zu lassen.

Um als sUT gelten zu können, ist es insbesondere erforderlich, dass die im betreffenden Unternehmensteil produzierten Produkte ganz oder überwiegend am Markt abgesetzt werden (Marktgängigkeit) und der Unternehmensteil über eine Leitungsebene mit eigenständiger Planungs- und Gestaltungsfreiheit verfügt.

Durch Unternehmensorganisation künstlich gebildete sUT, die lediglich zur Ausschöpfung der Möglichkeiten der Besonderen Ausgleichsregelung geschaffen werden, sollen nicht in den Genuss der Begünstigung nach §§ 63 ff. EEG 2017 kommen. Demnach stellen Teile eines Unternehmens, die lediglich Bestandteil eines Produktionsprozesses oder einer Produktionskette sind, keine sUT dar.

Bevor ein Antrag für einen sUT gestellt wird, empfiehlt es sich zu prüfen, inwieweit bereits der gesamte Rechtsträger die Voraussetzungen für eine Begrenzung der EEG-Umlage erfüllt und sich eine vorteilhaftere Begrenzung ergibt.

Achtung!

Eine Antragstellung nach § 64 Absatz 5a EEG 2017 (siehe hierzu Abschnitt VI.) ist für sUT nicht möglich.

Wichtige Erläuterungen zum sUT finden Sie im Abschnitt V.

3. Neu gegründete Unternehmen (§ 64 Absatz 4 EEG 2017)

Antragsberechtigt können auch neu gegründete Unternehmen sein.

Welche Unternehmen i. S. d. EEG 2017 als neu gegründet gelten, welche Voraussetzungen erfüllt werden müssen und welche Nachweise diesbezüglich zu erbringen sind, entnehmen Sie bitte dem Abschnitt VII.1.

4. Umstrukturierung/Umwandlung (§ 67 EEG 2017)

Umstrukturierungen/Umwandlungen stellen einen Einschnitt in das Unternehmensgefüge dar. Es ist davon auszugehen, dass solche Maßnahmen Auswirkungen auf die Antragstellung, die Nachweisführung und die Entscheidung des BAFA haben. Bitte entnehmen Sie hierzu die genaueren Informationen in Abschnitt VII.2.

Gut zu wissen

Bei Neugründungen und Umstrukturierungen/Umwandlungen empfiehlt es sich, möglichst frühzeitig mit dem BAFA Kontakt aufzunehmen.

Überblick über die Antragsmöglichkeiten nach dem EEG 2017 für das Begrenzungsjahr 2020:

Branchen- zuordnung des Unternehmens nach Anlage 4 des EEG 2017	Stromkosten- intensität (SKI) für die Begrenzung im Kalenderjahr 2020	Unternehmen	Selbständiger Unternehmensteil	Rechtsgrundlagen
Liste 1	SKI \geq 14 %	X		§ 64 Absatz 1 EEG 2017
			X	§ 64 Absatz 5 i. V. m. Absatz 1 EEG 2017
	SKI \geq 14 % (einschl. nicht umlagepflichtiger selbsterzeugter Strommengen)	X	nicht möglich	§ 64 Absatz 1 i. V. m. Absatz 5a EEG 2017
Liste 2	SKI \geq 20 %	X		§ 64 Absatz 1 EEG 2017
			X	§ 103 Absatz 4 Satz 1 und 2 EEG 2017 (Härtefallregelung, sofern eine bestandskräftige Begrenzungsentscheidung für das Begrenzungsjahr 2014 vorliegt)
	14 % \leq SKI < 20 %	X		§ 103 Absatz 4 Satz 1 EEG 2017 (Härtefallregelung, sofern eine bestandskräftige Begrenzungsentscheidung für das Begrenzungsjahr 2014 vorliegt)
			X	§ 103 Absatz 4 Satz 1 und 2 EEG 2017 (Härtefallregelung, sofern eine bestandskräftige Begrenzungsentscheidung für das Begrenzungsjahr 2014 vorliegt)
SKI \geq 20 % (einschl. nicht umlagepflichtiger selbsterzeugter Strommengen)	X	nicht möglich	§ 64 Absatz 1 i. V. m. Absatz 5a EEG 2017	
keiner Branche nach Anlage 4 des EEG 2017 zuordenbar	SKI \geq 14 %	X		§ 103 Absatz 4 Satz 1 EEG 2017 (Härtefallregelung, sofern eine bestandskräftige Begrenzungsentscheidung für das Begrenzungsjahr 2014 vorliegt)
			X	§ 103 Absatz 4 Satz 1 und 2 EEG 2017 (Härtefallregelung, sofern eine bestandskräftige Begrenzungsentscheidung für das Begrenzungsjahr 2014 vorliegt)

III. Materielle Antragsvoraussetzungen

1. Gesetzliche Grundlagen

Begrenzung nach § 64 Absatz 1 EEG 2017

„Bei einem Unternehmen, das einer Branche nach Anlage 4 zuzuordnen ist, erfolgt die Begrenzung nur, soweit es nachweist, dass und inwieweit

1. im letzten abgeschlossenen Geschäftsjahr die nach § 60 Absatz 1 oder § 61 voll oder anteilig umlagepflichtige und selbst verbrauchte Strommenge an einer Abnahmestelle, an der das Unternehmen einer Branche nach Anlage 4 zuzuordnen ist, mehr als 1 Gigawattstunde betragen hat,
2. die Stromkostenintensität
 - a) bei einem Unternehmen, das einer Branche nach Liste 1 der Anlage 4 zuzuordnen ist, mindestens 14 Prozent betragen hat, und
 - b) bei einem Unternehmen, das einer Branche nach Liste 2 der Anlage 4 zuzuordnen ist, mindestens 20 Prozent betragen hat und
3. das Unternehmen ein zertifiziertes Energie- oder Umweltmanagementsystem oder, sofern das Unternehmen im letzten abgeschlossenen Geschäftsjahr weniger als 5 Gigawattstunden Strom verbraucht hat, ein alternatives System zur Verbesserung der Energieeffizienz nach § 3 der Spitzenausgleich-Effizienzsystemverordnung in der jeweils zum Zeitpunkt des Endes des letzten abgeschlossenen Geschäftsjahrs geltenden Fassung betreibt.“

Regelung nach § 103 Absatz 4 EEG 2017

Das EEG 2014 hatte die Voraussetzungen zur Inanspruchnahme der Besonderen Ausgleichsregelung neu gefasst, so dass einige Unternehmen die Voraussetzungen nicht mehr erfüllten (zum Beispiel, weil sie keiner Branche nach Anlage 4 des EEG 2014 zuzuordnen waren oder ihre Stromkostenintensität das erforderliche Maß nicht mehr erreichte).

§ 103 Absatz 4 EEG 2017 enthält für diese Unternehmen/sUT eine gesonderte Regelung:

„Für Unternehmen oder selbständige Unternehmensteile, die

1. als Unternehmen des produzierenden Gewerbes nach § 3 Nummer 14 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes in der am 31. Juli 2014 geltenden Fassung für das Begrenzungsjahr 2014 über eine bestandskräftige Begrenzungsentscheidung nach den §§ 40 bis 44 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes in der am 31. Juli 2014 geltenden Fassung verfügen und
2. die Voraussetzungen nach § 64 dieses Gesetzes nicht erfüllen, weil sie
 - a) keiner Branche nach Anlage 4 zuzuordnen sind oder
 - b) einer Branche nach Liste 2 der Anlage 4 zuzuordnen sind, aber ihre Stromkostenintensität weniger als 20 Prozent beträgt,
 begrenzt das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle auf Antrag die EEG-Umlage für den Stromanteil über 1 Gigawattstunde pro begrenzter Abnahmestelle auf 20 Prozent der nach § 60 Absatz 1 ermittelten EEG-Umlage, wenn und insoweit das Unternehmen oder der selbständige Unternehmensteil nachweist, dass seine Stromkostenintensität im Sinne des § 64 Absatz 6 Nummer 3 in Verbindung mit Absatz 1 und 2 dieses Paragraphen mindestens 14 Prozent betragen hat. Satz 1 ist auch anzuwenden für selbständige Unternehmensteile, die abweichend von Satz 1 Nummer 2 Buchstabe a oder b die Voraussetzungen nach § 64 dieses Gesetzes deshalb nicht erfüllen, weil das Unternehmen einer Branche nach Liste 2 der Anlage 4 zuzuordnen ist. Im Übrigen sind Absatz 3 und die §§ 64, 66, 68 und 69 entsprechend anzuwenden.“

Doppelungsregelung nach § 103 Absatz 3 EEG 2017

Bitte beachten Sie, dass die Doppelungsregelung nach § 103 Absatz 3 EEG 2017 seit dem Antragsjahr 2018 keinen Anwendungsbereich mehr hat.

2. Stromverbrauch an einer Abnahmestelle

2.1 Stromverbrauch

Für eine Begrenzung der EEG-Umlage ist es nach § 64 Absatz 1 Nummer 1 EEG 2017 zunächst erforderlich, dass das antragstellende Unternehmen im letzten abgeschlossenen Geschäftsjahr an der jeweils zu begünstigenden Abnahmestelle eine Strommenge von mehr als 1 Gigawattstunde (GWh) selbst verbraucht hat. Hierbei sind sowohl die von einem EVU bezogenen (§ 60 Absatz 1 EEG 2017) als auch die eigenerzeugten Strommengen, soweit sie der Umlagepflicht nach den § 61 ff. EEG 2017 voll oder anteilig unterlegen haben, zu berücksichtigen.

Um die selbst verbrauchte Strommenge an der jeweils zu begünstigenden Abnahmestelle zu ermitteln, sind von den gesamten bezogenen oder selbst erzeugten Strommengen grundsätzlich diejenigen Strommengen abzuziehen, die das Unternehmen an der zu begünstigenden Abnahmestelle an Dritte weitergeleitet hat. Dies gilt auch für Strommengen, die an Mutter-, Schwester- oder Tochtergesellschaften oder an Auftragnehmer weitergegeben werden. Grundsätzlich sind dem BAFA alle weitergeleiteten Mengen mitzuteilen und geeicht zu messen.

Im Zuge des am 21.12.2018 durch das Energiesammelgesetz novellierte EEG 2017 wurde rückwirkend zum 01. Januar 2018 mit den Vorschriften der §§ 62a, 62b und 104 Absatz 10 und 11 EEG 2017 die Möglichkeit eröffnet, Drittstrommengen vom im Rahmen der Antragstellung nachzuweisenden Selbstverbrauch auch schätzweise abgrenzen zu können. Einzelheiten zu diesen Regelungen entnehmen Sie bitte dem separaten Hinweisblatt zur Strommengenabgrenzung, das demnächst auf der Homepage des BAFA veröffentlicht wird.

Achtung!

Bitte beachten Sie, dass das Hinweisblatt zur Strommengenabgrenzung ausschließlich im Zusammenhang mit der Antragstellung nach den §§ 63 ff. EEG 2017 Geltung beansprucht. Der Anspruch des zuständigen Übertragungsnetzbetreibers auf Zahlung der EEG-Umlage nach den §§ 60 ff. EEG 2017 wird dadurch nicht berührt.

2.2 Abnahmestelle

Der Begriff der Abnahmestelle ist in § 64 Absatz 6 Nummer 1 EEG 2017 definiert. Danach ist eine Abnahmestelle die Summe aller räumlich und physikalisch zusammenhängenden elektrischen Einrichtungen einschließlich der Eigenversorgungsanlagen eines Unternehmens, die sich auf einem in sich abgeschlossenen Betriebsgelände befinden und über einen oder mehrere Entnahmepunkte mit dem Netz verbunden sind; sie muss über eigene Stromzähler an allen Entnahmepunkten und Eigenversorgungsanlagen verfügen.

Eigenversorgungsanlagen

Die Abnahmestelle erfasst auch Eigenversorgungsanlagen, wenn sie sich auf demselben, in sich abgeschlossenen Betriebsgelände befinden. Die selbst erzeugten und im unmittelbaren räumlichen Zusammenhang selbst verbrauchten Strommengen gehören zur Abnahmestelle und bedürfen eigener Stromzähler.

Räumlicher und physikalischer Zusammenhang

Bei der Beurteilung, ob es sich um eine Abnahmestelle handelt, hat eine wertende Zusammenfassung aller auf einem Betriebsgrundstück vorhandenen Verbindungsstellen zu erfolgen. Hintergrund ist, dass sowohl den technischen Zwängen Rechnung zu tragen ist, etwa dem Bezug aus Netzen verschiedener

Spannungsebenen, als auch Vorkehrungen zu treffen sind, wie die Schaffung mehrerer Verbindungen, um in Revisionszeiten die Stromversorgung nicht zu gefährden. Entscheidend ist zudem, dass die elektrischen Einrichtungen in der Dispositionsbefugnis des antragstellenden Unternehmens stehen.

Die technischen, elektrischen Einrichtungen müssen räumlich zusammenhängen und sich auf einem abgegrenzten, in sich geschlossenen Betriebsgelände befinden. Sie umfassen nicht nur die einzelnen Kuppelstellen zwischen dem Netz der allgemeinen Versorgung und dem Betriebsgelände des Unternehmens, sondern auch alle für den Strombezug erforderlichen Einrichtungen, wie Leitungen, Transformatoren, Umspannwerke und Schaltanlagen.

Abgeschlossenes Betriebsgelände und einheitlicher Betriebszweck

Für einen außenstehenden Dritten muss sich das Betriebsgelände deutlich als Einheit darstellen. Unterschiedliche Abnahmestellen liegen bereits vor, wenn auf einem Betriebsgelände mehrere hinsichtlich der Stromversorgung unabhängige und räumlich voneinander getrennte Bereiche bestehen. Sofern ein Unternehmen über verschiedene Betriebsgelände verfügt, können deren Strombezüge nicht als an einer Abnahmestelle bezogen angesehen und daher auch nicht addiert werden.

Der räumliche Zusammenhang eines in sich abgeschlossenen Betriebsgeländes ist ggf. noch gewahrt, wenn das Betriebsgelände durch eine öffentliche Straße in zwei Teile getrennt wird, jedoch die vorhandenen Betriebsanlagen und Betriebsmittel auf beiden Seiten der Straße ein sinnvolles Ganzes ergeben und die elektrischen Anlagen physikalisch miteinander verbunden sind. Von einem räumlichen Zusammenhang kann etwa grundsätzlich dann ausgegangen werden, wenn das Betriebsgelände auf beiden Seiten der Straße über direkte Förderbänder, Brücken oder Ähnliches miteinander verbunden ist, die dazu führen, dass insgesamt von einem einheitlichen, in sich geschlossenen Betriebsgelände auszugehen ist. Ein in sich abgeschlossenes Betriebsgelände liegt nicht mehr vor, wenn sich die zusammenhängenden elektrischen Einrichtungen über eine erhebliche Distanz erstrecken und sich zwischen den einzelnen Betriebsgeländen des Unternehmens Wohnbebauungen, Straßen, Felder, Wälder, Hafenanlagen, Flugplätze, öffentliche Einrichtungen oder andere Gewerbebetriebe befinden. Funktionelle oder historische Gründe sind für die Beurteilung der Einheitlichkeit des Betriebsgeländes irrelevant.

In diesem Zusammenhang kann auch der Betriebszweck der einzelnen Einrichtungen eine Rolle spielen. Dienen sämtliche Einrichtungen dem gleichen Betriebszweck, spricht dies grundsätzlich für das Vorliegen einer einzigen Abnahmestelle. An die Zusammenfassung aufgrund einheitlichen Betriebszwecks sind indes sehr hohe Anforderungen zu stellen. Ein einheitlicher Betriebszweck ist nicht mehr gegeben, wenn auf den durch eine öffentliche Straße getrennten Betriebsgeländen eine Produktion jeweils unterschiedlicher Produktionsstufen oder unterschiedlicher Produkte erfolgt.

Entnahmepunkte

Entnahmepunkte dienen der Verbindung der elektrischen Einrichtungen des Unternehmens mit dem vorgelagerten Netz. In der Regel handelt es sich um eine unmittelbare Verbindung mit dem Netz der allgemeinen Versorgung, die durch ihre Zählpunktbezeichnung eindeutig gekennzeichnet ist. Nach § 3 Nummer 35 EEG 2017 ist ein Netz die Gesamtheit der miteinander verbundenen technischen Einrichtungen zur Abnahme, Übertragung und Verteilung von Elektrizität für die allgemeine Versorgung. Eine mittelbare Verbindung des Betriebsgeländes zum Netz der allgemeinen Versorgung über private Leitungen oder Netze Dritter reicht für einen Entnahmepunkt aus.

Abnahmestelle bei einem sUT

Für die Anerkennung einer eigenen Abnahmestelle bei einem sUT ist es unschädlich, wenn der betreffende Entnahmepunkt selbst nicht direkt, sondern nur mittelbar mit dem öffentlichen Netz verbunden ist, soweit die Stromverbrauchsmengen des sUT mittels geeichter Zähler gemessen werden. Dabei können auch verschiedene Bereiche des sUT mit dem Netz des übrigen Unternehmens verbunden sein, sofern jede Zu- und Ableitung von Strom geeicht gemessen wird.

3. Ermittlung der Stromkostenintensität

Nach § 64 Absatz 6 Nummer 3 EEG 2017 ist die Stromkostenintensität das Verhältnis der maßgeblichen Stromkosten i. S. d. § 5 Absatz 2 Durchschnittspreisverordnung (DSPV) zum arithmetischen Mittel der Bruttowertschöpfung in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren des Unternehmens.

$$\text{SKI} = \frac{\text{maßgebliche Stromkosten}}{\text{arithmetisches Mittel der Bruttowertschöpfung von drei Jahren}}$$

Nähere Erläuterungen zur Bruttowertschöpfung nach EEG 2017 finden Sie in Abschnitt III.3.2.

Für die Ermittlung der maßgeblichen Stromkosten wurden Durchschnittsstrompreise eingeführt. Hierbei werden die maßgeblichen Stromkosten durch die Multiplikation des arithmetischen Mittels des Stromverbrauchs des Unternehmens in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren mit dem durchschnittlichen Strompreis für Unternehmen mit ähnlichen Stromverbräuchen berechnet. Die Ermittlung und Umsetzung der durchschnittlichen Strompreise sind in der DSPV geregelt.

$$\text{Maßgebliche Stromkosten} = \text{durchschnittlicher Strompreis} * \text{arithmetisches Mittel der Stromverbräuche aus drei Jahren}$$

3.1 Maßgebliche Stromkosten

Sofern das Geschäftsjahr dem Kalenderjahr entspricht, lassen sich die maßgeblichen Stromkosten wie folgt berechnen:

$$\text{Maßgebliche Stromkosten} = \text{durchschnittlicher Strompreis} * \frac{1}{3} (SV_1 + SV_2 + SV_3)$$

wobei SV_1 bis SV_3 jeweils für den Stromverbrauch des letzten, vorletzten und vorvorletzten abgeschlossenen Geschäftsjahres stehen

Durch die maßgeblichen Stromkosten ergibt sich damit eine stärkere Standardisierung für die Berechnung der Stromkosten im Vergleich zu tatsächlichen (unternehmensindividuellen) Stromkosten. Der für die Unternehmen einschlägige Durchschnittsstrompreis ergibt sich auf Grundlage der Strombezugsmenge und der Vollbenutzungsstunden im letzten abgeschlossenen Geschäftsjahr.

Für die Stromgestehungskosten der Eigenerzeugung ist kein Nachweis erforderlich. Sie gehen nicht in die Berechnung der Durchschnittspreise ein.

Die antragstellenden Unternehmen müssen auch ihre tatsächlichen (unternehmensspezifischen) Strombezugskosten berechnen und gegenüber dem BAFA nachweisen, da sie die Grundlage für die festzulegenden Durchschnittsstrompreise im Folgejahr darstellen.

Nähere Ausführungen zu den tatsächlichen Strombezugskosten entnehmen Sie bitte dem Abschnitt IV.2.3.7.

Im Nachfolgenden wird der Regelfall der Ermittlung der Stromkostenintensität dargestellt; die Regelungen für den Sonderfall nach § 64 Absatz 5a EEG 2017 finden Sie in Abschnitt VI.

Zuordnung zum durchschnittlichen Strompreis

Die Zuordnung eines antragstellenden Unternehmens zu einem durchschnittlichen Strompreis erfolgt nach § 5 Absatz 1 DSPV auf Basis von zwei Kriterien: erstens anhand der Summe der Strombezugsmenge und der nach § 61 umlagepflichtigen Strommengen (umlagepflichtiger, selbst erzeugter und selbst verbrauchter

Strom) und zweitens anhand der Vollbenutzungsstunden des Unternehmens. Beide Kriterien finden sich in der vom BAFA veröffentlichten Preistabelle wieder, so dass der einschlägige durchschnittliche Strompreis dort abgelesen werden kann.

Die Zuordnung zu einem durchschnittlichen Strompreis erfolgt auf Basis des letzten abgeschlossenen Geschäftsjahres des antragstellenden Unternehmens (§ 2 Nummer 4 DSPV).

Hinweis

Die Durchschnittsstrompreise für das Antragsverfahren 2019 sind separat auf der BAFA-Homepage unter [http://www.bafa.de/DE/Energie/Besondere Ausgleichsregelung/besondere_ausgleichsregelung_node.html#Anker5](http://www.bafa.de/DE/Energie/Besondere_Ausgleichsregelung/besondere_ausgleichsregelung_node.html#Anker5) bei **Publikationen** veröffentlicht.

Strombezugsmenge und nach § 61 EEG 2017 umlagepflichtige Strommengen

Als Strombezugsmenge gelten nach § 2 Nummer 5 DSPV sämtliche Strommengen, die ein antragstellendes Unternehmen im letzten abgeschlossenen Geschäftsjahr an allen seinen Abnahmestellen von einem EVU oder einem anderen Dritten bezogen hat, einschließlich der Strommengen, die das antragstellende Unternehmen an Dritte weitergeleitet hat.

Sofern der Nachweiszeitraum weniger als 12 Monate beträgt (Rumpfgeschäftsjahr), wird die Strommenge nach § 2 Nummer 5 DSPV nur für diesen Nachweiszeitraum ermittelt.

Zusätzlich werden nach § 5 Absatz 1 Satz 1 DSPV für die Zuordnung der Unternehmen zum durchschnittlichen Strompreis die selbst erzeugten und selbst verbrauchten Strommengen miteinbezogen, sofern diese nach § 61 EEG 2017 umlagepflichtig sind.

Vollbenutzungsstunden

Die Vollbenutzungsstunden (**VBh**) sind eine Kennzahl für die Gleichmäßigkeit des Strombezugs in einem bestimmten Zeitraum. Je gleichmäßiger ein Unternehmen Strom aus dem Netz bezieht, desto höher sind die Vollbenutzungsstunden. (Die Gleichmäßigkeit des Strombezugs wird in ähnlicher Form über das Konzept der Benutzungsstunden bei der Erstattung von Netzentgelten nach § 19 Absatz 2 Satz 2 Stromnetzentgeltverordnung angewendet.)

Für die Antragstellung zur Besonderen Ausgleichsregelung ergeben sich die Vollbenutzungsstunden eines Unternehmens nach § 2 Nummer 7 DSPV aus dem mengengewichteten arithmetischen Mittel der Benutzungsdauern der Antragsabnahmestellen.

Achtung!

Für die Ermittlung der Vollbenutzungsstunden sind nur die Antragsabnahmestellen relevant.

Die Benutzungsdauer einer Abnahmestelle ergibt sich aus der Division der entnommenen elektrischen Arbeit an der Antragsabnahmestelle durch die Jahreshöchstlast der Abnahmestelle jeweils im Nachweiszeitraum (§ 2 Nummer 7 DSPV).

$$\text{Benutzungsdauer je Antragsabnahmestelle} = \frac{\text{entnommene elektrische Arbeit je Antragsabnahmestelle}}{\text{Jahreshöchstlast je Antragsabnahmestelle}}$$

Die Jahreshöchstlast entspricht der maximalen entnommenen Last der Antragsabnahmestelle im Nachweiszeitraum. Die Jahreshöchstlast lässt sich typischerweise anhand von Abrechnungen der Netznutzung feststellen. Zum Nachweis ist regelmäßig die Vorlage der entsprechenden Netznutzungsrechnungen bzw. einer Bestätigung des jeweiligen Netzbetreibers erforderlich; hierbei ist eine Bestätigung per Email nicht ausreichend.

Die Vollbenutzungsstunden eines Unternehmens ergeben sich durch das mengengewichtete arithmetische Mittel der Benutzungsdauern der Antragsabnahmestellen (§ 2 Nummer 7 DSPV). Dabei wird die entnommene elektrische Arbeit der Antragsabnahmestellen für die Mengengewichtung verwendet. Dies lässt sich wie folgt darstellen:²

$$\text{Vollbenutzungsstunden} = \frac{\text{Summe von (entn. elektr. Arbeit je AntragsAS} * \text{Benutzungsdauer je AntragsAS)}}{\text{Strombezugsmenge aller beantragten Abnahmestellen}}$$

Bei Rumpfgeschäftsjahren, bei denen der Nachweiszeitraum weniger als ein Jahr beträgt, wird die Strombezugsmenge für die Ermittlung der Vollbenutzungsstunden linear auf ein Jahr hochgerechnet (§ 2 Nummer 7 DSPV). Dies soll sicherstellen, dass die Vollbenutzungsstunden aufgrund des verkürzten Nachweiszeitraums nicht verzerrt werden.

² Hinweis: In den Abbildungen entspricht „entn. elektr. Arbeit je AntragsAS“ der „entnommenen elektrischen Arbeit an der Antragsabnahmestelle“.

Beispielhafte Zuordnung eines Unternehmens zu einem durchschnittlichen Strompreis

In dem unten stehenden Beispiel wird die Tabelle mit den durchschnittlichen Strompreisen des Antragsverfahrens 2019 (Stand 28.02.2019) zugrunde gelegt. Hier wird die Strombezugsmenge (und die umlagepflichtige, selbst erzeugte und selbst verbrauchte Strommenge) in der vertikalen Achse angeordnet. Die Vollbenutzungsstunden werden für jede (Strommengen-)Gruppe in der horizontalen Achse abgetragen.

Strombezugsmenge und umlagepflichtige Eigenversorgung* [GWh]	Vollbenutzungsstunden [h]							
	0 - 1.733	>1.733 - 2.230	>2.230 - 2.644	>2.644 - 3.118	>3.118 - 3.623	>3.623 - 4.021	>4.021 - 4.746	>4.746
0,000000 - 2,930095	17,10 ct/kWh	16,80 ct/kWh	16,41 ct/kWh	15,64 ct/kWh	15,61 ct/kWh	14,95 ct/kWh	14,51 ct/kWh	14,33 ct/kWh
> 2,930095 - 4,596074	16,15 ct/kWh	16,01 ct/kWh	14,83 ct/kWh	14,64 ct/kWh	14,62 ct/kWh	14,26 ct/kWh	14,22 ct/kWh	13,87 ct/kWh
> 4,596074 - 7,086247	16,20 ct/kWh	15,31 ct/kWh	14,73 ct/kWh	14,60 ct/kWh	14,48 ct/kWh	14,15 ct/kWh	13,19 ct/kWh	13,52 ct/kWh
> 7,086247 - 10,912470	16,05 ct/kWh	15,06 ct/kWh	14,42 ct/kWh	13,92 ct/kWh	13,87 ct/kWh	13,82 ct/kWh	13,60 ct/kWh	12,90 ct/kWh
> 10,912470 - 16,903545	14,98 ct/kWh	14,16 ct/kWh	13,93 ct/kWh	13,99 ct/kWh	13,51 ct/kWh	13,57 ct/kWh	13,58 ct/kWh	11,98 ct/kWh
> 16,903545 - 28,654534	14,28 ct/kWh	13,74 ct/kWh	13,38 ct/kWh	13,61 ct/kWh	13,62 ct/kWh	13,06 ct/kWh	13,03 ct/kWh	11,59 ct/kWh
> 28,654534 - 63,022010	14,23 ct/kWh	13,49 ct/kWh	13,84 ct/kWh	12,94 ct/kWh	12,96 ct/kWh	12,80 ct/kWh	12,89 ct/kWh	11,16 ct/kWh
über 63,022010	12,84 ct/kWh	12,63 ct/kWh	12,54 ct/kWh	12,62 ct/kWh	12,14 ct/kWh	12,20 ct/kWh	11,98 ct/kWh	11,12 ct/kWh

(Bei der Angabe „Strombezugsmenge und umlagepflichtige Eigenversorgung“ handelt es sich um die Strombezugsmenge zuzüglich umlagepflichtiger, selbst erzeugter und selbst verbrauchter Strommenge (nach § 61 EEG 2017))

Ein Unternehmen mit 12 GWh als Strommenge (Strombezugsmenge zuzüglich umlagepflichtiger, selbst erzeugter und selbst verbrauchter Strommenge) ordnet sich in der fünften (Strommengen-)Gruppe mit dem Bereich von 10,912470 GWh bis 16,903545 GWh ein. Diese Gruppe wird mithilfe des gestrichelten Rahmens in der obigen Preistabelle dargestellt. Im nächsten Schritt vergleicht das Unternehmen seine Vollbenutzungsstunden mit den Grenzen der Untergruppen in der fünften (Strombezugs-)Gruppe. Mit einer Vollbenutzungsstundenanzahl von 5.100 VBh ist der für dieses Unternehmen einschlägige durchschnittliche Strompreis bestimmt und in der obigen Preistabelle in dem gepunkteten Rahmen zu finden. Dieser durchschnittliche Strompreis wird dann mit dem arithmetischen Mittel des Stromverbrauchs des Unternehmens aus drei Jahren multipliziert, um die maßgeblichen Stromkosten zu erhalten.

Gut zu wissen

Die Zuordnung in eine Untergruppe erfolgt immer für die Strommengen oder die Vollbenutzungsstundenanzahl, die größer als die untere Grenze und kleiner als die obere Grenze sind oder gleich groß wie die obere Grenze. Zum Beispiel bedeutet dies, dass bei der fünften (Strommengen-) Gruppe die Strommenge dieser Gruppe größer als 10,912470 GWh sein muss und gleichzeitig kleiner oder gleich 16,903545 GWh. Dies gilt analog für die Grenzen der Vollbenutzungsstunden, so dass die Vollbenutzungsstundenanzahl größer 5.065 VBh und kleiner oder gleich 5.371 VBh sein muss.

Bei der vorstehenden Tabelle handelt es sich um ein Musterbeispiel mit den für das Antragsjahr 2019 relevanten Werten. Die für die Berechnung im Antragsjahr 2019 gültige und zu verwendende Tabelle ist auf der Homepage des BAFA entsprechend veröffentlicht.

Arithmetisches Mittel des Stromverbrauchs

Die maßgeblichen Stromkosten basieren neben dem durchschnittlichen Strompreis auch auf dem Stromverbrauch. Laut § 5 Absatz 2 Satz 1 und Satz 2 DSPV wird hierbei das arithmetische Mittel des Stromverbrauchs aus den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren verwendet. Als Stromverbrauch werden selbst verbrauchte Strommengen des antragstellenden Unternehmens berücksichtigt, die von einem EVU oder einem anderen Dritten geliefert wurden oder die nach § 61 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes umlagepflichtig sind und für die EEG-Umlage entrichtet wurde (§ 5 Absatz 2 Satz 1 und Satz 2 DSPV).

Der Stromverbrauch wird als arithmetisches Mittel der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre über die Multiplikation mit 1/3 berechnet. Unerheblich ist hierbei, ob es sich um ein 12 Monate umfassendes Geschäftsjahr oder ein Rumpfgeschäftsjahr handelt.

$$\text{Maßgebliche Stromkosten} = \text{durchschnittlicher Strompreis} * \frac{1}{3} (SV_1 + SV_2 + SV_3)$$

wobei SV_1 bis SV_3 jeweils für den Stromverbrauch des letzten, vorletzten und vorvorletzten abgeschlossenen Geschäftsjahres stehen

Mithilfe des arithmetischen Mittels des Stromverbrauchs und des zugeordneten durchschnittlichen Strompreises sind die maßgeblichen Stromkosten bestimmt. Die Stromkostenintensität des Unternehmens folgt dann aus der Division der maßgeblichen Stromkosten mit dem arithmetischen Mittel der Bruttowertschöpfung.

Gut zu wissen

Nähere Ausführungen zur Durchschnittspreisverordnung und deren Umsetzung im Antragsverfahren entnehmen Sie bitte dem „Hinweisblatt durchschnittliche Strompreise 2019“, veröffentlicht auf der Homepage des BAFA unter http://www.bafa.de/DE/Energie/Besondere_Ausgleichsregelung/besondere_ausgleichsregelung_node.html#Anker5 bei Publikationen veröffentlicht.

3.2 Bruttowertschöpfung nach EEG 2017

Definition der Bruttowertschöpfung

Die Bruttowertschöpfung umfasst die im Nachweiszeitraum erbrachte wirtschaftliche Leistung des Unternehmens, jedoch ohne Berücksichtigung von Zweigniederlassungen im Ausland (vgl. Ermittlung der Bruttowertschöpfung nach der Definition des Statistischen Bundesamtes, Fachserie 4, Reihe 4.3, Wiesbaden 2007, Informationen zur Kostenstrukturerhebung, Seite 1). Die erbrachte wirtschaftliche Leistung stellt hierbei das Ergebnis aus der **typischen** und **spezifischen** Leistungserstellung (der Produktion) des Unternehmens dar. Sie ist Ausdruck des Wertes aller in der **betreffenden Periode** produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich des Wertes der bezogenen und bei der Produktion verbrauchten Güter (Vorleistungen). Unter Vorleistungen ist der Wert der Waren und Dienstleistungen zu verstehen, die das inländische Unternehmen von anderen in- und ausländischen Wirtschaftseinheiten (Unternehmen) bezogen hat und im letzten abgeschlossenen Geschäftsjahr im Zuge der Produktion verbraucht hat. Außerordentliche, betriebs- und periodenfremde Einflüsse werden nicht einbezogen.

Das detaillierte Gliederungsschema zur Bruttowertschöpfung nach EEG 2017, auf das hier ausdrücklich verwiesen wird, finden Sie in Abschnitt IV.2.3.5. Ausführliche Erläuterungen zu den einzelnen Positionen entnehmen Sie bitte dem Informationsteil zur **Ermittlung der Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten nach der Definition des Statistischen Bundesamtes, Fachserie 4, Reihe 4.3, Wiesbaden 2007,**

der als separates Dokument auf der BAFA-Homepage unter [http://www.bafa.de/DE/Energie/Besondere Ausgleichsregelung/besondere_ausgleichsregelung_node.html#Anker5](http://www.bafa.de/DE/Energie/Besondere_Ausgleichsregelung/besondere_ausgleichsregelung_node.html#Anker5) bei **Publikationen** zur Verfügung gestellt ist.

Personalkosten für Leiharbeitnehmer

Anders als bei der Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten nach der Definition des Statistischen Bundesamtes dürfen nach § 64 Absatz 6 Nummer 2 EEG 2017 die Personalkosten für Leiharbeitnehmer nicht abgezogen werden. Damit werden abweichend von der Definition des Statistischen Bundesamtes bei der Berechnung der Bruttowertschöpfung nach EEG 2017 die Personalkosten für Leiharbeitsverhältnisse wie Personalkosten für die eigenen Beschäftigten des Unternehmens behandelt. Gleiches gilt im Fall der verdeckten Arbeitnehmerüberlassung, z.B. wenn zwei Unternehmen zwar einen Vertrag geschlossen haben, den sie als Werk-, Dienstleistungs- oder ähnlichen Vertrag bezeichnet oder ausgestaltet haben, der nach der tatsächlichen Vertragspraxis aber eine Arbeitnehmerüberlassung darstellt.

Jahresabschlüsse als Basis der Bruttowertschöpfungsrechnungen

Die Basis für die Bruttowertschöpfungsberechnungen nach EEG 2017 bilden die handelsrechtlich geprüften Jahresabschlüsse. Da bei der Ermittlung der Stromkostenintensität auf die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre abgestellt wird, muss für jedes einzelne Geschäftsjahr ein geprüfter handelsrechtlicher Jahresabschluss zur Ermittlung der Bruttowertschöpfung nach EEG 2017 zu Grunde gelegt werden, unabhängig von der Prüfungspflicht nach dem Handelsgesetzbuch (HGB.)

Um die Daten aus den Jahresabschlüssen in die Bruttowertschöpfungsrechnungen zu transferieren, sind Überleitungsrechnungen notwendig.

Die nachfolgenden Ausführungen erstrecken sich auf ausgewählte Positionen der Bruttowertschöpfungsrechnung nach EEG 2017. Zur Vermeidung von fehlerhaften Ansätzen und Bewertungen sollten die Unternehmen eine erhöhte Sorgfalt bei der Bruttowertschöpfungsberechnung walten lassen.

Erlöse in der Bruttowertschöpfungsrechnung

Insbesondere bei den Positionen „**Umsatz aus eigenen Erzeugnissen und aus industriellen/handwerklichen Dienstleistungen (Lohnarbeiten usw.) ohne Umsatzsteuer**“ sowie „**Umsatz aus sonstigen nichtindustriellen/nichthandwerklichen Tätigkeiten ohne Umsatzsteuer**“ können erfahrungsgemäß zwischen der Bruttowertschöpfungsrechnung und der GuV im Jahresabschluss Unterschiede bestehen. Diese beruhen einerseits auf Differenzen im Gliederungsschema, andererseits auf der qualitativen Einstufung und der dementsprechenden Zuordnung bestimmter Erlöse. Als Umsatz gilt, unabhängig vom Zahlungseingang, der Gesamtbetrag (ohne Umsatzsteuer) der abgerechneten Lieferungen und Leistungen an externe Dritte. Dabei sind auch getrennt in Rechnung gestellte Kosten für Fracht, Porto und Verpackung mit einzubeziehen. Es dürfen bei den Umsätzen nur Lieferungen und Leistungen mit externen Dritten berücksichtigt werden. Externe Dritte sind beispielsweise auch rechtlich selbständige Unternehmen desselben Konzerns. Abzusetzen sind Preisnachlässe (Rabatte, Boni, Skonti, Abzüge, die auf begründeten Beanstandungen beruhen und dergleichen) sowie Retouren.

In die Position Umsatz aus eigenen Erzeugnissen sind insbesondere einzuschließen:

- Umsätze aus dem Verkauf von allen im Rahmen der Produktionstätigkeit des Unternehmens entstandenen Erzeugnissen,
- die vollen Erlöse aus dem Verkauf von eigenen Erzeugnissen, die unter Verwendung von Fremdbauteilen hergestellt wurden,
- Umsätze aus dem Verkauf von Waren, die in Lohnarbeit bei anderen Unternehmen hergestellt wurden,
- Erlöse aus Reparaturen, Instandhaltungen, Installationen und Montagen,
- Umsätze aus dem Verkauf von Elektrizität, Fernwärme, Gas, Dampf, Wasser,
- Umsätze aus dem Verkauf von Nebenerzeugnissen,

- Erlöse für verkaufsfähige Produktionsrückstände (z. B. bei der Produktion anfallender Schrott, Gussbruch, Wollabfälle und Ähnliches),
- Erlöse für die Vermietung bzw. das Leasing von im Rahmen der Produktionstätigkeit des Unternehmens selbst hergestellten Erzeugnissen oder Anlagen,
- Erlöse aus Redaktions- und Verlagstätigkeit und
- Umsatz aus Recycling.

Soweit eine Erfassung von Erträgen bzw. Erlösen nicht unter der Position „Umsatz aus eigenen Erzeugnissen und aus industriellen/handwerklichen Dienstleistungen (Lohnarbeiten usw.) ohne Umsatzsteuer“ in Frage kommt, ist in der Regel ein Ansatz unter der Position „Umsatz aus sonstigen nichtindustriellen/nichthandwerklichen Tätigkeiten ohne Umsatzsteuer“ geboten. Um eine vollständige Erfassung der ansatzpflichtigen Erlöse zu gewährleisten, ist eine sorgfältige Analyse der verschiedenen Erlösarten bzw. der zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle erforderlich.

Zu der Position der „Umsätze aus sonstigen nichtindustriellen/nichthandwerklichen Tätigkeiten ohne Umsatzsteuer“ zählen im Wesentlichen:

- Umsätze aus der Vermietung und Verpachtung von Geräten, betrieblichen Anlagen und Einrichtungen, die nicht im Rahmen der Produktionstätigkeit des Unternehmens entstanden sind (einschließlich Leasing),
- Erlöse aus Wohnungsvermietung (von betrieblich und nicht betrieblich genutzten Wohngebäuden), jedoch ohne Erlöse aus Grundstücksverpachtung,
- Erlöse aus der Veräußerung von Patenten und der Vergabe von Lizenzen,
- Erlöse aus Transportleistungen für Dritte,
- Erlöse aus Belegschaftseinrichtungen (z. B. Erlöse einer vom Unternehmen auf eigene Rechnung betriebenen Kantine),
- Erlöse aus dem Verkauf von eigenen landwirtschaftlichen Erzeugnissen,
- Erlöse aus Reparaturen von Gebrauchsgütern, Instandhaltung und Reparatur von Kraftwagen und Krafträdern,
- Erlöse aus Instandhaltung und Reparatur von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen,
- Erlöse aus Beratungs- und Planungstätigkeit (z. B. Verwaltungs- und IT-Dienstleistungen an verbundene Unternehmen),
- Provisionseinnahmen und
- Erlöse aus der Personalgestellung

In diesem Zusammenhang sei auch auf die vorliegenden Urteile des Verwaltungsgerichts Frankfurt am Main mit der Geschäftsnummer 5 K 4621-14.F vom 19.06.2015 und 5 K 995-15.F vom 11.02.2016 verwiesen.

Unterschiedliche Ansätze in der GuV und der Bruttowertschöpfungsrechnung

Einige Aufwendungen, die in der GuV ergebnismindernd berücksichtigt werden, haben keine entsprechende Abzugsfähigkeit im Rahmen der Bruttowertschöpfungsrechnung oder werden erst auf einer der Bruttowertschöpfung nach EEG 2017 nachgelagerten Stufe in der Wertschöpfungsrechnung als Abzugspositionen erfasst. Bitte beachten Sie, dass insbesondere folgende Kosten bei der Ermittlung der Bruttowertschöpfung nach EEG 2017 **nicht abzugsfähig** (auch nicht unter der Position „Sonstige Kosten“) sind:

- Abschreibungen (sowohl auf das Anlagevermögen als auch auf das Umlaufvermögen)³,
- eigene Personalkosten des Unternehmens,
- freiwillige soziale Aufwendungen (Altersvorsorge),
- Kapitalkosten,
- Währungsdifferenzen,

³ Zuschreibungen sind korrespondierend ebenfalls in der Bruttowertschöpfungsrechnung nicht zu erfassen.

- Kursverluste,
- Forderungsverluste;
- Zuführungen zu den Rückstellungen sind ebenfalls nicht ansatzfähig. Eine Ausnahme bilden hierbei Rückstellungen für im letzten abgeschlossenen Geschäftsjahr erbrachte Leistungen, die noch nicht in Rechnung gestellt worden sind;
- Bußgelder,
- Gerichtskosten,
- Pauschal-/Einzelwertberichtigungen.

Es handelt sich bei den genannten Kosten um Beispiele und nicht um eine abschließende Darstellung sämtlicher nicht ansetzbarer Kosten.

Der Verbrauch einer Rückstellung kann hingegen bei der Berechnung der Bruttowertschöpfung wertmindernd berücksichtigt werden, soweit eine Vorleistung zugrunde liegt. Hinsichtlich der periodengerechten Zuordnung ist das Geschäftsjahr entscheidend, in der die Vorleistung verbraucht wurde.

Beispiel:

Im Jahr 2017 wird eine Rückstellung für eine unterlassene Instandhaltung, die innerhalb von drei Monaten im Folgejahr nachgeholt wird, i. H. v. 10.000 EUR gebildet. Der Aufwand aus der Zuführung zu den Rückstellungen wird in der GuV des Jahres 2017 abgebildet, kann jedoch nicht als Abzugsposition in der Bruttowertschöpfungsrechnung für das Jahr 2017 berücksichtigt werden, da noch keine entsprechende Vorleistung erbracht worden ist.

Im Jahr 2018 wird die Instandhaltung durchgeführt. Zahlung 10.000 EUR. In Höhe der eigentlichen Zahlung wird dann die Rückstellung verbraucht. Der Verbrauch der Rückstellung ist im vorliegenden Fall erfolgsneutral und hat keinen Einfluss auf die GuV des Jahres 2018. Der Aufwand wurde ja bereits verursachungsgerecht im Vorjahr berücksichtigt. Bei der Ermittlung der Bruttowertschöpfung für das Jahr 2018 kann der Verbrauch der Rückstellung dagegen berücksichtigt werden, da in diesem Jahr die Vorleistung erbracht wurde.

Zu beachten ist hierbei, dass Zuführung und Verbrauch nicht immer identisch sind. Sofern sich z.B. eine Zahlung i. H. v. 12.000 EUR ergeben hätte, würde handelsrechtlich ein zusätzlicher Aufwand i. H. v. 2.000 EUR entstehen. Dieser zusätzliche Aufwand ist ebenfalls in der Bruttowertschöpfung für das Jahr 2018 zu berücksichtigen.

Achtung!

Abschreibungen bzw. Wertminderungen auf das Anlagevermögen, aber auch Wertminderungen auf das **Umlaufvermögen** dürfen bei der Ermittlung der Bruttowertschöpfung nicht wertmindernd berücksichtigt werden.

Folglich sind die Bestände und Eingänge an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen sowie die Bestände an unfertigen und fertigen Erzeugnissen zu historischen Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten zu bewerten. Dies ergibt sich aus den Erläuterungen der Fachserie 4, Reihe 4.3, Wiesbaden 2007, des Statistischen Bundesamtes.

Bei der Bestandsbewertung können daher Unterschiede im Ausweis zwischen der Bruttowertschöpfungsrechnung und dem handelsrechtlichen Jahresabschluss existieren.

Beispiel:

Ein Unternehmen kauft am 15.07.2017 Rohstoffe für 2.000 EUR pro Stück. Am Bilanzstichtag liegt der Tageswert bei 1.800 EUR pro Stück.

Bilanzansatz zum 31.12.2017: 1.800 EUR

Ansatz in der Bruttowertschöpfungsrechnung: 2.000 EUR

Sollten keine Abschreibungen/ Wertberichtigungen auf das Umlaufvermögen vorgenommen worden sein, bestätigen Sie dies bitte ausdrücklich. Die Angabe des Wertes „0“ im entsprechenden Feld der Überleitungsrechnung könnte ansonsten im Rahmen der Antragsbearbeitung zu Rückfragen führen.

Sonstige Kosten

Es handelt sich nur dann um „Sonstige Kosten“, wenn die Aufwendungen folgende Merkmale **kumulativ** aufweisen:

- Dienstleistungen, die unter keiner anderen Position der Bruttowertschöpfungsrechnung eingeordnet werden können,
- ausschließlich an dritte Unternehmen geleistete Zahlungen,
- mit ausschließlichem Vorleistungscharakter,
- keine außerordentlichen, betriebs- oder periodenfremden Aufwendungen darstellen und
- aus der laufenden Produktion resultieren.

Zu den „Sonstigen Kosten“ zählen typischerweise (wenn sie die vorgenannten Kriterien erfüllen):

- Werbe-, Vertreter-, Reisekosten,
- Provisionen,
- Lizenzgebühren,
- Kosten für den Grünen Punkt,
- Ausgangsfrachten und sonstige Kosten für den Abtransport von Gütern durch fremde Unternehmen,
- Porto- und Postgebühren,
- Ausgaben für durch Dritte durchgeführte Beförderung der Arbeitnehmer zwischen Wohnsitz und Arbeitsplatz,
- Versicherungsbeiträge,
- Prüfungs-, Beratungs- und Rechtskosten,
- Bankspesen,
- Beiträge zur Industrie- und Handelskammer, zur Handwerkskammer, zu Wirtschaftsverbänden und dergleichen.

Kosten für Büro- und Werbematerial, Kosten für den eigengerzeugten und fremdbezogenen Strom sowie beispielsweise die Kosten für Öl, Gas, Kohle etc. sind **keine** „Sonstigen Kosten“. Sie sind unter der Position der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe zu erfassen.

Indirekte Steuern

Zu der Position „indirekte Steuern“ zählen gemäß Fachserie 4, Reihe 4.3 des Statistischen Bundesamtes z. B. Grundsteuer, Gewerbesteuer, Kraftfahrzeugsteuer und die Verbrauchssteuern (Bier-, Mineralöl-, Schaumwein-, Tabaksteuer und Branntweinaufschlag), die das Unternehmen auf die selbst hergestellten verbrauchsteuerpflichtigen Erzeugnisse schuldet. Verbrauchssteuern auf bezogene Erzeugnisse sind Anschaffungsnebenkosten und deshalb bei den Beständen bzw. Eingängen an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen zu berücksichtigen.

Bei gewerbesteuerlichen Organschaften wird teilweise im Konzern eine entsprechende Gewerbesteuerumlage weiterbelastet. Da sich die Arbeit des BAFA nach dem Gleichheitsgrundsatz richtet, wird im Rahmen der Bruttowertschöpfungsrechnung in diesen Fällen der Ansatz einer Gewerbesteuerumlage als „Sonstige indirekte Steuer“ akzeptiert. Der Steuerumlagebetrag ist wirtschaftlich betrachtet nur ein Substitut des Steueraufwandes, den die Organgesellschaft bei Nichtbestehen der Organschaft aufzuweisen hätte. Die abgeführten Gewerbesteuerumlagebeträge sind aus Transparenzgründen gesondert auszuweisen, z. B. als Unterposten „von der Obergesellschaft belastete Steuern“ oder als „Davon“-Vermerk (z. B. „Davon Steuerumlagen“).

Subventionen

Unter die Position „Subventionen“ fallen Zuwendungen, die Bund, Länder und Gemeinden oder Einrichtungen der Europäischen Gemeinschaften ohne Gegenleistung an das Unternehmen für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben (nicht spezielle Auftragsforschung für den Staat) oder für laufende Produktionszwecke gewähren, um

- die Produktionskosten zu verringern und/oder
- die Verkaufspreise der Erzeugnisse zu senken und/oder
- eine hinreichende Entlohnung der Produktionsfaktoren zu ermöglichen.

Hierzu zählen z. B.:

- Zinszuschüsse, gleichgültig für welche Zwecke sie gewährt werden (auch dann, wenn sie an den Kreditgeber direkt gezahlt werden),
- Frachthilfen,
- Lohnkostenzuschüsse für ältere Arbeitnehmer nach § 97 AFG,
- Eingliederungszuschüsse,
- Förderung nach dem Altersteilzeitgesetz (20-prozentige Aufstockung des Altersteilzeitentgeltes und die zusätzlich anfallenden Rentenversicherungsbeiträge),
- Stützungsmaßnahmen für Magermilch,

- Stromkostenbeihilfen im Rahmen des Emissionshandels (Strompreiskompensation): Erhält ein antragstellendes Unternehmen diese Beihilfen, sind diese Entlastungen als Subventionen zu berücksichtigen und dem Geschäftsjahr zuzurechnen, in dem der entsprechende Ertrag realisiert wurde),
- Steinkohlebeihilfen.

Subventionen dürfen in den Umsatzerlösen nicht enthalten sein.

Nicht zu den Subventionen zählen:

- Steuererleichterungen,
- Investitionszuschüsse und -zulagen nach dem Investitionszulagengesetz sowie Ersatzleistungen für Katastrophenschäden und sonstige außerordentliche bzw. außerhalb des Verantwortungsbereiches des Unternehmens liegende Verluste,
- Leistungen, die mit Umsatzsteuer belegt sind.
- Die durch eine frühere Begrenzungsentscheidung des BAFA aufgrund der Besonderen Ausgleichsregelung hervorgerufene geringere Verpflichtung zur Zahlung von EEG-Umlage stellt keine Subvention in diesem Sinne dar. Stromsteuerrückerstattungen gelten ebenfalls nicht als Subventionen i. S. d. Definition des Statistischen Bundesamtes, Fachserie 4, Reihe 4.3, Wiesbaden 2007. Sie stellen somit keine in der Bruttowertschöpfungsrechnung zu berücksichtigenden Erträge dar. Vielmehr sind diese als nachträgliche Kostenminderung unter der Position „Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe“ (Energiekosten) zu behandeln.

Zur Ermittlung der Bruttowertschöpfung nach EEG 2017 für sUT gelten ergänzende Bestimmungen. Hierzu mehr in Abschnitt V.

3.3 Nachweiszeitraum für die Ermittlung der Stromkostenintensität

Für die Ermittlung der Stromkostenintensität ist hinsichtlich der Bruttowertschöpfung auf das arithmetische Mittel der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre abzustellen.

Umfasst ein handelsrechtliches Geschäftsjahr weniger als 12 Monate, so dass es sich um ein **handelsrechtliches Rumpfgeschäftsjahr** handelt, so ist dieser Zeitraum als ein Geschäftsjahr zu Grunde zu legen. Zum Nachweis der Erfüllung der Antragsvoraussetzungen sind weder eine Hochrechnung der Daten des Rumpfgeschäftsjahres noch eine Prognoserechnung zulässig. Eine Zusammenrechnung von Daten aus mehreren Rumpfgeschäftsjahren zu einem Geschäftsjahr ist ebenfalls ausgeschlossen. Dies gilt auch dann, wenn ein 12 Monate umfassendes Geschäftsjahr (z.B. infolge eines Gesellschafterwechsels oder einer Umstrukturierung) in zwei Rumpfgeschäftsjahre gegliedert wurde.

Auch wenn also die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre einen Zeitraum von insgesamt weniger als 36 Monaten umfassen, errechnet sich die Stromkostenintensität wie folgt:

$$SKI = \frac{\text{durchschnittlicher Strompreis} * 1/3(SV_1 + SV_2 + SV_3)}{1/3(\text{Bruttowertschöpfung}_1 + \text{Bruttowertschöpfung}_2 + \text{Bruttowertschöpfung}_3)}$$

Beispiel:

Abgeschlossenes Geschäftsjahr	Stromverbrauch (kWh)	Bruttowertschöpfung (EUR)
Geschäftsjahr...[X - 2] 01.01. – 31.12.	2.900.000	2.050.000,00
Geschäftsjahr...[X - 1] 01.01. – 31.12.	2.800.000	2.100.000,00
Rumpfgeschäftsjahr...[X] 01.01. – 31.03.	1.200.000	450.000,00
Summe	6.900.000	4.600.000,00
Summe * 1/3	2.300.000	1.533.333,33

Annahme: Bei einer Strombezugsmenge von 1,2 GWh und einem angenommenem Wert der Vollbenutzungsstunden von >2.230 – 2.644h im abgeschlossenen Rumpfgeschäftsjahr ergibt sich im Beispiel ein durchschnittlicher Strompreis von 16,41 ct/kWh (s. o.g. DSP-Tabelle).

Die SKI in Höhe von 24,62 Prozent errechnet sich in diesem Beispiel dann wie folgt:

$$SKI = \frac{16,41 \text{ ct/kWh} * 1/3(2.900.000 + 2.800.000 + 1.200.000)}{1/3(2.050.000,00 + 2.100.000,00 + 450.000)}$$

Besonderheiten in Fällen neu gegründeter Unternehmen

Auch neu gegründete Unternehmen müssen den Nachweis der Erfüllung der Grenzwerte nach § 64 Absatz 1 EEG 2017 durch Vergangenheitsdaten erbringen. Zur Definition der „Neugründung“ und zu den für eine Antragstellung zu beachtenden Besonderheiten siehe Abschnitt VII.1.

4. Zertifizierung

Jedes antragstellende Unternehmen muss den Betrieb eines zertifizierten Energie- oder Umweltmanagementsystems nachweisen. Bitte beachten Sie, dass die Übergangsbestimmung nach § 103 Absatz 6 EEG 2017 seit dem Antragsjahr 2018 weggefallen ist.

Hinweise zur Nachweisführung entnehmen Sie bitte dem Abschnitt IV 2.4 bzw. bei Anträgen nach § 64 Absatz 5a EEG 2017 zusätzlich auch dem Abschnitt VI.2.3.

IV. Antragsverfahren und formelle Antragsvoraussetzungen

1. Antragstellung

Gut zu wissen

Eine frühzeitige Antragstellung erhöht die Planungssicherheit für die Unternehmen!

Die Vorteile im Überblick:

Qualifizierte Eingangsbestätigung bei Antragstellung bis 15. Mai 2019

Bei Anträgen, die bis zum 15. Mai 2019 eingereicht werden, nimmt das BAFA eine Vollständigkeitsprüfung vor. Liegen alle fristrelevanten Dokumente vor, erhält das Unternehmen eine qualifizierte Eingangsbestätigung. Das Unternehmen hat somit die Sicherheit, dass der Antrag formal vollständig ist und die Ausschlussfrist eingehalten ist. Fehlen noch fristrelevante Unterlagen, fordert das BAFA die Unternehmen auf, diese bis zum Ablauf der Ausschlussfrist, dem 01. Juli 2019, nachzureichen.

Positive Vorabinformation bei Antragstellung bis 31. Mai 2019

Unternehmen, die bis zum 31. Mai 2019 ihren Antrag vollständig einreichen, werden nach beanstandungsfreier Prüfung möglichst frühzeitig vor der Erteilung des Bescheids darüber informiert, dass die Prüfung des Antrags erfolgreich durchgeführt wurde. Die Vorabinformation ist nicht mit einer förmlichen Zusicherung gleichzusetzen, soll den Unternehmen aber planerische Sicherheit vermitteln. Der Bescheidversand erfolgt grundsätzlich zum Jahresende.

1.1 Ausschlussfrist

Der Antrag nach § 63 i. V. m. § 64 EEG 2017 einschließlich der Bescheinigungen/Prüfungsvermerke nach § 64 Absatz 3 Nummer 1 Buchstabe c und Nummer 2 EEG 2017 ist jeweils bis **zum 30. Juni eines Jahres (materielle Ausschlussfrist)** für das folgende Kalenderjahr zu stellen. Endet die Frist am Wochenende oder an einem Feiertag, müssen die **Anträge spätestens** am darauf folgenden Werktag **vollständig im BAFA eingegangen** sein.

Ausschlussfrist im Antragsjahr 2019

In diesem Antragsjahr ist die materielle Ausschlussfrist auf den **01. Juli 2019** festgelegt.

Verlängerte Ausschlussfrist für Neugründungen

Für neu gegründete Unternehmen i. S. d. § 64 Absatz 6 in Verbindung mit § 64 Absatz 4 EEG 2017 besteht eine verlängerte Ausschlussfrist, wonach die entsprechenden Antragsunterlagen vollständig bis zum **30. September 2019** eingereicht werden müssen. Dies gilt in bestimmten Fällen auch bei Umwandlungen i. S. d. § 3 Nummer 45 in Verbindung mit § 67 EEG 2017; es empfiehlt sich, diese Fallkonstellationen in jedem Fall frühzeitig vor der Antragstellung mit dem BAFA abzustimmen.

Papierloses Antragsverfahren

Der Antrag muss elektronisch gestellt werden.

Nach Antragstellung wird dringend empfohlen, sich im Antragsportal ELAN-K2 zu vergewissern, dass der Antrag eingereicht wurde. Dies kann man feststellen, indem man prüft, ob der Antrag unter „eingereichte Anträge“ angezeigt wird.

Eine Fristversäumnis führt unweigerlich zu einer Antragsablehnung.

Die Sicherstellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Antragstellung ist Chefsache!

Da es sich bei der Antragsfrist des § 66 Absatz 1 Satz 1 EEG 2017 um eine materielle Ausschlussfrist handelt, kann eine Fristverlängerung sowie eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand nach § 32 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) bei Fristversäumnis nicht gewährt werden. Dies gilt unabhängig davon, ob die Fristversäumnis verschuldet wurde oder nicht. Die alleinige Verantwortung für die Organisation der Antragvorbereitung und die rechtzeitige und ordnungsgemäße Antragstellung liegt beim Unternehmen und seinen Organen. Das Unternehmen kann sich nicht auf Versäumnisse, Krankheit o. Ä. einzelner Mitarbeiter berufen, da es die Organisation der ordnungsgemäßen und fristgerechten Antragstellung sicherstellen muss.

Die fristrelevanten Antragsunterlagen müssen innerhalb der Antragsfrist vollständig vorliegen.

Die fristrelevanten Unterlagen sind: der Antrag, die Zertifizierungsnachweise für das Energie- oder Umweltmanagementsystem und die Wirtschaftsprüferbescheinigung. Diese muss die in § 64 Absatz 3 Nummer 1 Buchstabe c vorgeschriebenen Angaben enthalten.

Papierloses elektronisches Teilnahmeverfahren über das Online-Portal ELAN-K2

Für die Antragstellung und die Übersendung der betreffenden Unterlagen wird Ihnen ein papierloses, elektronisches Teilnahmeverfahren über das Online-Portal ELAN-K2 zur Verfügung gestellt. Dieses Online-Portal beruht auf dem Konzept der Benutzer-Selbstverwaltung und enthält zahlreiche Hilfestellungen und Hinweise, um die Antragstellung einfacher und komfortabler durchzuführen. Maßgeblich für die rechtzeitige Antragstellung ist das **Datum des Eingangs** der fristrelevanten Antragsunterlagen im Online-Portal ELAN-K2 des **BAFA**. Eine Übersendung der Antragsunterlagen per E-Mail, Fax oder auf dem Postweg zur Fristwahrung ist nicht zulässig.

Um an diesem Verfahren zur Nutzung des Online-Portals des BAFA teilnehmen zu können, muss zunächst einmalig eine Registrierung erfolgen. Eine entsprechende Anleitung zur Selbstregistrierung im Online-Portal ELAN-K2 befindet sich auf der BAFA-Homepage unter

[http://www.bafa.de/DE/Energie/Besondere Ausgleichsregelung/besondere_ausgleichsregelung_node.html#Anker3](http://www.bafa.de/DE/Energie/Besondere_Ausgleichsregelung/besondere_ausgleichsregelung_node.html#Anker3), **Antragsverfahren mit ELAN K2**.

Nach der Freigabe der aktivierten Registrierung **muss** das Unternehmen das elektronische Teilnahmeverfahren über das Online-Portal ELAN-K2 für die Besondere Ausgleichsregelung nutzen. Sollte es bereits über eine Registrierung (z. B. aus dem Vorjahr) verfügen, so kann es sich für die Antragsbearbeitung mit der bereits vorhandenen Kennung und dem entsprechenden Passwort einloggen.

Im ELAN-K2-Portal ist es möglich, die erforderlichen Daten und Nachweise sukzessive bis zur materiellen Ausschlussfrist vorzubereiten und dem BAFA zuzuleiten. Im Hinblick auf die materielle Ausschlussfrist und die damit verbundenen Rechtsfolgen empfiehlt es sich, den Antrag möglichst frühzeitig zu stellen. Die Verantwortung für das rechtzeitige Hochladen und Zuleiten der vollständigen Antragsunterlagen liegt ausschließlich beim Antragsteller. Telefonische Auskünfte bezüglich des vollständigen Eingangs Ihres Antrages können aufgrund der Vielzahl der Anträge leider nicht erteilt werden. Allerdings erhalten Sie bei Antragseingang bis zum 15. Mai 2019 eine qualifizierte Eingangsbestätigung, aus der hervorgeht, ob und inwieweit die fristrelevanten Unterlagen vorliegen.

1.2 Antragsunterlagen

Im Antrag muss klar erkennbar sein, ob der Antrag für das Gesamtunternehmen oder für einen selbständigen Unternehmensteil gestellt wird. Zudem muss klar hervorgehen, an welchen konkreten Abnahmestellen des Unternehmens oder selbständigen Unternehmensteils die EEG-Umlage begrenzt werden soll.

Soweit Sie einen Antrag nach § 64 Absatz 5a EEG 2017 (Berücksichtigung nicht umlagepflichtiger Eigenversorgung) stellen möchten, müssen auch die Nachweise mit den für dieses Verfahren erweiterten Daten bis zur Ausschlussfrist (01. Juli 2019) im BAFA eingegangen sein. Gehen fristrelevante Unterlagen mit den betreffenden Daten erst danach ein, gilt der Antrag insgesamt als verfristet.

Gut zu wissen

Bei einer Antragstellung nach § 64 Absatz 5a EEG 2017 (Berücksichtigung nicht umlagepflichtiger Eigenversorgung) beachten Sie bitte unbedingt die Hinweise in Abschnitt VI. Dort werden auch die Nachweise, die vom Verfahren nach § 64 Absatz 1 EEG 2017 abweichen, noch einmal separat behandelt.

Sämtliche den Nachweiszeitraum betreffende Antragsunterlagen müssen zudem in jedem Antragsjahr erneut übermittelt werden. Ein Verweis auf Vorjahre ist nicht ausreichend (z. B. Feststellungen des Wirtschaftsprüfers aus den Vorjahresbescheinigungen, Anlagen zu Berichten aus Vorjahren usw.).

Ausschlussfristrelevante Unterlagen

- **der Antrag,**
- **der Prüfungsvermerk des Wirtschaftsprüfers/Wirtschaftsprüferbescheinigung einschließlich sämtlicher Anlagen/Pflichtangaben nach § 64 Absatz 3 Nummer 1 Buchstabe c EEG 2017 und**
- **der Nachweis der Zertifizierung (Energie- oder Umweltmanagementsystem)**

Bitte vergewissern Sie sich, dass die fristrelevanten Unterlagen tatsächlich hochgeladen und der Antrag fristgerecht abgesendet wurde. Für die fristgerechte Einreichung der Unterlagen über das ELAN-K2-Portal ist unbedingt auch die Anleitung ELAN-K2 zu berücksichtigen (abrufbar auf der BAFA-Homepage unter http://www.bafa.de/DE/Energie/Besondere_Ausgleichsregelung/besondere_ausgleichsregelung_node.html#Anker3, **Antragsverfahren mit ELAN K2**).

Weitere einzureichende Unterlagen

Mit dem Antrag müssen die Stromrechnungen, Netznutzungsrechnungen und Stromlieferungsverträge für das letzte abgeschlossene Geschäftsjahr übermittelt werden. Diese Unterlagen werden insbesondere für die Bestimmung der zukünftigen Durchschnittsstrompreise sowie die Prüfung der Strommengen benötigt.

Außerdem müssen die geprüften Jahresabschlüsse für die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre in jedem Antragsjahr jeweils erneut hochgeladen werden, um die vollständige Dokumentation und die eindeutige Zuordnung zu gewährleisten.

Darüber hinaus ist ein Nachweis über die Klassifizierung des Unternehmens und der beantragten Abnahmestellen durch die statistischen Landesämter in Anwendung der Klassifikation der Wirtschaftszweige des Statistischen Bundesamtes, Ausgabe 2008, einzureichen. Zugleich muss das Unternehmen die Einwilligung geben, dass sich das BAFA von den statistischen Landesämtern, bei denen das Unternehmen und seine Betriebsstätten registriert sind, die Klassifizierung übermitteln lassen kann.

Das Fehlen dieser Dokumente bei der Einreichung des Antrages führt allerdings nicht zum Fristversäumnis. Das BAFA erwartet jedoch, dass diese Unterlagen schnellstmöglich nachgereicht werden. Sollten diese Unterlagen nach Aufforderung dem BAFA nicht innerhalb einer angemessenen Frist vorgelegt werden, so wird der Antrag wegen mangelnder Mitwirkung und fehlender Möglichkeit der Prüfung der gesetzlichen Voraussetzungen abgelehnt.

Die persönliche Erklärung, die Sie am Ende des elektronischen Verfahrens erstellen und rechtsverbindlich unterschreiben müssen, ist über das ELAN-K2-Portal hochzuladen.

1.3 Qualifizierte elektronische Signatur

Nach § 66 Absatz 2 EEG 2017 ist der Antrag elektronisch über das vom BAFA eingerichtete Portal zu stellen. Daher muss die vom Wirtschaftsprüfer autorisierte elektronische Fassung des Prüfungsvermerks/der Bescheinigung einschließlich der Anlagen vom zu prüfenden Unternehmen mit einer qualifizierten elektronischen Signatur im Antragsportal (ELAN-K2) hochgeladen werden. Dies kann in zwei Varianten erfolgen: entweder in Form eines Dokuments mit eingebetteter Signatur (in den Dateiformaten PDF oder P7M) oder in Form von zwei Dokumenten (Inhaltsdatei: PDF, Signaturdatei: P7S).

Dabei sind folgende drei Schritte zu beachten:

1. Der/die in Papierform erteilte Prüfungsvermerk/Bescheinigung mit Unterschriften und Siegel einschließlich der Anlagen des zu prüfenden Unternehmens ist als ein PDF-Dokument einzuscannen.
2. Das erzeugte PDF-Dokument ist dahingehend zu überprüfen, ob es dem originalen Prüfungsvermerk einschließlich der Anlagen vollständig entspricht.
3. Ist dies der Fall, versieht der Wirtschaftsprüfer oder eine hierfür bestimmte, vertretungsberechtigte Person der Prüfungsgesellschaft das PDF-Dokument mit einer qualifizierten elektronischen Signatur gemäß Artikel 3 Nummer 12 der *VERORDNUNG (EU) Nr. 910/2014 des EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 23. Juli 2014 über elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für elektronische Transaktionen im Binnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 1999/93/EG (VO EU Nr. 910/2014)* und leitet es an das Unternehmen zur Einstellung in das Online-Portal ELAN-K2 des BAFA („Upload“) weiter.

Das Unternehmen ist selbst für das ordnungsgemäße und rechtzeitige Hochladen aller notwendigen Dokumente, d.h. des Wirtschaftsprüfer-Prüfungsvermerks inklusive einer gültigen elektronischen Signatur, verantwortlich.

Daher hat sich der Wirtschaftsprüfer rechtzeitig über die technischen und rechtlichen Anforderungen, die für die Authentifizierung des Prüfungsvermerks mit einer qualifizierten elektronischen Signatur gemäß Artikel 3 Nummer 12 VO EU Nr. 910/2014 erforderlich sind, zu informieren und sicherzustellen, dass er sie erfüllen kann (einfache und fortgeschrittene Signaturen gemäß Artikel 3 der Nummern 10 und 11 VO EU Nr. 910/2014 genügen nicht den Anforderungen).

Empfehlungen zur Erstellung qualifizierter elektronischer Signaturen:

- Das BAFA empfiehlt, Wirtschaftsprüfer-Prüfungsvermerke mit eingebetteten Signaturen (Dateiformate PDF bzw. P7M) zu verwenden.
- Werden qualifiziert elektronisch signierte Wirtschaftsprüfer-Prüfungsvermerke in Form von zwei Dokumenten hochgeladen, muss das Unternehmen sicherstellen, dass beide Dateien korrekt hochgeladen wurden. Es ist nicht ausreichend, nur eine dieser beiden Dateien hochzuladen. Zudem muss das Unternehmen sich vergewissern, dass die Inhaltsdatei und die Signaturdatei zusammenpassen.
- Sofern nicht der Wirtschaftsprüfer, der den Prüfungsvermerk bzw. die Bescheinigung unterzeichnet hat, sondern eine hierfür bestimmte, vertretungsberechtigte Person der Prüfungsgesellschaft das PDF-Dokument mit einer qualifizierten elektronischen Signatur versieht, sollte die Zugehörigkeit des Signaturautors zum Wirtschaftsprüfungunternehmen in den Attributen der Signatur genannt sein. Dies vermeidet Rückfragen seitens des BAFA zu vertretungsberechtigten Personen.
- Idealerweise sollte eine Signatur je Prüfungsvermerk angebracht werden. Werden in einem Prüfungsvermerk mehrere Signaturen (beispielsweise von zwei beteiligten Wirtschaftsprüfern/innen) angebracht, dann ist darauf zu achten, dass diese jeweils für das gesamte Dokument des

Prüfungsvermerks (d.h. alle Seiten) gelten. Mehrfache Signaturen durch eine Person oder mehr als zwei Signaturen je Dokument sind zu vermeiden.

- Es dürfen nur qualifizierte elektronische Signaturen in einem Wirtschaftsprüfer-Prüfungsvermerk angebracht werden. Signaturen mit geringerem Signaturniveau (z.B. einfache oder fortgeschrittene Signaturen) werden durch das BAFA nicht akzeptiert.
- Es sollten keine passwortgeschützten oder verschlüsselten Dokumente als Wirtschaftsprüfer-Prüfungsvermerk hochgeladen werden.
- Zur Erstellung von qualifizierten elektronischen Signaturen ist spezielle Software notwendig. Mit Software, die nur zum Lesen von PDF Dokumenten geeignet ist (d.h. reine PDF Reader), können keine qualifizierten elektronischen Signaturen erzeugt werden – auch nicht mit einer gültigen Signaturkarte.
- Prüfen Sie nach Erstellung der elektronischen Signatur anhand des beim BAFA im Antragsportal ELAN-K2 hochgeladenen Dokuments mit einer geeigneten Software⁴, ob die elektronische Signatur des Dokuments als valide ausgelesen wird und das richtige Signaturniveau hat.

Gut zu wissen

Das BAFA akzeptiert zur Fristwahrung ausnahmsweise den Wirtschaftsprüfer-Prüfungsvermerk in elektronischer Form (.pdf) auch ohne qualifizierte Signatur. Dabei ist sicherzustellen, dass der Wirtschaftsprüfer-Prüfungsvermerk in elektronischer Form ohne qualifizierte Signatur alle notwendigen Angaben enthält und es sich nicht um eine Entwurfsfassung oder Ähnliches handelt. Der Wirtschaftsprüfer-Prüfungsvermerk mit der erforderlichen elektronischen Signatur muss nachgereicht werden. Es handelt sich dabei um ein zentrales antragsrelevantes Dokument, ohne das kein Begrenzungsbescheid ergehen kann.

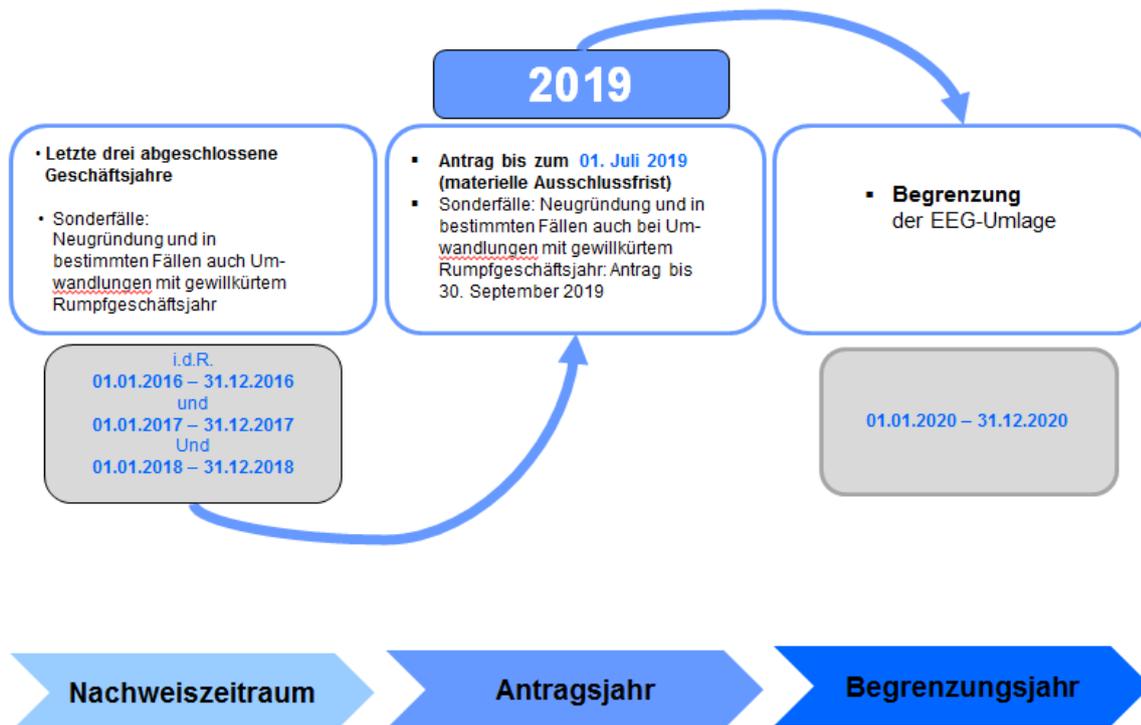
Alle weiteren Regelungen zum Wirtschaftsprüfer-Prüfungsvermerk bleiben von der Ausnahme zur elektronischen Signatur unberührt.

⁴ Die Bundesnetzagentur stellt eine Übersicht von Zertifizierungsanbietern für qualifizierte elektronische Signaturen und geeignete Software bereit: https://www.bundesnetzagentur.de/DE/Service-Funktionen/ElektronischeVertrauensdienste/QES/-WelcheAufgabenhatdieBundesnetzagentur/AufsichtundAkkreditierungvonAnbietern/ZertifizierungsdiensteAnbieter_node.html

2. Nachweisführung

Die dem Antrag zugrundeliegenden Daten stammen aus den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren (Nachweiszeitraum), die für eine Antragstellung im Jahr 2019 in der Regel die Jahre 2016 – 2018 umfassen. Das Schaubild verdeutlicht die Einteilung in die verschiedenen Phasen:

Zeitliche Abfolge am Beispiel des Antragsjahres 2019



Für die Prüfung der Anträge auf Begrenzung der EEG-Umlage sowie zur Bestimmung der durchschnittlichen Strompreise für das nächste Antragsjahr benötigt das BAFA von den Antragstellern Stromlieferungsverträge, Stromrechnungen, Netznutzungsrechnungen, den Prüfungsvermerk/die Bescheinigung des Wirtschaftsprüfers sowie die Jahresabschlüsse des Nachweiszeitraums und eine gültige Bescheinigung des Zertifizierers über den Betrieb eines anerkannten Umwelt- bzw. Energiemanagementsystems.

2.1 Stromlieferungsverträge für das letzte abgeschlossene Geschäftsjahr

Gemäß § 64 Absatz 3 Nummer 1 Buchstabe a EEG 2017 sind die das letzte abgeschlossene Geschäftsjahr betreffenden vollständigen Stromlieferungsverträge (inklusive etwaiger Nachträge, Zusatzvereinbarungen usw.) im Antragsportal des BAFA hochzuladen. Sollten neben mündlichen Absprachen keine schriftlichen Stromlieferungsverträge existieren, hat das Unternehmen den Antragsunterlagen Gesprächsprotokolle oder eine vom EVU bestätigte Erklärung beizufügen.

Wurde das antragstellende Unternehmen im Nachweiszeitraum von mehreren EVU mit Strom beliefert, sei es aufgrund eines unterjährigen Wechsels des Stromlieferanten oder dass mehrere Strombezugsquellen genutzt wurden, sind die Verträge mit sämtlichen Stromlieferanten zu übermitteln.

2.2 Stromrechnungen für das letzte abgeschlossene Geschäftsjahr

Darüber hinaus sind auch die das letzte abgeschlossene Geschäftsjahr betreffenden vollständigen Stromrechnungen beim BAFA hochzuladen. Hierbei müssen alle Stromkostenbestandteile (Netzentgelte, Stromsteuer, Umlagen) durch Vorlage der entsprechenden Rechnungen und eventuell ergänzender Dokumente belegt werden. Sofern für die Netzentgelte, die EEG-Umlage, die KWK-Umlage etc. separate Rechnungen gestellt werden, sind diese ebenfalls einzureichen. Es empfiehlt sich, Stromrechnungen und Stromlieferungsverträge vor der Übermittlung an das BAFA noch einmal auf Konsistenz zu überprüfen, damit eine vollständige, ordnungsmäßige Nachweisführung gewährleistet wird. Zum Nachweis genügt die Vorlage von Quartals- oder Jahresrechnungen, wenn darin die erforderlichen Informationen aus den Einzelrechnungen enthalten sind.

2.3 Prüfungsvermerk/Bescheinigung des Wirtschaftsprüfers und Jahresabschlüsse

2.3.1 Allgemeines

Nach § 64 Absatz 3 Nummer 1 Buchstabe c EEG 2017 ist ein Prüfungsvermerk des Wirtschaftsprüfers auf Grundlage der geprüften Jahresabschlüsse für die dem Antrag zugrunde liegenden Geschäftsjahre fristgerecht vorzulegen. Die Vorlage der geprüften Jahresabschlüsse sollte innerhalb der materiellen Ausschlussfrist erfolgen; sie können jedoch bis zur Bescheiderteilung nachgereicht werden. Erst wenn die geprüften Jahresabschlüsse beim BAFA vorliegen, kann das BAFA eine Entscheidung treffen. Dies gilt auch für nach dem Handelsgesetzbuch nicht prüfungspflichtige Unternehmen. Für die Prüfung nach § 64 Absatz 3 Nummer 1 Buchstabe c EEG 2017 gelten § 319 Absatz 2 bis 4, § 319b Absatz 1, § 320 Absatz 2 und § 323 des Handelsgesetzbuches entsprechend.

Wird der handelsrechtliche Jahresabschluss zum Zeitpunkt der Antragstellung nach §§ 63 ff. EEG 2017 noch durch den Abschlussprüfer geprüft, so hat das Unternehmen den noch nicht geprüften handelsrechtlichen Jahresabschluss einschließlich einer Erklärung vorzulegen. Aus dieser Erklärung muss hervorgehen, dass das Unternehmen den geprüften Jahresabschluss dem BAFA unverzüglich und unaufgefordert nachreicht. Wird der geprüfte Jahresabschluss dann nachgereicht, muss der Wirtschaftsprüfer eine verbindliche Erklärung abgeben, dass sich an dem eingereichten Prüfungsvermerk/der eingereichten Bescheinigung durch die nunmehr abgeschlossene Prüfung des Jahresabschlusses nichts mehr geändert hat. Bei Abweichungen ist ein Prüfungsvermerk/eine Bescheinigung über die korrigierten Unterlagen mit einer qualifizierten elektronischen Signatur einzureichen (Nachtragsprüfung).

Jahresabschlüsse mit eingeschränktem Bestätigungsvermerk

Liegt der Prüfung nach § 64 Absatz 3 Nummer 1 Buchstabe c EEG 2017 ein Jahresabschluss zugrunde, zu dem ein eingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt wurde, ist der Einschränkungsground unter Angabe der wesentlichen Auswirkungen auf das Ergebnis der Prüfung nach § 64 Absatz 3 Nummer 1 Buchstabe c EEG 2017 anzugeben (z. B. fehlende Teilnahme an der Inventur bei einem Erstantragsteller, fehlende Angaben der Geschäftsführerbezüge im Anhang).

Formale Mindestanforderungen an die Prüfung und den Prüfungsvermerk des Wirtschaftsprüfers

Der Prüfungsvermerk des Wirtschaftsprüfers ist hinsichtlich Aufbau, Struktur, Inhalt und Form zum einen so zu erstellen, dass er einen Standard erreicht, der mit den Verlautbarungen des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IDW) vergleichbar ist (siehe *Entwurf einer Neufassung des IDW Prüfungsstandards: Sonstige betriebswirtschaftliche Prüfungen und ähnliche Leistungen im Zusammenhang mit energierechtlichen Vorschriften (IDW EPS 970 n.F.)*). Zum anderen muss der Prüfungsvermerk dem aktuellen IDW Prüfungshinweis PH 9.970.10. Besonderheiten der Prüfung im Zusammenhang mit der Antragstellung stromkostenintensiver Unternehmen auf Besondere Ausgleichsregelung nach EEG 2017 (PH 9.970.10)) und damit auch den Gepflogenheiten des Berufsstands der Wirtschaftsprüfer in vollem Umfang gerecht werden.

Die Unternehmen und deren Wirtschaftsprüfer haben darauf zu achten, dass die vorgenannten Verlautbarungen der Beauftragung zugrunde gelegt werden.

Der Wirtschaftsprüfer hat die Prüfung in sachlicher, personeller und zeitlicher Hinsicht unter Berücksichtigung der vorgenannten Verlautbarungen so zu planen, dass eine ordnungsgemäße Prüfungsdurchführung gewährleistet ist. Dazu hat er sich ein Verständnis von dem zu prüfenden Unternehmen – einschließlich der Systeme zur Erfassung, Verarbeitung und Aufzeichnung der Daten, die für die Ermittlung der jeweils zu prüfenden Angaben der Gesellschaft relevant sind – und dessen Umfeld zu verschaffen.

Der Wirtschaftsprüfer hat sich im Zuge der Prüfung über die tatsächlichen Gegebenheiten zu informieren. Sämtliche Angaben des Unternehmens nach § 64 Absatz 3 Nummer 1 Buchstabe c i EEG 2017 i. V. m. § 6 Absatz 2 DSPV sind derart zu prüfen, dass der Wirtschaftsprüfer hinreichende Sicherheit erlangt, um eine Aussage treffen zu können, ob und inwieweit die Angaben des Unternehmens ordnungsgemäß sind. **Eine prüferische Durchsicht der gesetzlich geforderten Angaben und Unterlagen des Unternehmens genügt diesen Anforderungen nicht.** Prüfungsvermerke, die nicht den formalen Mindestanforderungen entsprechen, werden regelmäßig beanstandet.

Eine hinreichend detaillierte Nachweisführung hat durch das Unternehmen zu erfolgen, die dem Prüfungsvermerk des Wirtschaftsprüfers beizufügen ist. Soweit in dem Prüfungsvermerk des Wirtschaftsprüfers auf Ausführungen des antragstellenden Unternehmens verwiesen wird, sind diese dem Prüfungsvermerk als feste elektronische Bestandteile beizufügen.

Bitte beachten Sie, dass Prüfungsvermerke/Bescheinigungen über Nachtragsprüfungen durch den Wirtschaftsprüfer und Nachtragsbescheinigungen bzw. Bestätigungen durch den Wirtschaftsprüfer ebenfalls mit einer qualifizierten, elektronischen Signatur zu versehen und von dem Wirtschaftsprüfer auszustellen sind, der die ursprüngliche Prüfung durchgeführt hat.

Kein Einbezug des BAFA in Haftungsbeschränkungen und/oder vertragliche Beziehungen

Das BAFA kann auf Grund seiner hoheitlichen Tätigkeit weder direkt noch indirekt in Haftungsbeschränkungen und/oder vertragliche Beziehungen zwischen Wirtschaftsprüfer und dem Unternehmen einbezogen werden. Sind in dem Prüfungsvermerk Klauseln enthalten, die das BAFA durch Kenntnisnahme und/oder Nutzung des Prüfungsvermerks in die zwischen Unternehmen und Wirtschaftsprüfer getroffenen Regelungen einschließlich der Haftungsregelungen mit einbezieht, behält sich das BAFA vor, diesen Prüfungsvermerk nicht anzuerkennen. Liegt bis zur Ausschlussfrist kein „neuer“ Prüfungsvermerk des Wirtschaftsprüfers ohne diese Regelung beim BAFA vor, wird der Antrag als „verfristet“ zurückgewiesen.

Ein Hinweis auf die Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften ist jedoch unschädlich, wie z. B.

„Wir erteilen diesen Prüfungsvermerk auf Grundlage des mit der Gesellschaft geschlossenen Auftrags, dem, auch mit Wirkung gegenüber Dritten, die diesem Prüfungsvermerk beigefügten Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom [einzufügen: DATUM] zugrunde liegen.“

Nachweise im Prüfungsvermerk/in der Wirtschaftsprüferbescheinigung

Der Prüfungsvermerk/die Wirtschaftsprüferbescheinigung muss nach § 64 Absatz 3 Nummer 1 Buchstabe c EEG 2017 i. V. m. § 6 Absatz 2 DSPV die folgenden Nachweise, die in den nachfolgenden Abschnitten IV.2.3.2 bis 2.3.7 detailliert aufgeführt sind, enthalten:

- Nachweis zum Betriebszweck und zu der Betriebstätigkeit
- Angaben der Strommengen nach § 6 Absatz 2 Nummer 1 und 5 DSPV
- Angaben zu den EEG-Umlagen für die Strommengen nach § 6 Absatz 2 Nummer 5 DSPV
- Angaben zu sämtlichen Bestandteilen der Bruttowertschöpfung
- Angaben zu den maßgeblichen Stromkosten nach § 5 Absatz 2 DSPV
- Angaben zu sämtlichen Bestandteilen der Strombezugskosten nach § 6 Absatz 2 Nummer 2 DSPV

Achtung!

Sollten Sie einen Antrag nach § 64 Absatz 5a EEG 2017 stellen, sind erweiterte Angaben erforderlich. Dies betrifft insbesondere die in den Abschnitten IV.2.3.3 und 2.3.6 aufgeführten Tabellen, die Sie in modifizierter Form im Abschnitt VI. finden und bei der Antragstellung nach § 64 Absatz 5a EEG 2017 verwenden sollten.

Zusatzangaben bei Antragstellung für einen selbständigen Unternehmensteil

Sofern der Antrag für einen selbständigen Unternehmensteil gestellt wird, sind ferner gesonderte Erläuterungen zur Selbständigkeit des Unternehmensteils dem Prüfungsvermerk/der Bescheinigung des Wirtschaftsprüfers beizufügen. Bitte beachten Sie hierzu Abschnitt V.

2.3.2 Nachweis zum Betriebszweck und der Betriebstätigkeit des Unternehmens sowie der Abnahmestellen und Bescheinigungen der statistischen Landesämter

Nach § 64 Absatz 3 Nummer 1 Buchstabe d EEG 2017 muss der Antragsteller für das Unternehmen sowie die beantragten Abnahmestellen belegen, wie diese bei den statistischen Landesämtern nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige des Statistischen Bundesamtes, Ausgabe 2008, eingeordnet sind. Dieser Nachweis erfolgt durch eine Bescheinigung des Statistischen Landesamtes, die das Unternehmen anfordern muss und die die Klassifizierung des Unternehmens durch das Statistische Landesamt in eine vierstellige Wirtschaftszweig-Nummer enthält. Zugleich muss das Unternehmen mit der Antragstellung darin einwilligen, dass sich das BAFA die Klassifizierung durch die statistischen Landesämter, bei denen das Unternehmen oder seine Betriebsstätten registriert sind, übermitteln lassen darf. Dadurch erhält das BAFA die Möglichkeit, die Zuordnung zu den Branchen nach Anlage 4 des EEG 2017 nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige zu überprüfen.

Das BAFA entscheidet für die Besondere Ausgleichsregelung eigenverantwortlich, ob ein Unternehmen einer Branche nach Anlage 4 EEG 2017 in Anwendung der Klassifikation der Wirtschaftszweige zuzuordnen ist, und hat insoweit ein eigenes Prüfungsrecht. Es ist dabei an Zuordnungen anderer Behörden, insbesondere der statistischen Landesämter, nicht gebunden. Aus diesem Grund sind Ausführungen des Unternehmens zu den Schwerpunkten der Produktionstätigkeiten – bezogen auf das Unternehmen und die beantragte(n) Abnahmestelle(n) – in die Angaben aufzunehmen, die der Bescheinigung/des Prüfungsvermerks des Wirtschaftsprüfers beigelegt werden. Dies gilt insbesondere für Unternehmen, bei denen der Geschäftszweck nicht offensichtlich ist, so dass nähere Erläuterungen zum Produktionsverfahren und den erzeugten Produkten notwendig sind. Bei Unternehmen, die eine heterogene Produktionsstruktur haben oder auch im Dienstleistungsbereich tätig sind, sollten zur zweifelsfreien Einstufung aussagefähige Daten, (idealerweise) der Anteil der jeweiligen Produktgruppe bzw. Produktionsprozesse an der Bruttowertschöpfung, vorgelegt werden.

Gleiches gilt für Unternehmen, bei denen sich die Zuordnung gegenüber dem Vorjahr geändert hat. Aus der Bescheinigung/dem Prüfungsvermerk des Wirtschaftsprüfers muss hervorgehen, ob dem Wirtschaftsprüfer Anhaltspunkte vorliegen, dass es sich bei dem betreffenden Unternehmen nicht um ein Unternehmen der Liste 1 oder 2 der Anlage 4 des EEG 2017 handelt.

Der Bescheinigung/dem Prüfungsvermerk des Wirtschaftsprüfers sind Ausführungen des Antragstellers zum Betriebszweck und der Betriebstätigkeit des Unternehmens und der beantragten Abnahmestellen beizufügen (§ 64 Absatz 3 Nummer 1 Buchstabe c Doppelbuchstabe aa EEG 2017). Hierzu muss das Unternehmen eine detaillierte Beschreibung zum Schwerpunkt seiner Geschäftstätigkeiten erstellen, die es erlaubt, eine eindeutige Zuordnung des Unternehmens und der jeweils beantragten Abnahmestelle zum betreffenden Wirtschaftszweig nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige des Statistischen Bundesamtes, Ausgabe 2008, auf Viersteller-Basis vorzunehmen.

Der Wirtschaftsprüfer hat die Ausführungen des antragstellenden Unternehmens kritisch zu würdigen, in einer Analyse auf ihre Plausibilität zu prüfen und seine Beurteilung abzugeben. Es genügt nicht, lediglich auf die Ausführungen des Unternehmens oder die vorliegenden Bescheinigungen der statistischen Landesämter/des Statistischen Bundesamtes zu verweisen. Insbesondere in den Fällen, in denen die Einstufung durch die statistischen Landesbehörden von der Bestätigung des Wirtschaftsprüfers abweicht, ist die Entscheidung des Wirtschaftsprüfers ausführlich zu begründen.

2.3.3 Nachweis der Strommengen nach § 6 Absatz 2 Nummer 1 und 5 DSPV

Für jede beantragte und nicht beantragte Abnahmestelle des Unternehmens müssen die gesamten im Nachweiszeitraum (in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren) von einem EVU oder einem anderen Dritten gelieferten und selbst verbrauchten Strommengen des Unternehmens separat ausgewiesen werden. Hat das Unternehmen Strommengen an Dritte weitergeleitet, sind auch diese gesondert anzugeben. Bitte beachten Sie hierbei die Hinweise zur Abgrenzung des Stromverbrauchs im Hinweisblatt zur Strommengenabgrenzung, das demnächst auf der Homepage des BAFA veröffentlicht wird. Für die Ermittlung des Stromverbrauchs sind die selbst erzeugten und selbst verbrauchten Strommengen einzubeziehen, sofern sie nach § 61 EEG 2017 umlagepflichtig sind. Zur Darstellung wird auf die nachfolgenden Tabellen verwiesen.

Ist der räumliche Zusammenhang der Stromentnahmepunkte zweifelhaft, z. B. aufgrund einer Anschrift, die aus mehreren Straßennamen besteht, muss das antragstellende Unternehmen durch entsprechende Erläuterungen die für die Beurteilung erforderlichen Verhältnisse darlegen. In diesen Fällen hat der Wirtschaftsprüfer diese Angaben des Unternehmens dahingehend zu würdigen, ob ihm Sachverhalte bekannt geworden sind, die gegen die Richtigkeit dieser Erläuterungen zu den Eigenschaften der Abnahmestelle sprechen.

Die relevanten Strommengen sind in einer tabellarischen Aufgliederung in Form des nachstehenden Musters darzustellen. Nach der Definition des § 3 Nummer 44a EEG 2017 gelten als umlagepflichtige Strommengen diejenigen Strommengen, für die nach § 60 oder § 61 EEG 2017 die volle oder anteilige EEG-Umlage gezahlt werden muss; nicht umlagepflichtig sind Strommengen, wenn und solange die Pflicht zur Zahlung der EEG-Umlage entfällt oder sich auf null Prozent verringert. Diese Tabelle ist jeweils separat für die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre zu erstellen. Sofern mehrere nicht beantragte Abnahmestellen vorliegen, können die betreffenden Werte in einer Sammelposition „Übrige Abnahmestellen, für die im aktuellen Antragsjahr keine Begrenzung der EEG-Umlage beantragt wird“ ausgewiesen werden.

Die nachfolgenden Tabellen geben

- die von Elektrizitätsversorgungsunternehmen oder von einem anderen Dritten gelieferte Strommenge, die nach § 60 Absatz 1 oder § 61 EEG 2017 umlagepflichtig ist („Strombezugsmenge nach § 2 Nummer 5 DSPV“),
- die davon an Dritte weitergeleitete Strommenge,
- die selbst erzeugte und selbst verbrauchte Strommenge, für die nach § 61 EEG 2017 die EEG-Umlage entrichtet wurde („selbst erzeugte und selbst verbrauchte Strommenge, für die EEG-Umlage entrichtet wurde“),
- die selbst erzeugte und selbst verbrauchte Strommenge, für die keine EEG-Umlage entrichtet wurde,
- die insgesamt selbst verbrauchte Strommenge, für die EEG-Umlage nach § 60 Absatz 1 oder § 61 EEG 2017 entrichtet wurde („Stromverbrauchsmenge, für die EEG-Umlage entrichtet wurde“), an den Antragsabnahmestellen sowie an den übrigen Abnahmestellen des Unternehmens oder des selbständigen Unternehmensteils für den nachfolgenden Nachweiszeitraum wieder:
 - Geschäftsjahr vom ... [Datum] bis ... [Datum] (kurz: Geschäftsjahr ... [X]) und
 - Geschäftsjahr vom ... [Datum] bis ... [Datum] (kurz: Geschäftsjahr ... [X-1]) sowie
 - Geschäftsjahr vom ... [Datum] bis ... [Datum] (kurz: Geschäftsjahr ... [X-2])

In Fällen des § 64 Absatz 4 ggf. § 64 Absatz 4a i. V. m. § 67 Absatz 1 Satz 2 EEG 2017 ist der Nachweiszeitraum entsprechend anzupassen (z.B. Neugründungen oder Umwandlungen).

Die Angaben im WP-Prüfungsvermerk sollten wie folgt aufgebaut sein:

Bezeichnung der Abnahmestelle	Strommengen für das Geschäftsjahr ... [X]				
	Strombezugs- menge nach § 2 Nr. 5 DSPV	davon weitergeleitete Strommenge	selbst erzeugte und selbst verbrauchte Strommenge, für die EEG- Umlage ent- richtet wurde	selbst erzeugte und selbst verbrauchte Strommenge, für die keine EEG- Umlage ent- richtet wurde	Stromver- brauchsmenge, für die EEG- Umlage ent- richtet wurde
	[kWh] (1)	[kWh] (2)	[kWh] (3)	[kWh] (4)	[kWh] (1)-(2)+(3)
...					
...					
Übrige Abnahmestellen, für die im aktuellen Antragsjahr keine Begrenzung der EEG- Umlage beantragt wird					
Summe					
	Vgl. IV.2.3.6		Vgl. IV.2.3.6		

Bezeichnung der Abnahmestelle	Strommengen für das Geschäftsjahr ... [X-1]				
	Strombezugs- menge nach § 2 Nr. 5 DSPV	davon weitergeleitete Strommenge	selbst erzeugte und selbst verbrauchte Strommenge, für die EEG-Umlage entrichtet wurde	selbst erzeugte und selbst verbrauchte Strommenge, für die keine EEG- Umlage ent- richtet wurde	Stromver- brauchsmenge, für die EEG- Umlage ent- richtet wurde
	[kWh] (1)	[kWh] (2)	[kWh] (3)	[kWh] (4)	[kWh] (1)-(2)+(3)
...					
...					
Übrige Abnahmestellen, für die im aktuellen Antragsjahr keine Begrenzung der EEG- Umlage beantragt wird					
Summe					

Bezeichnung der Abnahmestelle	Strommengen für das Geschäftsjahr ... [X-2]				
	Strombezugs- menge nach § 2 Nr. 5 DSPV	davon weitergeleitete Strommenge	selbst erzeugte und selbst verbrauchte Strommenge, für die EEG-Umlage entrichtet wurde	selbst erzeugte und selbst verbrauchte Strommenge, für die keine EEG- Umlage entrichtet wurde	Stromver- brauchsmenge, für die EEG- Umlage ent- richtet wurde
	[kWh] (1)	[kWh] (2)	[kWh] (3)	[kWh] (4)	[kWh] (1)-(2)+(3)
...					
...					
Übrige Abnahmestellen, für die im aktuellen Antragsjahr keine Begrenzung der EEG- Umlage beantragt wird					
Summe					

Das arithmetische Mittel des Stromverbrauchs nach § 5 Absatz 2 Sätze 1 und 2 DSPV der Gesellschaft berechnet sich im Nachweiszeitraum wie folgt:

Stromverbrauchsmenge, für die EEG-Umlage entrichtet wurde	kWh
im Geschäftsjahr ... [X]	
im Geschäftsjahr ... [X-1]	
im Geschäftsjahr ... [X-2]	
arithmetisches Mittel (Stromverbrauch nach § 5 Absatz 2 Satz 1 und 2 DSPV)	

Selbständige Unternehmensteile müssen den Stromverbrauch ermitteln, der dem Anteil der externen Umsatzerlöse zuzuordnen ist. Dies stellt sicher, dass bei der Stromkostenintensität zwei vergleichbare Größen ins Verhältnis gesetzt werden.

Für selbständige Unternehmensteile ist somit statt der vorgenannten Tabelle die folgende Übersicht zur Ermittlung der Stromkostenintensität erforderlich.

Stromverbrauchsmenge, für die EEG-Umlage entrichtet wurde	kWh (1)	Anteil externer Umsatzerlöse an den Umsatzerlösen des sUT in % (2)	auf externe Erlöse entfallende Stromverbrauchsmenge in kWh (1) * (2) / 100
im Geschäftsjahr ... [X]			
im Geschäftsjahr ... [X-1]			
im Geschäftsjahr ... [X-2]			
arithmetisches Mittel (Stromverbrauch nach § 5 Abs. 2 Satz 1 und 2 DSPV)			

2.3.4 Nachweis der EEG-Umlage nach § 6 Absatz 2 Nummer 5 DSPV

Neben den Angaben zu den Strommengen des Unternehmens, die von EVU geliefert oder selbst erzeugt und selbst verbraucht wurden, hat das antragstellende Unternehmen anzugeben, in welcher Höhe ohne **Begrenzung für diese Strommengen die EEG-Umlage zu zahlen gewesen wäre (§ 64 Absatz 3 Nummer 1 Buchstabe c Doppelbuchstabe bb EEG 2017)** und in welcher Höhe die EEG-Umlage tatsächlich gezahlt wurde.

Die nachfolgenden Tabellen geben die EEG-Umlagen für die Strommengen nach § 6 Absatz 2 Nummer 5 DSPV, die ohne Begrenzung zu zahlen gewesen wären, an den Antragsabnahmestellen sowie an den übrigen Abnahmestellen des Unternehmens oder selbständigen Unternehmensteils für den nachfolgenden Nachweiszeitraum wieder:

- Geschäftsjahr vom ... [Datum] bis ... [Datum] (kurz: Geschäftsjahr ... [X]) und
- Geschäftsjahr vom ... [Datum] bis ... [Datum] (kurz: Geschäftsjahr ... [X-1]) sowie
- Geschäftsjahr vom ... [Datum] bis ... [Datum] (kurz: Geschäftsjahr ... [X-2])

Die Angaben im WP-Prüfungsvermerk sollten wie folgt aufgebaut sein:

	EEG-Umlage ohne Begrenzung für das Geschäftsjahr ... [X] für die			
	Strombezugs- menge nach § 2 Nr. 5 DSPV	davon weitergeleitete Strommenge	selbst erzeugte und selbst verbrauchte Strommenge, für die EEG-Umlage nach § 61 EEG 2017 entrichtet wurde	Stromverbrauchs- menge, für die EEG- Umlage entrichtet wurde
Bezeichnung der Abnahmestelle	[EUR] (1)	[EUR] (2)	[EUR] (3)	[EUR] (4)=(1)-(2)+(3)
...				
...				
Übrige Abnahmestellen, für die im aktuellen Antragsjahr keine Begrenzung der EEG-Umlage beantragt wird				
Summe				

	EEG-Umlage ohne Begrenzung für das Geschäftsjahr ... [X-1] für die			
	Strombezugs- menge nach § 2 Nr. 5 DSPV	davon weitergeleitete Strommenge	selbst erzeugte und selbst verbrauchte Strommenge, für die EEG-Umlage nach § 61 EEG 2017 entrichtet wurde	Stromverbrauchs- menge, für die EEG- Umlage entrichtet wurde
Bezeichnung der Abnahmestelle	[EUR] (1)	[EUR] (2)	[EUR] (3)	[EUR] (4)=(1)-(2)+(3)
...				
...				
Übrige Abnahmestellen, für die im aktuellen Antragsjahr keine Begrenzung der EEG-Umlage beantragt wird				
Summe				

	EEG-Umlage ohne Begrenzung für das Geschäftsjahr ... [X-2] für die			
	Strombezugs- menge nach § 2 Nr. 5 DSPV	davon weitergeleitete Strommenge	selbst erzeugte und selbst verbrauchte Strommenge, für die EEG-Umlage nach § 61 EEG 2017 entrichtet wurde	Stromverbrauchs- menge, für die EEG- Umlage entrichtet wurde
Bezeichnung der Abnahmestelle	[EUR] (1)	[EUR] (2)	[EUR] (3)	[EUR] (4)=(1)-(2)+(3)
...				
...				
Übrige Abnahmestellen, für die im aktuellen Antragsjahr keine Begrenzung der EEG-Umlage beantragt wird				
Summe				

In Fällen des § 64 Absatz 4 bzw. 4a ggf. i. V. m. § 67 Absatz 1 Satz 2 EEG 2017 ist der Nachweiszeitraum entsprechend anzupassen (z.B. Neugründungen oder Umwandlungen).

2.3.5 Nachweis zu sämtlichen Bestandteilen der Bruttowertschöpfung

Das Verhältnis der für das Unternehmen maßgeblichen Stromkosten i. S. d. § 5 Absatz 2 DSPV zur Bruttowertschöpfung des Unternehmens nach EEG 2017 ist für den Nachweiszeitraum zu ermitteln und transparent darzulegen. Gemäß § 64 Absatz 6 Nummer 2 EEG 2017 dient die Definition der Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten gemäß Fachserie 4, Reihe 4.3 des Statistischen Bundesamtes, Wiesbaden 2007 als Grundlage, doch dürfen die Personalkosten für Leiharbeitsverhältnisse nicht abgezogen werden (siehe hierzu Abschnitt III.3.2.). Die für die Nachweisführung erforderlichen Angaben sind vom Wirtschaftsprüfer zu prüfen, zu bestätigen und die bestätigten Darlegungen des Unternehmens der Bescheinigung/des Prüfungsvermerks beizufügen. Im Hinblick auf den für eine hinreichende Dokumentation erforderlichen Detaillierungsgrad hat eine entsprechende Darstellung der aufzubereitenden Daten zu erfolgen.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Ermittlung der Bruttowertschöpfung i. S. d. § 64 Absatz 6 Nummer 2 EEG 2017 des Unternehmen oder des selbständigen Unternehmensteils im Nachweiszeitraum:

- Geschäftsjahr vom ... [Datum] bis ... [Datum] (kurz: Geschäftsjahr ... [X]) und
- Geschäftsjahr vom ... [Datum] bis ... [Datum] (kurz: Geschäftsjahr ... [X-1]) sowie
- Geschäftsjahr vom ... [Datum] bis ... [Datum] (kurz: Geschäftsjahr ... [X-2]).

In Fällen des § 64 Absatz 4 bzw. 4a ggf. i. V. m. § 67 Absatz 1 Satz 2 EEG 2017 ist der Nachweiszeitraum entsprechend anzupassen (z.B. Neugründungen oder Umwandlungen).

		Geschäftsjahr		
		... [X-2] EUR	... [X-1] EUR	... [X] EUR
	Umsatz aus eigenen Erzeugnissen und aus industriellen/handwerklichen Dienstleistungen (Lohnarbeiten etc.) ohne Umsatzsteuer			
+	Umsatz aus Handelsware ohne Umsatzsteuer			
+	Provisionen aus der Handelsvermittlung			
+	Umsatz aus sonstigen nicht-industriellen/nicht-handwerklichen Tätigkeiten ohne Umsatzsteuer			
	Bestände an unfertigen und fertigen Erzeugnissen aus eigener Produktion:			
-	am Anfang des Geschäftsjahres			
+	am Ende des Geschäftsjahres			
+	Selbst erstellte Anlagen (einschließlich Gebäude und selbst durchgeführte Großreparaturen), soweit aktiviert			
=	Gesamtleistung – Bruttoproduktionswert ohne Umsatzsteuer			
	Bestände an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen:			
-	am Anfang des Geschäftsjahres			
+	am Ende des Geschäftsjahres			
-	Eingänge an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen ohne Umsatzsteuer, die als Vorsteuer abzugsfähig ist			
	Bestände an Handelswaren ohne Umsatzsteuer, die als Vorsteuer abzugsfähig ist:			

		Geschäftsjahr		
		... [X-2] EUR	... [X-1] EUR	... [X] EUR
-	am Anfang des Geschäftsjahres			
+	am Ende des Geschäftsjahres			
-	Eingänge an Handelswaren ohne Umsatzsteuer, die als Vorsteuer abzugsfähig ist			
-	Kosten für durch andere Unternehmen ausgeführte Lohnarbeiten (auswärtige Bearbeitung)			
=	Nettoproduktionswert ohne Umsatzsteuer			
-	Kosten für Leiharbeitnehmer			
-	Kosten für sonstige industrielle/handwerkliche Dienstleistungen (nur fremde Leistungen) wie Reparaturen, Instandhaltungen, Installationen und Montagen ohne Umsatzsteuer			
-	Mieten und Pachten ohne Umsatzsteuer			
-	Sonstige Kosten ohne Umsatzsteuer (detailliert aufgelistet)			
=	Bruttowertschöpfung ohne Umsatzsteuer			
-	Sonstige indirekte Steuern			
+	Subventionen für die laufende Produktion			
=	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten			
+	Personalkosten für Leiharbeitsverhältnisse*			
=	Bruttowertschöpfung nach § 64 Absatz 6 Nr. 2 EEG 2017			
Arithmetisches Mittel der Bruttowertschöpfung nach § 64 Absatz 6 Nr. 2 EEG 2017 in EUR				

*) Nach § 64 Absatz 6 Nummer 2 EEG 2017 vermindern die „Personalkosten für Leiharbeitsverhältnisse“ die Bruttowertschöpfung nach EEG 2017 nicht und müssen abweichend vom originären Gliederungsschema des Statistischen Bundesamtes wieder hinzugerechnet werden.

Darstellung der sonstigen Kosten

Bei der Ermittlung der Bruttowertschöpfung nach EEG 2017 nach dem oben abgebildeten Schema werden unter der Position „Sonstige Kosten“ eine Fülle unterschiedlichster Kosten erfasst. Ob und inwieweit bestimmte Aufwendungen nach den Definitionen des Statistischen Bundesamtes Abzugsposten darstellen, lässt sich häufig erst nach einem differenzierten Analyse- und Prüfungsprozess im Kontext zu den betreffenden Geschäftsvorfällen bzw. Konten beurteilen. Um diese Sammelposition in ihrer Zusammensetzung transparenter und plausibler zu machen, sind genaue Angaben zu den einzelnen Kostenarten und den auf sie entfallenden Teilbeträgen erforderlich. Deshalb hat eine tabellarische Darstellung (siehe Muster unten) mit genauen und möglichst selbsterklärenden Bezeichnungen zu erfolgen, die dem Prüfungsvermerk des Wirtschaftsprüfers als Anlage beizufügen ist.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Ermittlung der Position der „Sonstigen Kosten“ im Rahmen der Bruttowertschöpfung nach EEG 2017 des Unternehmens oder des selbständigen Unternehmensteils nach der Definition des Statistischen Bundesamtes, Fachserie 4, Reihe 4.3, Wiesbaden 2007 für den Nachweiszeitraum:

Bestandteile der „Sonstigen Kosten“	Geschäftsjahr		
	... [X-2] EUR	... [X-1] EUR	... [X] EUR
...			
...			
Sonstige Kosten (gesamt)			

[ggf. zusätzliche Erläuterungen zu den Bestandteilen]

Wesentlichkeitsschwelle

In dem Prüfungsvermerk/der Wirtschaftsprüferbescheinigung ist darzulegen, dass die in ihm/ihr enthaltenen Daten mit hinreichender Sicherheit frei von wesentlichen Falschangaben und Abweichungen sind. Die Wesentlichkeitsschwelle von 5 Prozent gemäß § 64 Absatz 3 Nummer 1 Buchstabe c EEG 2017 bezieht sich nicht auf Falschangaben des Unternehmens. **Jede entdeckte Falschangabe ist zu korrigieren, auch wenn sie eine Abweichung von weniger als 5 Prozent verursacht.** Die Wesentlichkeitsschwelle bezieht sich ausschließlich auf die Prüfung des Umfangs der dem Wirtschaftsprüfer durch das Unternehmen vorgelegten Bruttowertschöpfungsrechnung. Die Unternehmen dürfen bei der Ermittlung der Bruttowertschöpfung nach EEG 2017 diese Wesentlichkeitsschwelle nicht in Anspruch nehmen, d. h. hier ist die Bruttowertschöpfungsrechnung vollumfänglich und exakt mit den richtigen Ansätzen und Bewertungen nach den Regelungen der Fachserie 4, Reihe 4.3 des Statistischen Bundesamtes, Wiesbaden 2007, aufzustellen.

Übernahme und Korrektur der Daten aus Vorjahresanträgen

Sofern bereits in der Vergangenheit ein Antrag zur Besonderen Ausgleichsregelung EEG gestellt wurde, kann auf die vom BAFA bereits akzeptierten Werte einer Bruttowertschöpfungsrechnung zurückgegriffen werden. Bitte vergleichen Sie hierzu zunächst Ihre Angaben mit den Daten aus den Vorjahresbescheiden des BAFA. Es empfiehlt sich, auf die Verwendung von bereits in der Vergangenheit geprüften Daten aufmerksam zu machen. In jedem Fall sind aber die erforderlichen Bruttowertschöpfungen erneut darzustellen, ein Verweis auf bereits eingereichte Unterlagen ist nicht ausreichend.

Sollten Änderungen gegenüber den vom BAFA akzeptierten Werten erforderlich sein, ist eine differenzierte Betrachtung vorzunehmen. Grundsätzlich gilt, dass nachträglich festgestellte Fehler in den Wertansätzen für die Bruttowertschöpfungsrechnungen zu korrigieren sind.

Haben sich aufgrund von Korrekturen der Bilanz oder Gewinn- und Verlustrechnung die für den Nachweiszeitraum maßgeblichen Bruttowertschöpfungen nach dem EEG 2017 im Vergleich zum Vorjahresantrag geändert, ist zu unterscheiden, ob die Korrekturen aufgrund von Fehlern im Zahlenmaterial oder aufgrund der zulässigen Anwendung des Rechts auf nachträgliche Andersbewertung nach dem HGB erforderlich geworden sind.

Wenn das Unternehmen auf Grund von Fehlern im Zahlenmaterial seine Jahresabschlüsse und auch die Bruttowertschöpfungsrechnungen ändern musste, muss das Unternehmen diese Anpassung mit einem Hinweis transparent machen und dem BAFA die geänderten Jahresabschlüsse vorlegen.

Hat das antragstellende Unternehmen hingegen eine nachträgliche Andersbewertung nach dem HGB vorgenommen, hat es ein Wahlrecht ausgeübt. Wenn das Unternehmen die Korrektur aufgrund einer Andersbewertung für den aktuellen Antrag mitteilt, so müssen die aufgrund der Korrektur geänderten Jahresabschlüsse dem BAFA vorgelegt werden. Dies hat nur Auswirkungen auf den aktuellen Antrag, nicht aber auf zurückliegende Entscheidungen.

Achtung!

Änderungen in den Bruttowertschöpfungsrechnungen können Auswirkungen sowohl auf den aktuellen Antrag als auch auf zurückliegende Entscheidungen haben.

Sofern die Bruttowertschöpfung für Vorjahre geändert wurde, sind die Änderungen zu erläutern und diese in die Anlagen zur Wirtschaftsprüferbescheinigung/zum Prüfungsvermerk aufzunehmen.

Überleitungsrechnung nach dem BAFA-Muster

Um die Ableitung der Werte der Bruttowertschöpfungsrechnung aus den Werten des Jahresabschlusses transparent und nachvollziehbar darzustellen, reichen Sie bitte eine Überleitungsrechnung nach dem BAFA-Muster (siehe Anhang XIII.) ein. Wir möchten Sie bitten, ausschließlich diese Vorlage zu verwenden.

Bei allgemeinen Kontenbezeichnungen, wie z. B. „Sonstige Erträge“, „Übrige, sonstige, andere Aufwendungen“ und „Konzernumlage/-verrechnung“, ist für das BAFA nicht eindeutig erkennbar, ob und inwieweit es sich hierbei um ansatzfähige bzw. nicht ansatzfähige Posten nach dem Gliederungsschema des Statistischen Bundesamtes handelt. Diese Positionen sind hinsichtlich ihrer Bestandteile zu erläutern. Eine eindeutige Kontenbezeichnung trägt wesentlich dazu bei, dass Rückfragen seitens des BAFA vermieden oder zumindest deutlich reduziert werden können.

Die Überleitungsrechnung muss zwar im ELAN-K2-Portal hochgeladen werden, aber nicht dem Prüfungsvermerk bzw. der Bescheinigung des Wirtschaftsprüfers beigefügt sein.

2.3.6 Nachweis der maßgeblichen Stromkosten nach § 5 Absatz 2 DSPV sowie der Stromkostenintensität nach § 64 Absatz 6 Nummer 3 EEG 2017

Die nachfolgende Tabelle gibt die Herleitung der Vollbenutzungsstunden nach § 2 Nummer 7 DSPV des Unternehmens oder des selbständigen Unternehmensteils für das letzte abgeschlossene Geschäftsjahr vom ... [Datum] bis ... [Datum] wieder:

Bezeichnung der Antragsabnahmestelle	(hochgerechnete) entnommene elektrische Arbeit [kWh] (1)	Höchste Last der Entnahme [kW] (2)	Benutzungsdauer [h] (3)=(1)/(2)	Mengewichtete Benutzungsdauer (4)=(1)*(3) [kWh*h]
Summe				
Vollbenutzungsstunden nach § 2 Nr. 7 DSPV [h] (Summe (4) / Summe (1))				Vgl. Wert für nachfolgende Tabelle unter (c)

Die „entnommene elektrische Arbeit“ entspricht der von EVU oder von einem anderen Dritten gelieferten Strommenge, die nach § 60 Absatz 1 oder § 61 Absatz 1 EEG 2017 umlagepflichtig ist („Strombezugsmenge nach § 2 Nummer 5 DSPV“), sofern keine selbst erzeugten und selbst verbrauchten Strommengen über das Netz für die allgemeine Versorgung zur jeweiligen Abnahmestelle durchgeleitet wurden.

Sofern das letzte abgeschlossene Geschäftsjahr ein Rumpfgeschäftsjahr ist, ist die elektrische Arbeit nach § 2 Nummer 7 DSPV linear auf ein Jahr hochzurechnen.

Die nachfolgende Tabelle gibt die Herleitung der maßgeblichen Stromkosten nach § 5 Absatz 2 DSPV sowie die Stromkostenintensität nach § 64 Absatz 6 Nummer 3 EEG 2017 des Unternehmens oder des selbständigen Unternehmensteils wieder:

Strombezugsmengen nach § 2 Nr. 5 DSPV im letzten abgeschlossenen Geschäftsjahr (Vgl. IV.2.3.3)	(a)	... kWh
selbst erzeugte und selbst verbrauchte Strommenge, für die im letzten abgeschlossenen Geschäftsjahr nach § 61 EEG-Umlage entrichtet wurde (Vgl. IV.2.3.3)	(b)	... kWh
Summe	(a) + (b)	... kWh
Vollbenutzungsstunden nach § 2 Nr. 7 DSPV	(c)	... h
Durchschnittlicher Strompreis entsprechend der Bekanntmachung des Bundesamts für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) für das Antragsjahr 2019 nach § 4 Absatz 2 i. V. m. § 5 Absatz 1 Satz 1 und 2 DSPV	(d)	... ct/kWh
arithmetisches Mittel des Stromverbrauchs nach § 5 Absatz 2 Sätze 1 und 2 DSPV (Vgl. IV.2.3.3)	(e)	... kWh
maßgebliche Stromkosten nach § 5 Abs. 2 Satz 1 und 2 DSPV	$[(d)*(e)]/100 =$ (f)	... EUR
arithmetisches Mittel der Bruttowertschöpfung nach § 64 Abs. 6 Nr. 2 EEG 2017 (Vgl. IV.2.3.5)	(g)	... EUR
Stromkostenintensität nach § 64 Abs. 6 Nr. 3 EEG 2017 i. V. m. § 5 Absatz 2 Sätze 1 und 2 DSPV	$(f) / (g)*100 =$ (h)	... %

2.3.7 Nachweis zu sämtlichen Bestandteilen der Strombezugskosten nach § 6 Absatz 2 Nummer 2 DSPV

Die auf das letzte abgeschlossene Geschäftsjahr des Unternehmens/ des selbständigen Unternehmensteils entfallenden tatsächlichen unternehmensspezifischen Strombezugskosten sind in ihren Bestandteilen auf Basis des gesamten Unternehmens (Rechtsträgers)/ des selbständigen Unternehmensteils darzustellen. Strombezugskostenbestandteile des Unternehmens:

	EUR
+ Strombezugskosten (einschl. Börse und Stromhändler)	
+ Netzentgelte (vor Erstattungen) *)	
+ Systemdienstleistungskosten	
+ Sonstige Strombezugskosten (sind im Anschluss an diese Tabelle detailliert zu erläutern)	
+ Stromsteuer (vor Erstattungen) ****)	
+ tatsächlich entrichtete EEG-Umlage	
+/- erwartete Erstattungen oder Nachzahlungen zur EEG-Umlage aufgrund der Endabrechnung nach § 60a Satz 2 i.V.m. § 74 Absatz 2 EEG 2017)	
+ fiktive EEG-Stromkosten (verbrauchte Strommenge x bundeseinheitliche EEG-Umlage in ct/kWh ./.. tatsächlich entrichtete EEG-Umlage +/- erwartete Erstattungen oder Nachzahlungen**)	
+ tatsächliche entrichtete KWKG-Umlage***)	
+/- erwartete Erstattungen oder Nachzahlungen zur KWKG-Umlage aufgrund der Abrechnung nach § 27 Absatz 3 Nummer 2 KWKG oder aufgrund der Übergangsbestimmung nach § 36 Absatz 3 KWKG	
+ Konzessionsabgaben	
+ § 19 StromNEV-Umlage	
+ Offshore-Haftungsumlage nach § 17f. EnWG	
+ Abschaltbare Lasten-Umlage nach § 18 AbLaV	
./.. erhaltene und erwartete Stromsteuererstattungen (§ 9a, § 9b und § 10 StromStG)	
./.. erhaltene und erwartete Netzentgelterstattungen (§ 19 Absatz 2 StromNEV)	
./.. erwartete Erstattungen nach § 17f Absatz 5 Satz 3 EnWG	
./.. sonstige erwartete Erstattungen bezogen auf die vorgenannten Stromkostenbestandteile (z. B. aufgrund § 2 Absatz 4 KAV)	
= Strombezugskosten der Strombezugsmenge i. S. d. § 3 Absatz 2 DSPV	
darin enthalten:	
Strombezugskosten, die auf weitergeleitete Strommengen entfallen, einschl. der weitergeleiteten EEG-Kosten	

*) Die Strompreiskompensation bleibt bei der Ermittlung der Stromkosten unberücksichtigt.

**) Die bundeseinheitliche EEG-Umlage im Kalenderjahr 2018 betrug 6,792 ct/kWh. Bei abweichenden Geschäftsjahren bitte unterschiedliche EEG-Umlage beachten (<http://www.netztransparenz.de>).

***) Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz vom 21.12.2015 (BGBl. I. S. 2498), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 17. Juli 2017 (BGBl. I. S. 2532) geändert worden ist.

****) Bitte beachten Sie jedoch, dass bei der Antragstellung nach § 64 Absatz 5a EEG 2017 die Stromsteuer und die Stromsteuererstattung nur für den fremdbezogenen Strom ansetzbar ist.

Bestandteile der tatsächlichen unternehmensspezifischen Strombezugskosten sind sämtliche für den Strombezug des Unternehmens entrichtete Kosten, insbesondere die Stromlieferkosten (inklusive Börse und Stromhändler), die Netzentgelte, eventuelle Systemdienstleistungskosten und die Steuern. Hierbei sind sämtliche Erstattungen, insbesondere Stromsteuererstattungen, Netzentgelterstattungen und die Umsatzsteuer, abzuziehen.

Stromsteuererstattungen

Teile der Stromsteuer können unter bestimmten Voraussetzungen, die im Stromsteuergesetz (StromStG) geregelt sind, erstattet werden. Die tatsächlichen Stromsteuererstattungen sind in voller Höhe bei den Stromkosten nur dann anzusetzen, soweit sie beantragt und der Antrag genehmigt wurde. Der Genehmigungsbescheid ist dem BAFA vorzulegen. Sofern eine Beantragung zwar vorliegt, aber noch keine Genehmigung erteilt wurde, ist der erwartete Rückerstattungsbetrag anzusetzen. Der Genehmigungsbescheid ist unmittelbar nach Erhalt beim BAFA nachzureichen. Die Stromsteuererstattungen sind analog bei der Ermittlung der Bruttowertschöpfung zu berücksichtigen.

In den Fällen, in denen bis zur Ausschlussfrist kein Antrag auf Stromsteuererstattung gestellt wurde, kann die Stromsteuer in voller Höhe angesetzt werden, soweit der Antragsteller verbindlich gegenüber dem BAFA erklärt hat, auf eine Antragstellung endgültig zu verzichten. Gibt der Antragsteller eine entsprechende Erklärung nicht ab, ist davon auszugehen, dass die Rückerstattung noch beantragt wird. In diesen Fällen ist vom Antragsteller ebenfalls der erwartete Erstattungsbetrag anzusetzen.

In der Regel ist das letzte abgeschlossene Geschäftsjahr das dem Antragsjahr vorausgehende Kalenderjahr. Weicht das Geschäftsjahr vom Kalenderjahr ab und ragt in das Antragsjahr hinein, so dass für die betreffenden Monate noch kein Bescheid über die Erstattung vorliegt, ist hinsichtlich der Stromsteuererstattungen für diesen Teil des Geschäftsjahreszeitraums ein nachvollziehbar geschätzter Betrag anzusetzen. Sobald der hierfür gültige Bescheid des Hauptzollamts über die Stromsteuererstattungen vorliegt, ist dieser dem BAFA unverzüglich vorzulegen.

Netzentgelterstattungen

Im Hinblick auf die Netzentgelterstattungen ist zwischen den bereits genehmigten individuellen (ersichtlich über die Stromrechnung) und nachträglichen Netzentgelterstattungen (aus der Stromrechnung nicht ersichtlich) zu unterscheiden. Bei der Berechnung der Stromkosten des letzten abgeschlossenen Geschäftsjahres sind nachträglich ausgehandelte Netzentgelterstattungen dann anzusetzen, wenn sie von der zuständigen Regulierungsbehörde bereits genehmigt wurden. Dies ist in der Regel die Bundesnetzagentur, es können aber auch die Landesregulierungsbehörden sein.

Strompreiskompensation

Erhält ein antragstellendes Unternehmen Stromkostenbeihilfen im Rahmen des Emissionshandels (Strompreiskompensation), bleiben diese bei der Ermittlung der tatsächlichen unternehmensspezifischen Stromkosten unberücksichtigt.

Ansatz fiktiver EEG-Stromkosten

Die durch eine vorangegangene Entscheidung zur Begrenzung der EEG-Umlage hervorgerufenen Wirkungen (Fiktion der Nichtbegünstigung) bleiben gemäß § 64 Absatz 6 Nummer 2 und 3 EEG 2017 bei der Berechnung der unternehmensspezifischen Stromkosten und der Bruttowertschöpfung nach EEG 2017 außer Betracht. Das Unternehmen muss sich fiktiv so stellen, als wäre es im Nachweiszeitraum nicht durch die Besondere Ausgleichsregelung begrenzt gewesen und hätte vollständig die EEG-Umlage ohne Begrenzung getragen.

Die Fiktion der Nichtbegünstigung ist ausschließlich von Unternehmen anzusetzen, die für den Nachweiszeitraum oder Teile hiervon einen Begrenzungsbescheid des BAFA erhalten hatten. Diese Fiktion gilt für die Ermittlung der tatsächlichen unternehmensspezifischen Stromkosten („fiktive EEG-Stromkosten“ der **selbst verbrauchten** Strommenge) und der Bruttowertschöpfung nach EEG 2017 („fiktive EEG-Stromkosten der selbst verbrauchten Strommenge bei der Ermittlung der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe“). Maßgeblich für die Höhe der Belastung sind die individuellen Vereinbarungen in den Stromlieferverträgen zwischen Unternehmen und EVU, d. h. welche konkrete EEG-Umlagebelastung dem Unternehmen aufgrund seiner vertraglichen Verpflichtung ohne eine Begrenzung der EEG-Umlage entstanden wäre.

Es darf maximal die für den Zeitraum durch die Übertragungsnetzbetreiber bekannt gegebene EEG-Umlage angesetzt werden. Damit ist bei der Berechnung der tatsächlichen unternehmensspezifischen Stromkosten für von einem EVU bezogene Strommengen die nach § 60 Absatz 1 EEG 2017 ermittelte Umlage anzusetzen.

Die Fiktion der Nichtbegünstigung gilt nur hinsichtlich der EEG-Umlage; ein Ansatz fiktiver KWKG- oder auch sonstiger strom- oder netzentgeltbezogener Umlagebeträge ist hingegen nicht zulässig.

Strukturierte Strombeschaffung

Sofern ein Unternehmen seine Strombeschaffung durch mehrere Bezugsquellen für eine Abnahmestelle deckt (strukturierte Strombeschaffung), ist die Ermittlung der Strombezugskosten hinsichtlich der Zusammensetzung transparent darzulegen. Dies gilt insbesondere, sofern das antragstellende Unternehmen einen eigenen Bilanzkreis bewirtschaftet, sich des Bilanzkreises eines Dritten bedient oder bei Stromrechnungen, die einer Abnahmestelle nicht eindeutig zugerechnet werden können.

2.4 Bescheinigung der Zertifizierungsstelle

Die Erfüllung der Voraussetzungen nach § 64 Absatz 1 Nummer 3 EEG 2017 ist gemäß § 64 Absatz 3 Nummer 2 EEG 2017 durch ein gültiges DIN EN ISO 50001-Zertifikat, einen gültigen Eintragungs- oder Verlängerungsbescheid der EMAS-Registrierungsstelle über die Eintragung in das EMAS-Register oder einen gültigen Nachweis des Betriebes eines alternativen Systems zur Verbesserung der Energieeffizienz nach § 3 SpaEfV bis zur Ausschlussfrist nachzuweisen.

Bei sUT besteht ein Wahlrecht, ob das Unternehmen oder nur der sUT ein System nach § 64 Absatz 1 Nummer 3 EEG 2017 betreibt.

Bei diesen Nachweisen muss es sich um einen bei der Antragstellung aktuell gültigen Nachweis handeln. Die Zertifizierung bzw. der Nachweis muss nicht im letzten abgeschlossenen Geschäftsjahr erfolgt sein, sondern kann auch noch im Antragsjahr bis zum Ablauf der Ausschlussfrist mit Ausstellung des entsprechenden Nachweises abgeschlossen werden. Sowohl ein Energie- oder Umweltmanagementsystem als auch ein alternatives System zur Verbesserung der Energieeffizienz müssen bereits **betrieben** werden. Der Nachweis eines Systems in der Einführungsphase nach § 5 SpaEfV ist nicht ausreichend. Zwingend erforderlich ist der Nachweis eines Systems in der **Regelphase** nach § 4 SpaEfV.

Die Zertifizierung muss sich auf das gesamte Unternehmen mit allen Abnahmestellen erstrecken. Trotz der Erleichterungen des § 4 SpaEfV muss in jedem Fall sichergestellt sein, dass zumindest sämtliche Antragsabnahmestellen von der Zertifizierung erfasst sind. Dies sollte der Antragsteller durch entsprechenden Informationsaustausch mit seinem Zertifizierer frühzeitig sicherstellen, insbesondere dann, wenn neue Standorte hinzugekommen sind.

Zertifizierungen nach DIN EN ISO 50001 oder EMAS

Aufgrund der Zertifizierungssystematik (jährlich durchzuführende Überprüfungen) muss in jedem Fall die eigentliche Registrierungs-/Zertifizierungsurkunde vorgelegt werden. Es muss sichergestellt sein, dass die Gültigkeit der Registrierungs-/Zertifizierungsurkunde durch eine lückenlose Auditierung des Energiemanagementsystems nachgewiesen wird. Hierzu ist stets der Bericht zum aktuellen Überwachungsaudit respektive eine validierte Umwelterklärung mit einzureichen.

Nachweis eines alternativen Systems zur Verbesserung der Energieeffizienz

Unternehmen mit einem Stromverbrauch unter 5 GWh im letzten abgeschlossenen Geschäftsjahr haben ein Wahlrecht zwischen den Zertifizierungen nach DIN EN ISO 50001, EMAS oder dem alternativen System zur Verbesserung der Energieeffizienz. Der Nachweis kann erbracht werden mittels einer Bestätigung des Zertifizierers, dass das alternative System in dem antragstellenden Unternehmen bereits vollständig umgesetzt wurde, sich also in der Regelphase nach § 4 SpaEfV befindet und der gesamte Energieverbrauch des Unternehmens vollständig abgedeckt wird. Dafür ist die Vorlage des Zollformblattes 1449 zum Nachweis eines alternativen Systems in der Regelphase nach § 4 SpaEfV ausreichend.

2.5 Weitere Unterlagen

Das BAFA ist im Rahmen des Untersuchungsgrundsatzes nach § 24 VwVfG berechtigt, jederzeit weitere Unterlagen als die oben genannten anzufordern. Es kann die Entscheidung von der Vorlage dieser Unterlagen abhängig machen.

2.6 Ergänzende Angaben für eine Begrenzung der KWKG-Umlage

Eine Begrenzung der KWKG-Umlage ist laut § 27 KWKG in der ab dem 01.01.2017 geltenden Fassung bei einem stromkostenintensiven Unternehmen unmittelbar daran geknüpft, dass es über einen Begrenzungsbescheid nach § 63 i. V. m. § 64 EEG 2017 der Besonderen Ausgleichsregelung für das betreffende Begrenzungsjahr verfügt. Insofern bestehen für das Unternehmen im Zusammenhang mit der Beantragung der Begrenzung der EEG-Umlage mit Verweis auf § 26 a Absatz 2 Nummer 2 Buchstabe b KWKG nach § 27 Absatz 3 Nummer 1 Buchstabe a bis d KWKG in der ab dem 01.01.2017 geltenden Fassung gegenüber dem BAFA abnahmestellenbezogene Mitteilungspflichten, die folgende Daten umfassen:

- a) die für das folgende Kalenderjahr prognostizierten Strommengen, für die die KWKG-Umlage begrenzt wird, aufgeschlüsselt nach Kalendermonaten und Abnahmestellen,
- b) die für das folgende Kalenderjahr prognostizierten Strommengen, die an den unter Buchstabe a genannten Abnahmestellen an Dritte weitergeleitet werden,
- c) den für das folgende Kalenderjahr prognostizierten Höchstbetrag nach § 64 Absatz 2 Nummer 3 Buchstabe a oder b des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und
- d) die Netzbetreiber, an deren Netz die unter Buchstabe a genannten Abnahmestellen unmittelbar oder mittelbar angeschlossen sind.

Achtung!

Bitte beachten Sie, dass eine Begrenzung der KWKG-Umlage nach § 27 KWKG 2017 nur dann erfolgen kann, sofern Sie über einen Begrenzungsbescheid nach § 63 i. V. m. § 64 EEG 2017 verfügen und die durch § 27 KWKG in der ab dem 01.01.2017 geltenden Fassung geforderten Daten – einzureichen über das ELAN-K2-Portal – mit der Antragstellung vorliegen.

Gemäß der vorgenannten Regelung sind somit Unternehmen, die über eine reine Begrenzung nach § 103 Absatz 4 EEG 2017 an Ihren Abnahmestellen verfügen, von einer KWKG-Umlagereduzierung ausgenommen (siehe § 27 Absatz 1 Satz 1 KWKG in der ab dem 01.01.2017 geltenden Fassung).

Für sonstige Fragen hinsichtlich der KWKG-Umlagereduzierung wenden Sie sich bitte an Ihren zuständigen Netzbetreiber bzw. Übertragungsnetzbetreiber.

V. Selbständige Unternehmensteile und deren Prüfung durch den Wirtschaftsprüfer

Die Antragsberechtigung nach § 64 Absatz 5 EEG 2017 ergibt sich für selbständige Unternehmensteile nur dann, wenn das Unternehmen, zu dem der sUT gehört, einer Branche nach Liste 1 der Anlage 4 zuzuordnen ist. Gehört der sUT hingegen zu einem Unternehmen, das einer Branche der Liste 2 der Anlage 4 zuzurechnen ist, besteht keine Möglichkeit für eine Begrenzung, es sei denn, der Unternehmensteil verfügt über einen Begrenzungsbescheid für das Begrenzungsjahr 2014.

Darüber hinaus müssen die Kriterien eines sUT erfüllt sein. Aussagen zur wirtschaftlichen Zuordnung des Unternehmens und des sUT sind im Prüfungsvermerk des Wirtschaftsprüfers aufzunehmen.

Ein sUT liegt nur vor, wenn es sich um einen Teilbetrieb mit eigenem Standort oder einen vom übrigen Unternehmen am Standort abgegrenzten Betrieb mit den wesentlichen Funktionen (Beschaffung, Produktion, Absatz, Verwaltung, Leitung) eines Unternehmens handelt, der Unternehmensteil jederzeit als rechtlich selbständiges Unternehmen seine Geschäfte führen könnte, seine Erlöse wesentlich mit externen Dritten erzielt und über eine eigene Abnahmestelle verfügt.

Bitte beachten Sie, dass eine Antragstellung nach § 64 Absatz 5a EEG 2017 für sUT nicht möglich ist.

1. Eindeutige Abgrenzung vom Restunternehmen

Der sUT ist vom antragstellenden Unternehmen genau darzustellen. Diese Darstellung ist dem Prüfungsvermerk des Wirtschaftsprüfers als Anlage beizufügen. Es muss klar erkennbar sein, welcher Teil des Unternehmens Gegenstand des Antrags ist. Auf diesen Teil muss sich auch die Nachweisführung erstrecken. Hierfür ist die Aufbauorganisation des Unternehmens darzustellen.

Anhand des Organigramms des Gesamtunternehmens ist zu zeigen, wie der sUT in das Unternehmen eingebunden ist, inwiefern er sich deutlich von den übrigen Teilen des Unternehmens abgrenzt und wo die Schnittstellen zu anderen Teilen des Unternehmens verlaufen. Diese Abgrenzung ist innerhalb des Organigramms graphisch kenntlich zu machen. In jedem Fall muss die Abgrenzung zum Restunternehmen klar ersichtlich sein. Zusätzlich ist ein Organigramm des sUT einzureichen, um ein differenziertes Bild über den Aufbau und die Struktur zu erhalten.

Ist die zu betrachtende Teileinheit eindeutig identifiziert und in der Organisationsstruktur des Gesamtunternehmens nachvollziehbar dargelegt, schließt sich die Darstellung des sUT an. Die entsprechenden Ausführungen und Daten sind dabei auf den sUT zu fokussieren. Dies gilt insbesondere auch für die Nachweisführung hinsichtlich der materiellen Antragsvoraussetzungen.

Achtung!

Ein Rechtsträger kann nicht um jeden beliebigen Anteil gekürzt werden, damit ein Antrag auf Basis eines sUT gestellt werden kann. Auch der restliche Teil des Unternehmens, der nicht beantragt wird, muss eine sinnvolle, funktionsfähige Einheit bilden.

Sofern der beantragte Unternehmensteil nahezu dem Gesamtunternehmen entspricht und der nicht beantragte Unternehmensteil nur eine kleine Einheit darstellt, ist davon auszugehen, dass es sich um keinen sUT handelt. Eine derartige Aufteilung ist besonders kritisch zu sehen, da sie augenscheinlich nur dazu dient, von der Besonderen Ausgleichsregelung zu profitieren, indem eine Systematik zugrunde gelegt wird, die nur darauf abzielt, die nötige Stromkostenintensität zu erreichen.

Nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts BVerwG 8 C 8 / 14 vom 22. Juli 2015 ist die beliebige organisatorische Abspaltung von Unternehmensteilen innerhalb eines Rechtsträgers allein unter dem Gesichtspunkt der Stromkostenintensität nicht zulässig. Es soll verhindert werden, dass Unternehmen, die als Ganzes nicht als stromkostenintensive Unternehmen qualifiziert werden können, durch organisatorische Maßnahmen künstlich in für sich betrachtet stromkostenintensive Teile aufgespalten werden, um insoweit eine Begrenzung der EEG-Umlage zu erhalten. Eine solche Möglichkeit zur beliebigen Ausweitung der Begrenzung der EEG-Umlage ist mit dem Interesse der Gesamtheit der Stromverbraucher (§ 63 EEG 2017) nicht vereinbar und würde auch dem Wesen der Regelung als Ausnahmebestimmung widersprechen.

2. Aktive Beteiligung am wirtschaftlichen Verkehr

Der sUT muss selbst am Markt Leistungen anbieten, einen eigenen Kundenkreis unterhalten und am allgemeinen wirtschaftlichen Verkehr teilnehmen. Daraus folgt, dass Umsätze wesentlich mit externen Dritten (anderen Rechtsträgern) erzielt werden müssen.

Wenn es sich bei dem vom Unternehmensteil erzeugten Produkt(en) ganz oder überwiegend um Vorprodukte handelt, die auf nachfolgenden Stufen der Wertschöpfungskette unternehmensintern weiterverarbeitet werden, fehlt es von vornherein an einem internationalen Wettbewerbsdruck und damit an einem Bedarf zur Entlastung von der EEG-Umlage. Die Produkte sind dann nicht der preislichen Konkurrenz auf dem internationalen Markt ausgesetzt. Organisationseinheiten, für die ein Antrag gestellt wird, müssen im Wettbewerb zu internationalen Unternehmen stehen (aktuelle/tatsächliche Wettbewerbslage) oder, um Markteintrittsschranken zu vermeiden, zumindest jederzeit in internationalen Wettbewerb treten können (potenzielle Wettbewerbslage). Die potenzielle Wettbewerbslage bezieht sich dabei nur auf Unternehmensteile, die erstmals am Wirtschaftsleben und am Wettbewerb teilnehmen.

3. Eigenständige Leitung

Der sUT muss über eine eigene Leitung verfügen. Diese muss von der Leitung des Gesamtunternehmens klar abgrenzt sein und über eine eigenständige Kompetenz zu unternehmerischen und planerischen Entscheidungen verfügen.

Um das gesetzliche Tatbestandsmerkmal zu erfüllen, muss eine mit hinreichenden Entscheidungsbefugnissen ausgestattete Werks- oder Niederlassungsleitung vorhanden sein, die sich deutlich von der Leitung etwa einer Unternehmensabteilung, die im Wesentlichen Weisungen der Unternehmensleitung ausführt, unterscheidet. In diesem Zusammenhang wird auf das Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes BVerwG 8 C 8 / 14 vom 22. Juli 2015 verwiesen.

Der Leiter sollte über entsprechende Vollmachten verfügen, die es ihm gestatten, die Leitung des sUT weitgehend ohne Einschränkungen seiner Befugnisse seitens der Gesamtunternehmensleitung wahrnehmen zu können (Generalvollmacht). Die Leitung eines sUT sollte weitreichende Budgetverantwortung haben und zum selbständigen Vertragsabschluss berechtigt sein. Die Vertretung des Leiters sollte durch Mitarbeiter des sUT gesichert sein.

Idealerweise obliegt dieser Leitung die endgültige Entscheidung über Einstellungen, Beförderungen, Entlassungen, Sanktionsmaßnahmen und Einsatz aller Mitarbeiter des sUT. In jedem Fall müssen umfassende Personalverantwortungsbefugnisse bei der Leitung vorliegen.

Das Kriterium einer eigenen Leitung hat nicht nur indizielle Bedeutung, sondern ist als **Mindestvoraussetzung** anzusehen, um eine Selbständigkeit des Unternehmensteils festzustellen.

Ohne die klar abgegrenzte Leitung kann ein Unternehmensteil für sich genommen nicht selbständig sein. Die Selbständigkeit setzt voraus, dass der Unternehmensteil seiner Tätigkeit weitestgehend unabhängig von der Unternehmensführung nachkommen kann.

Wird ein Unternehmensteil von einem Geschäftsführer geleitet, ist grundsätzlich in Frage zu stellen, ob eine unabhängige und somit selbständige Leitung dieses Unternehmensteils überhaupt vorhanden ist.

Sofern mehrere Geschäftsführer im Unternehmen vorhanden sind und der sUT von einem der Geschäftsführer geleitet wird, ist eine eigenständigen Leitung nur dann auszunehmen, wenn dieser Geschäftsführer für den sUT autonom agieren und entscheiden kann und die übrigen Geschäftsführer keinen wesentlichen Einfluss auf die Führung der Geschäfte des sUT haben. Es müssen demnach klar abgegrenzte Verantwortungsbereiche vorliegen. Nur in diesem Fall ist es unschädlich, dass der Leiter des sUT auch gleichzeitig der Geschäftsführung des Unternehmens angehört. Allerdings muss dies sowohl organisatorisch als auch vertraglich festgelegt und in der Praxis gelebt werden. Ist dies nicht der Fall oder wird der sUT durch den alleinigen Geschäftsführer des Unternehmens geleitet, liegt keine eigene Leitung vor, die hinreichend von der Unternehmensführung abgegrenzt ist.

4. Eigene Abnahmestelle

In jedem Fall muss der sUT über eine eigenen Abnahmestelle im Sinne von § 64 Absatz 6 Nummer 1 EEG 2017 (Details siehe Abschnitt III.2.2) verfügen.

Verfügt der sUT über keinen eigenen Standort, muss es sich um einen vom übrigen Unternehmen am Standort klar räumlich abgegrenzten Betrieb handeln, der für einen außenstehenden Dritten eindeutig als Einheit erkennbar ist. Werden in diesem räumlich abgegrenzten Betrieb Bereiche vom beantragten sUT und anderen Einheiten gemeinschaftlich genutzt, erfüllt der betreffende Unternehmensteil die Tatbestandsvoraussetzungen einer eigenen Abnahmestelle im Sinne von § 64 Absatz 6 Nummer 1 EEG 2017 regelmäßig nicht.

5. Eigene betriebliche Grundfunktionen

Der sUT muss in seiner tatsächlichen Organisation das „Bild eines selbständig agierenden idealtypischen Unternehmens“ darstellen. Dies ist insbesondere der Fall, wenn die betrieblichen Funktionsbereiche (Beschaffung, Produktion, Absatz, Verwaltung, Leitung), die bei einem idealtypischen Unternehmen vorhanden sind, auch beim sUT vorhanden sind.

Achtung!

Sind in dem beantragten Unternehmensteil nur jene Funktionen vorhanden, die für die Aufrechterhaltung des korrespondierenden Produktionsprozesses erforderlich sind, handelt es sich lediglich um einen unselbständigen Produktionsprozess und nicht um einen sUT im Sinne des § 64 Abs. 5 EEG 2017.

Die Beschreibung der Aktivitäten, Kompetenzen und Entscheidungsbefugnisse hinsichtlich Beschaffung, Produktion, Absatz, Verwaltung/Organisation und Leitung ist ein Kernstück der Darstellung zum sUT. Diese Darstellung ist dem Prüfungsvermerk des Wirtschaftsprüfers als Anlage beizufügen. Für die einzelnen Funktionsbereiche ist dezidiert und jeweils separat darzulegen, welche Aktivitäten, Kompetenzen und Entscheidungsbefugnisse im sUT angesiedelt sind und wo bei der Wahrnehmung der einzelnen Funktionen dem sUT Grenzen gesetzt sind bzw. welchen Restriktionen er unterworfen ist.

Hierbei sind insbesondere folgende Aspekte in die Analyse der einzelnen Funktionsbereiche einzubeziehen:

- Beschreibung des Aufgabenspektrums des jeweiligen Funktionsbereichs,
- Konkretisierung der Produkte und/oder erbrachten Leistungen,
- Darstellung der Prozesse mit den jeweiligen Abläufen,
- Ausmaß der Verantwortung und Befugnisse für die vom Unternehmensteil zu erfüllenden Aufgaben i. V. m. den jeweiligen Zuständigkeiten,
- Weisungs- und Entscheidungskompetenzen,
- Grad der Autonomie im Verhältnis zum Restunternehmen bzw. zu anderen Hierarchiestufen.

In diesem Zusammenhang ist auch darzulegen, welche Leistungsverflechtungen mit anderen Unternehmensteilen innerhalb des Rechtsträgers bestehen, welche Schnittstellen zu anderen Teileinheiten des Unternehmens existieren und wie diese organisatorisch umgesetzt sind. Die Ausführungen zu den Funktionsbereichen müssen auf den sUT fokussiert sein. Wird z. B. über Absatz-, Beschaffungs- oder Produktionsaktivitäten berichtet, muss sich die Darstellung auf die im zu betrachtenden Unternehmensteil angesiedelten Tätigkeiten, Kompetenzen und Entscheidungsbefugnisse konzentrieren. Die Ausführungen sollten durch aussagefähige grafische Darstellungen, wie Schaubilder, Pläne, Skizzen etc., und Vollmachten, Stellenbeschreibungen sowie sonstige Dokumente gestützt werden.

Der sUT muss eine die Eigenständigkeit ermöglichende interne Organisation aufweisen. Dies zeigt sich vor allem dann, wenn der sUT eine eigenständige Verwaltung besitzt, die für die Erbringung allgemeiner Verwaltungsdienstleistungen (Personalverwaltung, Organisation, Controlling, Mahnwesen, Haushalt, Qualitätsmanagement, IT-Dienstleistungen usw.) verantwortlich ist. Ein sUT verfügt über eine aufbau- und ablauforganisatorische Autonomie gegenüber dem Restunternehmen.

Bei einem sUT sind eigene, marktgängige Produkte mit einem entsprechenden Verkaufsprogramm erforderlich, wobei ein klar abgrenzbarer, eigener Kundenstamm vorhanden sein muss. So werden beispielsweise allein auf den sUT abgestimmte Marketingmaßnahmen (Plakataktion, Rabattangebote, usw.) durchgeführt. Typischerweise werden die mit dem Absatz verbundenen Tätigkeiten durch eine im sUT angesiedelte Marketing- und Verkaufsabteilung wahrgenommen.

Für einen sUT sollte ein gesonderter Vermögens- und Ergebnisausweis erfolgen, was durch eine buchhalterische Trennung sowohl beim internen als auch beim externen Rechnungswesen begleitet wird. Er sollte über eine eigene Planungs- und Soll-Ist-Analyse-Möglichkeit als Steuerungsinstrument verfügen und über das eingesetzte EDV-System eine Ergebnisrechnung bis hin zum EBIT erstellen. Es muss in diesem Zusammenhang deutlich gezeigt werden, wie der sUT im Rechnungswesen abgegrenzt ist, auf welchen konkreten Aktivitäten die Umsätze basieren und welche betriebswirtschaftlichen Auswertungen für den sUT in welchen Zeitabständen erstellt werden.

6. Ausgliederung und Lebensfähigkeit ohne wesentliche Umstrukturierung

Ein sUT besitzt selbst keine eigene Rechtspersönlichkeit, da sonst bereits ein eigenständiges Unternehmen vorliegen würde. Als „selbständig“ kann nur ein Teil eines Unternehmens gelten, der in der Lage ist, rechtlich wie tatsächlich ein eigenes Unternehmen zu bilden. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass ein Unternehmen nahezu jeden beliebigen Bereich rechtlich verselbständigen kann. Die bloße Möglichkeit einer Ausgliederung ist für sich genommen jedoch kein entscheidendes Kriterium für einen sUT. Erforderlich ist vielmehr eine dem Unternehmensteil bereits innewohnende Eigenständigkeit. Der sUT muss insofern eine ausgeprägte, insbesondere auch wirtschaftliche Selbständigkeit in einem Rechtsträger haben. Daraus folgt, dass eine Verselbständigung ohne wesentliche Umstrukturierungen möglich sein muss.

Ein sUT muss sich mit einem „idealtypischen“ rechtlich selbständigen Unternehmen vergleichen lassen, welches im internationalen Wettbewerb steht. Als sUT eines Unternehmens gelten Einrichtungen, die sich aus der wirtschaftlichen Gesamtbetätigung des Unternehmens wesentlich herausheben und sich wie ein selbständig agierendes Unternehmen des produzierenden Gewerbes darstellen. Es muss sich demzufolge um eine organisatorische Einheit handeln, die zu unternehmerischen und planerischen Entscheidungen in der Lage ist.

Ein sUT ist die Gesamtheit der in einem Teil des Unternehmens vorhandenen aktiven und passiven Wirtschaftsgüter, die auch in organisatorischer Hinsicht mit einem selbständigen Unternehmen vergleichbar sind. Es muss sich insofern um eine aus eigenen Mitteln funktionsfähige Einheit mit klar definierten Schnittstellen zu anderen Teilen des Unternehmens handeln. Hierfür maßgebend ist, dass die Wirtschaftsgüter ein hinreichendes Ganzes bilden, um die nachhaltige Ausübung einer betrieblichen Tätigkeit zu ermöglichen; dabei wird eine Gesamtbewertung vorgenommen.

Der sUT muss sich des Weiteren im Zeitablauf als funktionsfähig erwiesen haben, und es muss eine Perspektive (Fortführung der betrieblichen Tätigkeit) vorhanden sein.

Die funktionsfähige Einheit der Wirtschaftsgüter muss sich von ihrer Art nach von der übrigen betrieblichen Betätigung des Unternehmens abheben und unterscheiden. Entscheidend für das Vorliegen eines sUT ist das Gesamtbild der Verhältnisse. Es hat eine Gesamtwürdigung des Einzelfalles zu erfolgen.

7. Eigener Jahresabschluss

Der sUT muss nach § 64 Absatz 5 Satz 3 und 4 EEG 2017 eine eigene Bilanz und eine Gewinn- und Verlustrechnung sowie eine Erläuterung der Grundsätze, die bei der Aufstellung des eigenen Jahresabschlusses zugrunde gelegt wurden (sogenannte Rechnungslegungsgrundsätze), aufstellen und prüfen lassen, obwohl dieser über kein eigenes Geschäftsjahr verfügt. Die Bilanzen und die Gewinn- und Verlustrechnungen sind in entsprechender Anwendung der §§ 317 bis 323 HGB zu prüfen. Es besteht nicht die Möglichkeit, ersatzweise die geprüfte Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung des Rechtsträgers des sUT einzureichen. Auch wenn der Rechtsträger des sUT lediglich eine Einnahmen-Überschuss-Rechnung erstellt oder nicht zur Prüfung seines Jahresabschluss verpflichtet ist, hat der sUT dem BAFA dennoch eine geprüfte Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung vorzulegen.

Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung des sUT müssen mit einem Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers versehen sein. Es ist bei der Prüfung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung des sUT nicht zulässig, sich nur auf diejenigen Positionen zu beschränken, die Einfluss auf die Bruttowertschöpfung nach EEG 2017 haben. Ein Exemplar der geprüften Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung des sUT ist dem BAFA mit dem Antrag zur Besonderen Ausgleichsregelung über das ELAN-K2-Portal bereitzustellen.

Sowohl die Bilanz als auch die GuV müssen im Gegensatz zur Bruttowertschöpfungsrechnung den gesamten sUT inklusive der internen und externen Leistungsbeziehungen abbilden. In den sogenannten

Rechnungslegungsgrundsätzen des antragstellenden sUT, die dem Prüfbericht des Wirtschaftsprüfers in seiner Funktion als Abschlussprüfer des sUT beigelegt werden, muss ausführlich beschrieben werden, wie die einzelnen Bilanz- und GuV-Positionen dem sUT zugeordnet worden sind. Die entsprechenden Unterlagen hierzu müssen transparent und jederzeit nachprüfbar sein. Dies gilt insbesondere bei Unternehmensteilen, die im Vergleich zum Restunternehmen verhältnismäßig geringe Umsatzerlöse, jedoch hohe Aufwendungen generieren.

Achtung!

Es muss zusätzlich auch der Jahresabschluss des Gesamtunternehmens eingereicht werden, um zu überprüfen, inwieweit es sich um ein Unternehmen in Schwierigkeiten handelt. Hierbei gilt die Besonderheit, dass sich die Betrachtung nicht auf den sUT, sondern auf das Gesamtunternehmen bezieht.

8. Zuordnung von Aufwendungen und Erträgen bei der Ermittlung der Bruttowertschöpfung

Auch sUT müssen die Antragsvoraussetzungen des § 64 Absatz 1 EEG 2017 erfüllen, wobei sich die für die Nachweisführung zu ermittelnden Werte auf den jeweiligen sUT beziehen müssen. Es sind also nur der Stromverbrauch und die EEG-Umlage, die auf diese Teileinheit entfallen, zu betrachten. Dies gilt auch für die Bestimmung des Verhältnisses der Stromkosten zur Bruttowertschöpfung nach EEG 2017. Bevor diese Relation ermittelt werden kann, ist klar abzugrenzen, welche Teile des Unternehmens zum sUT gehören. Erst danach können zweifelsfrei die Erträge und Aufwendungen des sUT ermittelt und im Rahmen der Bruttowertschöpfungsrechnung berücksichtigt werden. Als Grundlage ist hierfür eine geprüfte Gewinn- und Verlustrechnung des sUT erforderlich. Dabei darf der Unternehmensteil nicht besser gestellt sein als ein Unternehmen, das einen Antrag stellt.

Ob bestimmte Aufwendungen und Erlöse aus dem Jahresabschluss im Rahmen der Berechnung der Bruttowertschöpfung nach EEG 2017 nach der Definition des Statistischen Bundesamtes, Fachserie 4, Reihe 4.3., Wiesbaden 2007 zu berücksichtigen sind, ist u. a. davon abhängig, ob diese durch Lieferungs- und Leistungsbeziehungen mit externen Dritten entstanden sind. Die Ansatzfähigkeit ist also unmittelbar geknüpft an die gegenüber externen Dritten eingetretene Realisierung der zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle. Andere Unternehmensteile desselben Rechtsträgers sind gemäß dieser Definition keine externe Dritte.

Aufwendungen und Erlöse, die aus Lieferungs- und Leistungsbeziehungen mit externen Dritten entstanden sind, d. h. z. B. auch mit anderen Rechtsträgern desselben Konzerns, sind bei der Ermittlung der Bruttowertschöpfung zu berücksichtigen. Aufwendungen (Vorleistungen) können dabei allerdings nur insoweit berücksichtigt werden, als sie mit diesen externen Erlösen des sUT korrespondieren. Gleiches gilt für die Stromkosten des sUT bei der Ermittlung der Bruttowertschöpfung. Fallen also Stromkosten auf interne und externe Umsatzerlöse an, ist nur derjenige Anteil der Stromkosten anzusetzen, der auf die externen Umsatzerlöse entfällt. Insbesondere gilt dies neben der Position „Sonstige Kosten“ auch für die Position der „Umsätze aus sonstigen nichtindustriellen/nichthandwerklichen Tätigkeiten ohne Umsatzsteuer“ und die Position der „Kosten für sonstige industrielle/handwerkliche Dienstleistungen (nur fremde Leistungen) wie Reparaturen, Instandhaltungen, Installationen und Montagen ohne Umsatzsteuer“.

Aufwendungen und Erlöse, die aus Lieferungs- und Leistungsbeziehungen mit anderen Teilen desjenigen Rechtsträgers resultieren, zu dem der sUT gehört, können hingegen nicht bei der Ermittlung der Bruttowertschöpfung berücksichtigt werden. Umlagen (z. B. Konzernumlagen) können nur insoweit die Bruttowertschöpfung des sUT verringern, als sie Kosten darstellen, die auf Vorleistungen beruhen, die von externen Dritten (d. h. anderen Rechtsträgern) im betreffenden abgeschlossenen Geschäftsjahr erbracht wurden.

Der Unternehmensteil hat die Aufteilung der Umsätze (intern/extern) für die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre zu erläutern. Diese Erläuterungen sind als Anlage dem Prüfungsvermerk des Wirtschaftsprüfers beizufügen. Das Unternehmen hat für den sUT ausdrücklich zu bestätigen, dass im Rahmen der Bruttowertschöpfungsrechnung nur Aufwendungen und Erlöse angesetzt wurden, die aus Lieferungs- und Leistungsbeziehungen mit externen Dritten (anderen Rechtsträgern) entstanden sind. Dies gilt auch für die nachzuweisenden unternehmens(teil)spezifischen Stromkosten. Der Antragsteller hat darauf zu achten, dass diese Bestätigung in den Anlagen zum Prüfungsvermerk des Wirtschaftsprüfers enthalten ist. Die Zuordnung der Aufwendungen und Erträge muss transparent und nachprüfbar sein.

Beispiel für die standardmäßige Zuordnung von Aufwendungen und Erträgen:

Ein sUT erzielt insgesamt 10.000.000 EUR Umsatzerlöse. Davon entfallen auf externe Dritte 8.000.000 EUR. Der Anteil externer Umsatzerlöse beträgt somit 80 Prozent.

Die folgenden Kosten können eindeutig aus der Buchführung den externen Umsatzerlösen zugeordnet werden:

Materialaufwand	3.000.000 EUR	} Ansatz zu 100 Prozent in der Bruttowertschöpfung
Transportkosten	250.000 EUR	
Werbung	100.000 EUR	

Die folgenden Kosten können eindeutig aus der Buchführung den internen Umsatzerlösen zugeordnet werden:

Materialaufwand	1.000.000 EUR	} Kein Ansatz in der Bruttowertschöpfung
Reparaturkosten	50.000 EUR	
Entsorgung	20.000 EUR	

Die folgenden Kosten können nicht eindeutig aus der Buchführung zugeordnet werden:

Materialaufwand	1.000.000 EUR	} Ansatz zu 80 Prozent in der Bruttowertschöpfung
Strom	500.000 EUR	
Verwaltung	200.000 EUR	

9. Wichtige Besonderheiten bei sUT

SUT müssen auch bei der Ermittlung des arithmetischen Mittels des Stromverbrauchs den Anteil der externen Umsatzerlöse berücksichtigen, da für die Ermittlung der Stromkostenintensität sowohl die Bruttowertschöpfung als auch der Stromverbrauch die gleiche Basis haben müssen. Vgl. hierzu auch Abschnitt IV 2.3.3.

Bei der Darstellung der tatsächlichen Stromkosten gem. Abschnitt IV 2.3.7 erfolgt keine Anpassung an die externen Umsatzerlöse. Entsprechendes gilt für die Berechnung der Vollbenutzungsstunden.

Zuordnung Strombezug und Weiterleitung

Sofern der sUT mit seiner Abnahmestelle über einen am Standort abgegrenzten Betrieb verfügt, muss nachvollziehbar dargelegt werden, ob der sUT den Strom am Standort bezieht oder diesen in Form einer Weiterleitung vom Restunternehmen empfängt. Entscheidend sind hierbei die tatsächlichen Verhältnisse am Standort. Erfolgt der Strombezug am Standort über die Abnahmestelle des sUT, wird auch der gesamte Strombezug dem Unternehmensteil zugeordnet. Diejenigen Strommengen, die auf der Grundlage interner Messungen nicht dem Unternehmensteil zuzuordnen sind, müssen als Weiterleitung an das Restunternehmen behandelt werden. Sämtliche Strommengen in Form von Strombezug und

Stromweiterleitung müssen grundsätzlich über geeichte Stromzähler gemessen werden. Bitte beachten Sie zu den vorstehenden Ausführungen auch die Hinweise im Abschnitt III.2. sowie im separaten Hinweisblatt zur Strommengenabgrenzung, das demnächst auf der Homepage des BAFA veröffentlicht wird.

Weiterleitung vom Restunternehmen an den Unternehmensteil - Berechnung der Stromkosten

Erhält ein sUT den Strom in Form einer Weiterleitung vom Restunternehmen, so sind für die betreffende Abnahmestelle die Stromkosten mit Ausnahme der EEG-Umlage anteilig gemäß der Strommenge dem Unternehmensteil zuzuordnen.

Beispiel 1:

Stromkosten gem. Rechnung am Standort	1.000.000 EUR
Davon: EEG-Umlage Unternehmensteil	50.000 EUR
EEG-Umlage Restunternehmen	250.000 EUR
Stromkosten abzgl. EEG-Umlage	700.000 EUR

Strombezug Unternehmen am Standort	10.000.000 kWh
Davon: Strommenge Unternehmensteil	6.000.000 kWh

Tatsächliche Stromkosten:

420.000 EUR (700.000 EUR x 60 Prozent) + 50.000 EUR (EEG-Umlage Unternehmensteil) = 470.000 EUR

Weiterleitung vom Restunternehmen an den Unternehmensteil – Berechnung der Vollbenutzungsstunden

Wenn bei einem sUT die Angabe zur Jahreshöchstlast (höchsten Last der Entnahme) für eine Antragsabnahmestelle unverschuldet und nachweislich nicht verfügbar ist, muss der Antragssteller erklären, warum dies der Fall ist (z.B. fehlende Netznutzungsrechnungen). Diese Erklärung ist Bestandteil des Prüfungsvermerks des Wirtschaftsprüfers. In diesem Fall kann der sUT für die betreffende Antragsabnahmestelle die Angaben des Unternehmens zur entnommenen elektrischen Arbeit und der Jahreshöchstlast aus der Abrechnung zur Netznutzung verwenden (vgl. § 6 Absatz 1 Nummer 2 DSPV). **Dies gilt jedoch ausschließlich für die Berechnung der Vollbenutzungsstunden.**

Für die Zuordnung zur (Strombezugs-)Gruppe der Preistabelle ist stets die Strombezugsmenge zuzüglich umlagepflichtiger, selbst erzeugter und selbst verbrauchter Strommenge (nach § 61 EEG 2017) des sUT zu verwenden.

Beispiel 2:

Es gelten die gleichen Daten gemäß Beispiel 1 und aus den Rechnungen des Unternehmens ergibt sich eine Jahreshöchstlast i. H. v. 4.000 kW.

Bezeichnung der Antragsabnahmestelle	(hochgerechnete) entnommene elektrische Arbeit [kWh] (1)	Höchste Last der Entnahme [kW] (2)	Benutzungsdauer [h] (3)=(1)/(2)	Mengewichtete Benutzungsdauer (4)=(1)*(3) [kWh*h]
Abnahmestelle sUT	10.000.000	4.000	2.500	25.000.000.000
Summe	10.000.000			25.000.000.000
Vollbenutzungsstunden nach § 2 Nr. 7 DSPV [h] (Summe (4) / Summe (1))				2.500

Als Grundlage für die Einordnung in die Preistabelle zur Bestimmung des durchschnittlichen Strompreises werden nun 2.500 Vollbenutzungsstunden und 6.000.000 kWh herangezogen.

Beachten Sie bitte auch die Ausführungen im Abschnitt II.2.

VI. Anträge nach § 64 Absatz 5a EEG 2017 (freiwilliger Einbezug eigenerzeugter, nicht umlagepflichtiger Strommengen)

1. Gesetzliche Bestimmungen und ihre Auswirkungen auf die Antragstellung

Mit dem EEG 2017 wurde durch die Einfügung des § 64 Absatz 5a EEG 2017 eine weitere Antragsmöglichkeit geschaffen. Unternehmen können auch einen Antrag zur Besonderen Ausgleichsregelung mit der gesamten selbst verbrauchten Strommenge unter Einbeziehung der nicht umlagepflichtigen eigenerzeugten Strommengen stellen.

Nach § 64 Absatz 5a EEG 2017 begrenzt das BAFA bei einem Unternehmen, das

1. einer Branche nach Anlage 4 zuzuordnen ist,
2. im letzten abgeschlossenen Geschäftsjahr an einer Abnahmestelle, an der das Unternehmen einer Branche nach Anlage 4 zuzuordnen ist, mehr als 1 Gigawattstunde selbst verbraucht hat, und
3. eine Begrenzung der EEG-Umlage nicht erlangen kann, weil seine Stromkostenintensität wegen seiner nicht umlagepflichtigen Strommengen nicht den Wert nach § 64 Absatz 1 Nummer 2 erreicht,

auf Antrag die EEG-Umlage nach § 64 Absatz 2 auch abweichend von Absatz 1 Nummer 1, soweit im Übrigen die Voraussetzungen nach Absatz 1 erfüllt sind.

Das heißt, auch die nicht umlagepflichtigen selbst verbrauchten Strommengen des Unternehmens können für den Nachweis der ersten Gigawattstunde und für die Ermittlung der Stromkostenintensität berücksichtigt werden.

Achtung!

Bitte beachten Sie, dass die Antragsmöglichkeit nach § 64 Absatz 5a EEG 2017 nur Unternehmen mit nicht umlagepflichtigen eigenerzeugten Strommengen vorbehalten ist.

Für sUT besteht keine Antragsmöglichkeit nach § 64 Absatz 5a EEG 2017.

Abweichend von Absatz 6 Nummer 3 des § 64 EEG 2017 ist in den Fällen des § 64 Absatz 5a EEG 2017 die Stromkostenintensität das Verhältnis der maßgeblichen Stromkosten einschließlich der Stromkosten für selbst erzeugte und selbst verbrauchte Strommengen zum arithmetischen Mittel der Bruttowertschöpfung in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren; hierbei werden die maßgeblichen Stromkosten berechnet durch die Multiplikation des arithmetischen Mittels des Stromverbrauchs des Unternehmens in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren mit dem durchschnittlichen Strompreis für Unternehmen mit ähnlichen Stromverbräuchen, der nach Maßgabe der aktuellen DSPV zugrunde zu legen ist.

Die Regelung hat zum Ziel, den Zugang zur Besonderen Ausgleichsregelung auch für Unternehmen mit größeren Mengen nicht umlagepflichtigen Stroms zu ermöglichen. Denn speziell Eigenversorger erreichen häufig die erforderliche Stromkostenintensität alleine deswegen nicht, weil nach bisheriger Rechtslage nur die umlagepflichtigen Strommengen in die Berechnung mit einbezogen wurden. Die Unternehmen entscheiden selbst, ob dies für sie vorteilhaft ist. Verzichten sie auf einen Antrag oder wird ihr Antrag negativ beschieden, so greifen wie bisher die Bestimmungen der §§ 60 und 61 EEG 2017. Die Bestimmungen der Gebührenverordnung finden Anwendung.

Nachweis des Stromverbrauchs von mehr als 1 Gigawattstunde und Branchenzugehörigkeit der Abnahmestelle(n)

Für die Nachweisführung sind folgende Besonderheiten zu beachten:

Im Antragsverfahren nach § 64 Absatz 5a EEG 2017 werden die Antragsabnahmestellen als exemplarische Abnahmestellen bezeichnet - äquivalent zu Antragsabnahmestellen im Antragsverfahren nach § 64 Absatz 1 EEG 2017.

Das Unternehmen muss hier alle Abnahmestellen mit einem umlagepflichtigen Stromverbrauch von mehr als 1 GWh und der WZ-Zugehörigkeit in Anlage 4 des EEG 2017 als exemplarische Abnahmestellen anlegen. Im Antrag nach § 64 Absatz 5a EEG 2017 muss/müssen als exemplarische Abnahmestelle(n) also immer auch die Abnahmestelle(n) aufgeführt werden, die nach § 64 Absatz 1 EEG 2017 antragsberechtigt wäre(n) und somit als Standard-Antragsabnahmestellen bezeichnet werden. Zusätzlich sind hier die Abnahmestellen zu berücksichtigen, deren Stromverbrauch nur unter Einbezug der nicht umlagepflichtigen eigenerzeugten Strommengen mehr als 1 Gigawattstunde erreicht und die WZ-Zugehörigkeit in Anlage 4 des EEG 2017 nachweisen können.

Für die Begrenzung nach § 64 Absatz 5a i. V. m. § 64 Absatz 2 EEG 2017 ist es überdies „lediglich“ erforderlich, dass das Unternehmen an der/den sog. exemplarischen Abnahmestelle(n) **einen Stromverbrauch** von mehr als 1 Gigawattstunde aufweist.

Der Antrag nach § 64 Absatz 5a EEG 2017 kommt daher (auch und insbesondere) für Unternehmen in Betracht, die keine Abnahmestelle(n) mit „reinem“ **umlagepflichtigen Stromverbrauch von mehr als 1 GWh** und WZ-Zugehörigkeit in Anlage 4 des EEG 2017 besitzen. Diese Unternehmen müssen aber an mindestens einer Abnahmestelle nachweisen können, dass sie dort zumindest **umlagepflichtigen und nicht umlagepflichtigen Stromverbrauch von insgesamt mehr als 1 GWh** im letzten abgeschlossenen Geschäftsjahr hatten und die Abnahmestelle einer WZ der Liste 1/Liste 2 angehört.

In diesem Fall kommt nur die Begrenzung nach § 64 Absatz 5a EEG 2017 in Betracht.

Bei einem Antrag nach § 64 Absatz 5a EEG 2017 muss mindestens eine exemplarische Abnahmestelle existieren. Sofern mehrere exemplarische Abnahmestellen vorliegen, sind diese im Antrag zu berücksichtigen. **Für sämtliche exemplarische Abnahmestellen sind die Antragsvoraussetzungen durch die Unterlagen nach § 64 Absatz 3 Nummer 1 und 2 EEG 2017 nachzuweisen.**

Im Antragsverfahren nach § 64 Absatz 5a EEG 2017 erfolgt zudem eine sog. inzidente Prüfung hinsichtlich der Möglichkeit einer Begrenzung nach § 64 Absatz 1 i.V.m. Absatz 2 EEG 2017.

Stellt sich im Rahmen der Prüfung des Antrags nach § 64 Absatz 5a EEG 2017 heraus, dass eine Begrenzung der Standard-Antragsabnahmestellen nach § 64 Absatz 1 in Verbindung mit Absatz 2 EEG 2017 möglich ist, erfolgt die Begrenzung nicht nach § 64 Absatz 5a, sondern nach § 64 Absatz 1 i.V.m. Absatz 2 EEG 2017.

Ermittlung der Stromkostenintensität

Wie sich aus den Bestimmungen des § 64 Absatz 5a Satz 3 EEG 2017 ergibt, werden die maßgeblichen Stromkosten berechnet durch die Multiplikation des arithmetischen Mittels des gesamten Stromverbrauchs des Unternehmens **einschließlich der nicht umlagepflichtigen Strommengen** in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren mit dem durchschnittlichen Strompreis für Unternehmen mit ähnlichen Stromverbräuchen und Vollbenutzungsstunden (§ 5 Absatz 2 Satz 3 DSPV). Dies bedeutet, dass auch Strommengen, die nicht nach § 61 EEG 2017 umlagepflichtig sind, bei der Berechnung der Stromkostenintensität mitberücksichtigt werden.

Bei der Zuordnung zum durchschnittlichen Strompreis nach der Strommenge wird bei Anträgen nach § 63 i. V. m. § 64 Absatz 5a EEG 2017 abweichend die Strombezugsmenge zuzüglich der gesamten selbst erzeugten und selbst verbrauchten Strommenge verwendet (§ 5 Absatz 1 Satz 3 DSPV). Hierbei ist es unerheblich, ob diese Strommengen nach § 61 EEG 2017 umlagepflichtig sind oder nicht.

Die Stromkostenintensität ist damit auf Basis der gesamten Stromverbräuche des Unternehmens und der Vollbenutzungsstunden der exemplarischen Abnahmestelle(n) nachzuweisen (§ 5 Absatz 1 Satz 3 und Absatz 2 Satz 3 DSPV). Kann das Unternehmen die Angaben nach § 3 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 DSPV über die Netznutzung der exemplarischen Abnahmestelle(n) für den Nachweiszeitraum nicht durch Abrechnungen über die Netznutzung belegen, kann es die erforderlichen Angaben durch geeignete Messungen nachweisen (vgl. § 6 Absatz 1 Nummer 2 DSPV). Dieser Nachweis muss von einem Wirtschaftsprüfer testiert werden.

Um allerdings überhaupt in den Anwendungsbereich des § 64 Absatz 5a EEG 2017 zu kommen, muss das Unternehmen nachweisen, dass es eine Begrenzung der EEG-Umlage nach § 64 Absatz 1 EEG 2017 nicht erlangen kann, weil seine Stromkostenintensität wegen seiner nicht umlagepflichtigen Strommengen den erforderlichen Schwellenwert nicht überschreitet. Denn nur, wenn dies der Fall ist und die erforderliche Stromkostenintensität mit den umlagepflichtigen Strommengen nicht erreicht wird, kann die Anwendung des Antragsverfahrens nach § 64 Absatz 5a EEG 2017 erfolgen.

Diesen Nachweis muss das antragstellende Unternehmen in Form einer **Vergleichsrechnung** führen, bei der zum einen die Stromkostenintensität **ohne Einbezug** der umlagefreien eigenerzeugten und selbst verbrauchten Strommengen und zum anderen **mit Einbezug** dieser Strommengen zu ermitteln ist. Eine entsprechende Vorlage zur Durchführung der Vergleichsrechnung finden Sie in Abschnitt VI.2.1. Bei dieser Vergleichsrechnung werden für die Zuordnung zum durchschnittlichen Strompreis im ersten Schritt die Vollbenutzungsstunden der Standard-Antragsabnahmestellen und in einem zweiten Schritt der exemplarischen Abnahmestelle(n) des antragstellenden Unternehmens zugrunde gelegt. Das antragstellende Unternehmen muss nun auf Basis dieser sich so ergebenden durchschnittlichen Strompreise die Vergleichsrechnung vornehmen, d.h. die Stromkostenintensität ohne und mit Einbezug der umlagefreien eigenerzeugten und selbst verbrauchten Strommengen errechnen.

Eine ausführlichere Darstellung der Regelungen der Durchschnittsstrompreis-Verordnung entnehmen Sie bitte dem separaten „Hinweisblatt durchschnittliche Strompreise 2019“ (siehe dazu http://www.bafa.de/DE/Energie/Besondere_Ausgleichsregelung/besondere_ausgleichsregelung_node.html#Anker5).

Achtung!

Führt diese Vergleichsrechnung zu dem Ergebnis, dass die erforderliche Stromkostenintensität tatsächlich nur unter Einbezug der umlagefreien eigenerzeugten und selbst verbrauchten Strommengen erreicht wird, liegen die Voraussetzungen für eine Antragstellung nach § 64 Absatz 5a EEG 2017 vor. Ist dies jedoch nicht der Fall, käme nur eine Begrenzung der Standard-Antragsabnahmestelle(n) in Betracht, die die Antragsvoraussetzungen nach § 64 Absatz 1 EEG 2017 auch ohne Einbezug der umlagefreien eigenerzeugten und selbst verbrauchten Strommengen erfüllen (Begrenzungsentscheidung nach § 64 Absatz 1 EEG 2017). Vor diesem Hintergrund muss ein Antrag auch alle notwendigen Angaben und Nachweise enthalten, die für eine Antragstellung nach § 64 Absatz 1 EEG 2017 erforderlich sind.

Besonderheiten der Begrenzungswirkung

Ergibt die Prüfung der Stromkostenintensität und der Wirtschaftszweigzugehörigkeit des Unternehmens sowie der exemplarischen Abnahmestelle(n), dass eine Begrenzung nach § 64 Absatz 5a EEG 2017 möglich ist, ergeht ein Bescheid für die gesamte selbst verbrauchte Strommenge des Unternehmens, unabhängig davon, ob sie nach den §§ 60 und 61 EEG 2017 voll, anteilig oder nicht umlagepflichtig ist.

Unerheblich für die Begrenzung auch der weiteren Abnahmestellen nach § 64 Absatz 5a EEG 2017 ist danach:

- ob und ggf. in welcher Höhe Umlagepflicht an diesen Abnahmestellen besteht,
- ob an diesen Abnahmestellen die Wirtschaftszweigzugehörigkeit für eine Begrenzung vorliegt,
- ob an diesen Abnahmestellen mehr als 1 GWh Strom (selbst) verbraucht wurde.

Der positive Bescheid nach § 64 Absatz 5a EEG 2017 regelt dann die Begrenzung der EEG-Umlage für den Stromverbrauch des gesamten Unternehmens gemäß der Staffelung des § 64 Absatz 2 EEG 2017, **wobei bei sämtlichen Abnahmestellen des Unternehmens jeweils für die 1. Gigawattstunde die volle EEG-Umlage zu zahlen ist**. Für den weiteren gesamten Stromverbrauch des Unternehmens, der an der jeweiligen Abnahmestelle über einer Gigawattstunde liegt, fällt – unabhängig von einer etwaigen bereits bestehenden (anteiligen) EEG-Umlagepflicht – EEG-Umlage an.

2. Nachweisführung

Bei einer Antragstellung nach § 64 Absatz 5a EEG 2017 sind in einem ersten Schritt grundsätzlich die gleichen Daten mit den entsprechenden Nachweisen, die auch für eine Antragstellung nach § 64 Absatz 1 EEG 2017 eingereicht werden müssen, zu erbringen. Zusätzlich müssen weitere Angaben gemacht werden, wovon einige mit entsprechender Bestätigung durch den Wirtschaftsprüfer nachzuweisen sind. Die zusätzlichen Nachweispflichten im WP-Prüfungsvermerk beziehen sich auf den Nachweis zu Strommengen nach § 6 Absatz 2 Nummer 1 und 5 DSPV (Abschnitt IV.2.3.3) und den Nachweis der maßgeblichen Stromkosten nach § 5 Abs. 2 DSPV (Abschnitt IV.2.3.6). Darüber hinaus sind im Rahmen der Antragstellung weitere Angaben für sämtliche Abnahmestellen des Unternehmens zu machen.

Für die Antragstellung nach § 64 Absatz 5a EEG 2017 sind folgende Unterlagen **zusätzlich** vorzulegen:

- Prüfungsvermerk / Bescheinigung des Wirtschaftsprüfers mit folgendem Zusatz:
 - Ergänzende Angaben zu umlagefreien eigenerzeugten und selbst verbrauchten Strommengen (siehe Tabellen Abschnitt VI 2.1)
 - eine **Vergleichsrechnung**, bei der zum einen die Stromkostenintensität **ohne Einbezug** der umlagefreien eigenerzeugten und selbst verbrauchten Strommengen und zum anderen **mit Einbezug** dieser Strommengen betrachtet wird (siehe Tabelle Abschnitt VI 2.1)
- Zertifizierungsbescheinigung
- Liste sämtlicher Abnahmestellen des Unternehmens (siehe Tabelle Abschnitt VI 2.3)
- Weitere Unterlagen, die die umlagefreien eigenerzeugten und selbst verbrauchten Strommengen nachvollziehbar darstellen (siehe dazu Abschnitt VI 2.4)

Im folgenden Abschnitt werden diese zusätzlichen Angaben und Besonderheiten für Anträge nach § 64 Absatz 5a EEG 2017 näher erläutert.

2.1 Prüfungsvermerk/Bescheinigung des Wirtschaftsprüfers und Jahresabschlüsse

Die zusätzlichen Nachweispflichten weichen ab von den Nachweisen zu Strommengen nach § 6 Absatz 2 Nummer 1 und 5 DSPV (Abschnitt IV.2.3.3) und den Nachweisen der maßgeblichen Stromkosten nach § 5 Abs. 2 DSPV (Abschnitt IV.2.3.6).

Für den Antrag nach § 64 Absatz 5a EEG 2017 sollte der Prüfungsvermerk des Wirtschaftsprüfers wie folgt aufgebaut sein:

Nachweis der Strommengen nach § 6 Absatz 2 Nummer 1 und 5 DSPV

Es gelten die Ausführungen im Abschnitt IV.2.3.3, wobei durch den Einbezug der umlagefreien eigenerzeugten Stromverbrauchsmenge bei Anträgen nach § 64 Absatz 5a EEG 2017 eine erweiterte Darstellung der relevanten Strommengen erforderlich ist, so dass sich insofern eine Modifikation in der tabellarischen Übersicht ergibt. Bitte verwenden Sie deshalb die Darstellung einer tabellarischen Aufgliederung in Form des nachstehenden Musters. Diese Tabelle ist jeweils separat für die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre zu erstellen. Bestehen neben der/den exemplarischen Abnahmestelle(n) zusätzliche Abnahmestellen im Unternehmen, so sind diese vollumfänglich in der Sammelposition „Weitere Abnahmestellen“ auszuweisen.

Die nachfolgenden Tabellen geben

- die von EVU oder von einem anderen Dritten gelieferte Strommenge, die nach § 60 Absatz 1 oder § 61 EEG 2017 voll oder anteilig umlagepflichtig ist („Strombezugsmenge nach § 2 Nummer 5 DSPV“),
- die davon an Dritte weitergeleitete Strommenge,
- die selbst erzeugte und selbst verbrauchte Strommenge, für die nach § 61 EEG 2017 die EEG-Umlage entrichtet wurde („selbst erzeugte und selbst verbrauchte Strommenge, für die EEG-Umlage entrichtet wurde“),
- die selbst erzeugte und selbst verbrauchte Strommenge, für die keine EEG-Umlage entrichtet wurde,
- die insgesamt selbst verbrauchte Strommenge, für die EEG-Umlage nach § 60 Absatz 1 oder § 61 EEG 2017 entrichtet wurde („Stromverbrauchsmenge, für die EEG-Umlage entrichtet wurde“),
- die Stromverbrauchsmenge nach § 64 Absatz 5a EEG 2017 an der/den exemplarischen Abnahmestelle(n) sowie an den weiteren Abnahmestellen des Unternehmens für den nachfolgenden Nachweiszeitraum wieder:
 - Geschäftsjahr vom ... [Datum] bis ... [Datum] (kurz: Geschäftsjahr ... [X]) und
 - Geschäftsjahr vom ... [Datum] bis ... [Datum] (kurz: Geschäftsjahr ... [X-1]) sowie
 - Geschäftsjahr vom ... [Datum] bis ... [Datum] (kurz: Geschäftsjahr ... [X-2])

In Fällen des § 64 Absatz 4 bzw. 4a ggf. i. V. m. § 67 Absatz 1 Satz 2 EEG 2017 ist der Nachweiszeitraum entsprechend anzupassen (z.B. Neugründungen oder Umwandlungen).

Die Angaben im WP-Prüfungsvermerk sollten wie folgt aufgebaut sein:

	Strommengen für das Geschäftsjahr ... [X]					
	Strombezugs- menge nach § 2 Nr. 5 DSPV	davon weitergeleitete Strommenge	selbst erzeugte und selbst verbrauchte Strommenge, für die EEG-Umlage nach § 61 EEG ent- richtet wurde	selbst erzeugte und selbst verbrauchte Strommenge, für die <u>keine</u> EEG- Umlage ent- richtet wurde	Stromver- brauchsmenge, für die EEG- Umlage ent- richtet wurde	Stromver- brauchsmenge nach § 64 Abs. 5a EEG
Bezeichnung der Abnahmestelle	[kWh] (1)	[kWh] (2)	[kWh] (3)	[kWh] (4)	[kWh] (1)-(2)+(3)	[kWh] (1)-(2)+(3)+(4)
Exemplarische Abnahmestelle						
<i>[bei mehreren exemplarischen Abnahmestellen, bitte diese einzeln auflühren]</i>						
Weitere Abnahmestellen						
Summe						
	s. u.g. Tabelle ⁵		s. u.g. Tabelle ⁶			

⁵ Vgl. entsprechenden Wert aus Tabelle zur Herleitung der maßgeblichen Stromkosten nach § 5 Absatz 2 DSPV bei Anträgen nach § 64 Absatz 5a EEG 2017

⁶ Vgl. entsprechenden Wert aus Tabelle zur Herleitung der maßgeblichen Stromkosten nach § 5 Absatz 2 DSPV bei Anträgen nach § 64 Absatz 5a EEG 2017

	Strommengen für das Geschäftsjahr ... [X-1]					
	Strombezugs- menge nach § 2 Nr. 5 DSPV	davon weitergeleitete Strommenge	selbst erzeugte und selbst verbrauchte Strommenge, für die EEG-Umlage nach § 61 EEG ent- richtet wurde	selbst erzeugte und selbst verbrauchte Strommenge, für die <u>keine</u> EEG- Umlage ent- richtet wurde	Stromver- brauchsmenge, für die EEG- Umlage ent- richtet wurde	Stromver- brauchsmenge nach § 64 Abs. 5a EEG
Bezeichnung der Abnahmestelle	[kWh] (1)	[kWh] (2)	[kWh] (3)	[kWh] (4)	[kWh] (1)-(2)+(3)	[kWh] (1)-(2)+(3)+(4)
Exemplarische Abnahmestelle						
<i>[bei mehreren exemplarischen Abnahmestellen, bitte diese einzeln auflühren]</i>						
Weitere Abnahmestellen						
Summe						

	Strommengen für das Geschäftsjahr ... [X-2]					
	Strombezugs- menge nach § 2 Nr. 5 DSPV	davon weitergeleitete Strommenge	selbst erzeugte und selbst verbrauchte Strommenge, für die EEG-Umlage nach § 61 EEG ent- richtet wurde	selbst erzeugte und selbst verbrauchte Strommenge, für die <u>keine</u> EEG- Umlage ent- richtet wurde	Stromver- brauchsmenge, für die EEG- Umlage ent- richtet wurde	Stromver- brauchsmenge nach § 64 Abs. 5a EEG
Bezeichnung der Abnahmestelle	[kWh] (1)	[kWh] (2)	[kWh] (3)	[kWh] (4)	[kWh] (1)-(2)+(3)	[kWh] (1)-(2)+(3)+(4)
Exemplarische Abnahmestelle						
<i>[bei mehreren exemplarischen Abnahmestellen, bitte diese einzeln auflühren]</i>						
Weitere Abnahmestellen						
Summe						

Um die Vergleichsrechnung (siehe Tabelle „Herleitung der maßgeblichen Stromkosten“) durchführen zu können, ist es erforderlich, das arithmetische Mittel des Stromverbrauchs nach § 5 Absatz 2 Sätze 1 und 2 DSPV wie folgt im Nachweiszeitraum zu ermitteln:

Stromverbrauchsmenge, für die EEG-Umlage entrichtet wurde	kWh
im Geschäftsjahr ... [X]	
im Geschäftsjahr ... [X-1]	
im Geschäftsjahr ... [X-2]	
arithmetisches Mittel (Stromverbrauch nach § 5 Absatz 2 Sätze 1 und 2 DSPV)	

Bei Anträgen nach § 64 Absatz 5a EEG 2017 werden selbst verbrauchte Strommengen berücksichtigt, die von einem EVU oder einem anderen Dritten geliefert wurden oder von dem antragstellenden Unternehmen selbst erzeugt worden sind (§ 5 Absatz 2 Satz 3 DSPV). Hierbei werden auch die eigenerzeugten, selbst verbrauchten nicht umlagepflichtigen Strommengen einbezogen.

Das arithmetische Mittel des Stromverbrauchs nach § 5 Absatz 2 Sätze 1 und 3 DSPV beträgt damit im Nachweiszeitraum (gleichfalls erforderlich für die Vergleichsrechnung in der Tabelle „Herleitung der maßgeblichen Stromkosten“):

Stromverbrauchsmenge, für die EEG-Umlage entrichtet wurde, sowie selbst erzeugte und selbst verbrauchte Strommenge, für die keine EEG-Umlage entrichtet wurde	kWh
im Geschäftsjahr ... [X]	
im Geschäftsjahr ... [X-1]	
im Geschäftsjahr ... [X-2]	
arithmetisches Mittel (Stromverbrauch nach § 5 Absatz 2 Sätze 1 und 3 DSPV)	

Nachweis der maßgeblichen Stromkosten nach § 5 Absatz 2 DSPV sowie der Stromkostenintensität nach § 64 Absatz 6 Nummer 3 i. V. m. Absatz 5a EEG 2017

Bei Anträgen nach § 64 Absatz 5a EEG 2017 werden die Vollbenutzungsstunden anhand der exemplarischen Abnahmestelle(n) des antragstellenden Unternehmens ermittelt. Diese Abnahmestelle(n) mit den dafür ermittelten Vollbenutzungsstunden wird/werden auch als Basis für die Vergleichsrechnung herangezogen. Auf dieser Basis ist die Stromkostenintensität auch nach § 64 Absatz 6 Nummer 3 EEG 2017 i. V. m. § 5 Absatz 2 Sätze 1 und 2 DSPV (d.h. ohne Einbezug der umlagefreien eigenerzeugten Strommengen) zu bestimmen. Wie bereits ausgeführt, wird anhand dieses Ergebnisses festgestellt, ob das antragstellende Unternehmen den jeweiligen relevanten Mindestwert für die Stromkostenintensität auch ohne Einbezug der umlagefreien selbsterzeugten Strommengen erreicht.

Die nachfolgende Tabelle gibt die Herleitung der Vollbenutzungsstunden nach § 2 Nummer 7 DSPV des Unternehmens auf Basis der **exemplarischen** Abnahmestelle(n) und der Standard-Antragsabnahmestelle(n) bei einem Antrag nach § 64 Absatz 5a EEG 2017 für das letzte abgeschlossene Geschäftsjahr vom ... [Datum] bis ... [Datum] wieder. Je nach Struktur des Antrags können sich die Vollbenutzungsstunden der Standard-Antragsabnahmestellen (c') und der exemplarischen Abnahmestellen (c'') unterscheiden. Beide Angaben werden aber mithilfe der untenstehenden Tabellen separat berechnet.

Bezeichnung der exemplarischen Abnahmestelle(n)	(hochgerechnete) entnommene elektrische Arbeit [kWh] (1)	Höchste Last der Entnahme [kW] (2)	Benutzungsdauer [h] (3)=(1)/(2)	Mengewichtete Benutzungsdauer (4)=(1)*(3) [kWh*h]
Summe				
Vollbenutzungsstunden nach § 2 Nr. 7 DSPV [h] (Summe (4) / Summe (1))				Vgl. Wert für nachfolgende Tabelle unter (c') und (c'')

Sofern das letzte abgeschlossene Geschäftsjahr ein Rumpfgeschäftsjahr ist, ist die elektrische Arbeit nach § 2 Nummer 7 DSPV linear auf ein Jahr hochzurechnen.

Die nachfolgende Tabelle dient der **Herleitung der maßgeblichen Stromkosten** nach § 5 Absatz 2 DSPV bei Anträgen nach § 64 Absatz 5a EEG 2017. Es wird die Stromkostenintensität nach § 64 Absatz 6 Nummer 3 EEG 2017 mit der Stromkostenintensität nach § 64 Absatz 5a EEG 2017 des Unternehmens verglichen:

Strombezugsmengen nach § 2 Nr. 5 DSPV im letzten abgeschlossenen Geschäftsjahr	(a)	... kWh
selbst erzeugte und selbst verbrauchte Strommenge, für die im letzten abgeschlossenen Geschäftsjahr nach § 61 EEG-Umlage entrichtet wurde	(b)	... kWh
Summe	(a) + (b)	... kWh
Vollbenutzungsstunden nach § 2 Nr. 7 DSPV [Standard-Antragsabnahmestelle(n)]	(c')	... h
Durchschnittlicher Strompreis entsprechend der Bekanntmachung des Bundesamts für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) für das Antragsjahr 2019 nach § 4 Absatz 2 i. V. m. § 5 Absatz 1 Satz 1 DSPV	(d)	... ct/kWh
arithmetisches Mittel des Stromverbrauchs nach § 5 Absatz 2 Sätze 1 und 2 DSPV	(e)	... kWh
maßgebliche Stromkosten nach § 5 Abs. 2 Sätze 1 und 2 DSPV	$[(d)*(e)]/100 = (f)$... EUR
arithmetisches Mittel der Bruttowertschöpfung nach § 64 Abs. 6 Nr. 2 EEG 2017	(g)	... EUR
Stromkostenintensität nach § 64 Abs. 6 Nr. 3 EEG 2017 i. V. m. § 5 Absatz 2 Sätze 1 und 2 DSPV	$(f) / (g)*100 = (h)$... %
Zusätzliche Angaben für Anträge gemäß § 64 Abs. 5a EEG 2017		
selbst erzeugte und selbst verbrauchte Strommenge, für die <u>keine</u> EEG-Umlage entrichtet wurde	(i)	kWh
Summe	(a) + (b) + (i)	... kWh
Vollbenutzungsstunden nach § 2 Nr. 7 DSPV [exemplarische Abnahmestelle(n)]	(c'')	... h
Durchschnittlicher Strompreis entsprechend der Bekanntmachung des Bundesamts für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) für das Antragsjahr 2019 nach § 4 Abs. 2 DSPV i. V. m. § 5 Abs. 1 S. 1 und 3 DSPV	(j)	... ct/kWh
arithmetisches Mittel des Stromverbrauchs nach § 5 Abs. 2 Sätze 1 und 3 DSPV (einschl. umlagefreier eigenerzeugter Strommengen)	(k)	... kWh
maßgebliche Stromkosten nach § 5 Abs. 2 Sätze 1 u. 3 DSPV	$[(j)*(k)]/100 = (l)$... EUR
arithmetisches Mittel der Bruttowertschöpfung nach § 64 Abs. 6 Nr. 2 EEG 2017	(m) = (g)	... EUR
Stromkostenintensität nach § 64 Abs. 5a EEG 2017 i. V. m. § 5 Abs. 2 S. 1 und 3 DSPV	$(l) / (m)*100 = (n)$... %

Nachweis zu sämtlichen Bestandteilen der Strombezugskosten nach § 6 Absatz 2 Nummer 2 DSPV

Bestandteile der tatsächlichen unternehmensspezifischen Strombezugskosten sind detailliert unter Abschnitt IV.2.3.7 aufgeführt.

Bitte beachten Sie jedoch, dass bei der Antragstellung nach § 64 Absatz 5a EEG 2017 die Stromsteuer und die Stromsteuererstattung nur für den **fremdbezogenen Strom** ansetzbar ist.

2.2 Bescheinigung der Zertifizierungsstelle

Es gelten die Ausführungen in Abschnitt IV.2.4.

2.3 Angabe sämtlicher Abnahmestellen des Unternehmens

Da die nach § 64 Absatz 2 EEG 2017 begrenzte EEG-Umlage für die gesamte selbst verbrauchte Strommenge im Begrenzungsjahr gezahlt werden muss, unabhängig davon, ob sie nach den §§ 60 und 61 EEG 2017 voll, anteilig oder nicht umlagepflichtig ist, ist es erforderlich, dass das antragstellende Unternehmen sämtliche Abnahmestellen angibt. Nur so kann ein Begrenzungsbescheid mit den Informationen erteilt werden, die von den Beteiligten für die rechtmäßige Umsetzung des Bescheides benötigt werden. **Zur transparenten Darstellung dieser Daten muss jedes Unternehmen eine Liste mit sämtlichen Abnahmestellen und den hierfür zuständigen ÜNB und Verteilnetzbetreiber(n) im Antragsportal ELAN K2 anlegen, damit der gesamte Stromverbrauch des Unternehmens erfasst wird.**

Das Unternehmen muss sicherstellen, dass die Liste sämtlicher Abnahmestellen im Antragsportal ELAN K2 vollständig ist und also auch z.B. Abnahmestellen ausweist, an denen das Unternehmen weniger als 1 GWh Strom verbraucht hat.

Eine Liste zumindest der Abnahmestellen, an denen das Unternehmen einen Stromverbrauch von über 1 GWh im letzten abgeschlossenen Geschäftsjahr hatte und insbesondere solche, die über eine Eigenversorgungsanlage verfügen, ist dem Prüfungsvermerk des Wirtschaftsprüfers als Anlage beizufügen.

Nachfolgend finden Sie ein Muster für eine tabellarische Übersicht sämtlicher Abnahmestellen des Unternehmens:

Lfd. Nr.	Bezeichnung der Abnahmestelle	Adresse der Abnahmestelle	Übertragungsnetzbetreiber	Verteilnetzbetreiber

2.4 Weitere Unterlagen

Bei Anträgen nach § 64 Absatz 5a EEG 2017 werden alle selbst verbrauchten Strommengen berücksichtigt, die von einem Elektrizitätsversorgungsunternehmen oder einem anderen Dritten geliefert wurden sowie von dem antragstellenden Unternehmen selbst erzeugt wurden (§ 5 Absatz 2 Satz 3 DSPV). Hierbei werden auch die selbst erzeugten und selbst verbrauchten **nicht umlagepflichtigen Strommengen** einbezogen.

Um diese Strommengen nachvollziehen zu können, müssen im Rahmen der Antragstellung nach § 64 Absatz 5a EEG 2017 zusätzliche Unterlagen eingereicht werden.

Um weitere Rückfragen des BAFA zu vermeiden, beachten Sie bitte, dass aus den eingereichten Unterlagen/Nachweisen zwingend die angegebenen selbst erzeugten und selbst verbrauchten Strommengen nachvollziehbar hervorgehen müssen und der komplette Nachweiszeitraum (i. d. R. die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre) abgedeckt ist.

Achtung!

Bitte beachten Sie, dass diese Nachweise in jedem Antragsjahr erneut vorzulegen sind.

Zusätzlich einzureichende Unterlagen für eine Antragstellung nach § 64 Absatz 5a EEG 2017

- Erläuterung zur Ermittlung der selbst erzeugten und selbst verbrauchten nicht umlagepflichtigen Strommengen
- Detaillierte Angaben zu den jeweiligen Eigenerzeugungsanlagen
- Vorlage eventuell vorhandener technischer Datenblätter der Eigenerzeugungsanlagen
- Angabe der Menge des eingesetzten Energieträgers für den Betrieb der jeweiligen Eigenerzeugungsanlage
- Auswertungsunterlagen für die jeweiligen Eigenerzeugungsanlagen, die im Rahmen eines Energiemanagementsystems durch einen Zertifizierer erstellt bzw. gesichtet wurden, sowie der aktuelle Auditbericht
- Nachvollziehbare Messprotokolle (mit detaillierter Beschreibung des Messverfahrens)
- Sachverständigengutachten nach § 10 Absatz 2 Nummer 4 KWKG (bei KWK-Anlagen)
- Sonstige vorhandene und geeignete Nachweise, z.B. Bescheide des Hauptzollamtes, aus denen die selbst erzeugten und selbst verbrauchten nicht umlagepflichtigen Strommengen hervorgehen etc.

Bitte verwenden Sie zur Datenerfassung (Angaben zu Eigenerzeugungsanlagen sowie Angaben zu den eingesetzten Energieträgern) zusätzlich auch die beiden bereitgestellten Muster-Tabellen.

Angaben zur Eigenerzeugungsanlage

Anlagentyp (z. B. Gasturbine, etc.)	
Adresse	
eingesetzte Energieträger (z. B. Gas, etc.)	
elektrische Nennleistung brutto (kW)	
elektrische Nettoleistung (kW) ⁷	
elektrischer Wirkungsgrad brutto (%) ⁸	
elektrischer Wirkungsgrad netto (%)	
Inbetriebnahmedatum	
Eigenerzeugung und Selbstverbrauch ab (Datum)	
EEG-Umlagepflicht nach § 61 EEG [Ja/Nein]	
KWKG zuschlagsberechtigt [Ja/Nein]	

Diese Tabelle ist für jede Eigenerzeugungsanlage einzeln auszufüllen.

Eingesetzte Energieträger für den Betrieb der Eigenerzeugungsanlage

Bitte geben Sie die Mengen der eingesetzten Energieträger an, die ausschließlich für den Betrieb der jeweiligen Eigenerzeugungsanlagen in den letzten drei Geschäftsjahren verbraucht wurden.

⁷ elektrische Nettoleistung (kW):

Die elektrische Nettoleistung bezeichnet die höchste dauerhaft erreichbare Leistung eines Kraftwerks nach Abzug des Kraftwerkseigenverbrauchs.

⁸ elektrischer Wirkungsgrad:

Der Gesamt-Wirkungsgrad ergibt sich aus der Addition von elektrischem Wirkungsgrad und thermischem Wirkungsgrad. Ein **elektrischer Wirkungsgrad** sagt aus, wie viel Prozent der eingesetzten Energie in Strom umgesetzt wird, ein thermischer Wirkungsgrad bezeichnet, wie viel in Wärme umgesetzt wird. Der elektrische Wirkungsgrad kann sowohl im Hinblick auf die elektrische Nennleistung brutto als auch auf die elektrische Nettoleistung ermittelt werden.

Sofern Sie mehrere Eigenerzeugungsanlagen betreiben, reichen Sie uns bitte zusätzlich eine Aufteilung auf die einzelnen Anlagen ein.

Angaben zu den eingesetzten Energieträgern

Anlage XY	Angabe der eingesetzten Menge des jeweiligen Energieträgers (z.B. Gas etc.)	Jährliche Betriebsstunden ⁹
	jeweilige Maßeinheit (z.B. kWh, Kubikmeter etc.)	h
Geschäftsjahr X		
Geschäftsjahr X-1		
Geschäftsjahr X-2		

Das BAFA ist im Rahmen des Untersuchungsgrundsatzes nach § 24 VwVfG berechtigt, jederzeit weitere Unterlagen als die oben genannten anzufordern. Es kann die Entscheidung von der Vorlage dieser Unterlagen abhängig machen. Bitte beachten Sie zudem, dass diese Angaben auch für sämtliche Abnahmestellen, an denen das Unternehmen eine Eigenversorgung mit Strom unterhält, zu machen sind.

2.5 Ergänzende Angaben für eine Begrenzung der KWKG-Umlage

Es gelten die Ausführungen in Abschnitt IV.2.6.

⁹ jährliche Betriebsstunden:

Die jährlichen Betriebsstunden geben die Zeit an, für die eine Anlage bei Nennleistung betrieben werden müsste, um die gleiche elektrische Arbeit zu erzeugen, wie die Anlage innerhalb des letzten abgeschlossenen Geschäftsjahres tatsächlich erzeugt hat.

VII. Sonderfälle

Gut zu wissen

Bei Neugründungen und Umwandlungen empfiehlt es sich, möglichst frühzeitig mit dem BAFA Kontakt aufzunehmen.

1. Neugründung

Auch neu gegründete Unternehmen müssen den Nachweis der Erfüllung der Grenzwerte durch Vergangenheitsdaten auf der Basis zumindest eines letzten abgeschlossenen (gewillkürten) Rumpfgeschäftsjahres führen (nach § 64 Absatz 4 i.V.m. Absatz 3 EEG 2017).

Als neu gegründete Unternehmen gelten nur solche, die mit nahezu vollständig neuen Betriebsmitteln ihre Tätigkeit erstmals aufnehmen; sie dürfen nicht durch Umwandlung i. S. d. § 3 Nummer 45 EEG 2017 entstanden sein. Neu geschaffenes Betriebsvermögen liegt nach § 64 Absatz 6 Nummer 2a EEG 2017 vor, wenn ein Unternehmen ohne Sachanlagevermögen neues Sachanlagevermögen erwirbt oder schafft. Bitte beachten Sie, dass geleaste oder gepachtete Betriebsmittel nicht als neues Betriebsvermögen dieses Unternehmens zählen. Als Zeitpunkt der Neugründung gilt der Zeitpunkt, an dem erstmals Strom zu Produktionszwecken verbraucht wird (§ 64 Absatz 6 Nummer 2a EEG 2017).

Nicht zu den Neugründungen gehören dabei sämtliche weitere Änderungen bereits bestehender Konstruktionen, sei es durch Verkauf oder andere Überlassung von Unternehmensteilen, Ausgliederungen von Unternehmensteilen an Dritte und Ähnliches, denn in diesen Konstellationen ist gerade kein neues Betriebsvermögen entstanden. Demnach gelten z. B. folgende Konstellationen nicht als Neugründung i. S. der Besonderen Ausgleichsregelung:

- Verschmelzung, Spaltung (Abspaltung, Aufspaltung, Ausgliederung) oder ein Formwechsel,
- Entstehung eines neuen Unternehmens im Wege der Einzel- oder Gesamtrechtsnachfolge bzw. durch Übernahme eines in Insolvenz befindlichen Unternehmens im Rahmen eines Asset Deals durch einen Investor.

Erfolgt die Gründung also auf Basis des Betriebsvermögens eines oder mehrerer bereits bestehender Unternehmen, liegt **keine** Neugründung i. S. d. EEG 2017 vor.

Soweit der Antrag sich auf ein neu gegründetes Unternehmen bezieht, müssen die gesellschaftsrechtlichen und wirtschaftlichen Hintergründe dieser Neugründung dargestellt werden. Es muss insbesondere auch erkennbar sein, ob und inwieweit neues Betriebsvermögen im Rahmen der Neugründung geschaffen wurde. Als Belege eignen sich z. B. Handelsregistrauszüge, Kaufverträge, Vorstands- und Gesellschafterbeschlüsse, die Eröffnungsbilanz usw.

Unternehmen, die nach dem 30. Juni des Vorjahres neu gegründet wurden, können abweichend von § 64 Absatz 3 Nummer 1 EEG 2017 im ersten Jahr nach der Neugründung Daten über ein Rumpfgeschäftsjahr, das im Regelfall vom tatsächlichen handelsrechtlichen Geschäftsjahr des Unternehmens abweicht, übermitteln, im zweiten Jahr nach der Neugründung Daten für das erste abgeschlossene Geschäftsjahr und im dritten Jahr nach der Neugründung Daten für das erste und zweite abgeschlossene Geschäftsjahr. Die Antragsvoraussetzungen des § 64 Absatz 1 EEG 2017 müssen in diesem Rumpfgeschäftsjahreszeitraum erfüllt worden sein. Für die Nachweisführung gilt § 64 Absatz 3 EEG 2017 entsprechend.

Für das erste Jahr nach der Neugründung ergeht die Begrenzungsentscheidung allerdings unter Vorbehalt des Widerrufs i. S. d. § 36 Absatz 2 Nummer 3 VwVfG. Als Zeitpunkt der Neugründung fingiert das EEG den Zeitpunkt des erstmaligen Verbrauchs von Strom zu Produktionszwecken. Nach Vollendung des ersten abgeschlossenen Geschäftsjahres nach der Neugründung erfolgt eine nachträgliche Überprüfung der Antragsvoraussetzungen und des Begrenzungsumfangs durch das BAFA anhand der Daten dieses abgeschlossenen Geschäftsjahres. Sie erfolgt in der Regel mit Vorlage der entsprechenden Unterlagen bei der nächsten Antragsstellung. Wenn sich aus diesen maßgebliche Änderungen im Vergleich zum ursprünglichen Antrag ergeben, erfolgt ein Widerruf oder eine Anpassung mit Teilwiderauf der Begrenzungsentscheidung. Das Rumpfgeschäftsjahr umfasst eine Zeitspanne, die von der Gründung des Unternehmens bis zu einem Abschlusszeitpunkt, der vor dem 30.09. des Antragsjahres liegen muss, reicht. Das (Rumpf-)Geschäftsjahr kann nicht länger als zwölf Monate sein. Dies bedeutet, dass ein vom Kalenderjahr abweichender, weniger als zwölf Kalendermonate umfassender Zeitraum ein Rumpfgeschäftsjahr i. S. dieser Definition darstellt. Das Rumpfgeschäftsjahr muss mit einem nach den gesetzlichen Bestimmungen des HGB geprüften Jahresabschluss abgeschlossen sein.

Für neu gegründete Unternehmen sieht § 66 Absatz 3 EEG 2017 eine verlängerte Antragsfrist bis zum 30. September eines Jahres vor. Im Antragsjahr 2019 endet die Antragsfrist somit am 30. September 2019.

2. Umstrukturierung/Umwandlung (§ 67 EEG 2017)

2.1 Definition der Umwandlung

Der Begriff der Umwandlung ist in § 3 Nr. 45 EEG 2017 wie folgt definiert:

„Umwandlung“ [ist] jede Umwandlung von Unternehmen nach dem Umwandlungsgesetz oder jede Übertragung von Wirtschaftsgütern eines Unternehmens oder selbständigen Unternehmensteils im Wege der Singularsukzession, bei der jeweils die wirtschaftliche und organisatorische Einheit des Unternehmens oder selbständigen Unternehmensteils nach der Übertragung nahezu vollständig erhalten bleibt.

Danach ist nicht jede Veränderung eines Unternehmens auch eine Umwandlung, sondern Umwandlungen sind nur:

- Nach Umwandlungsrecht:
 - Verschmelzung zur Aufnahme,
 - Verschmelzung zur Neugründung,
 - Aufspaltung, Abspaltung, Ausgliederung, Formwechsel, Vermögensübertragung (nach Umwandlungsrecht!),
- jede Übertragung von Wirtschaftsgütern im Wege der Singularsukzession (z.B. ein Asset Deal) eines Unternehmens oder selbständigen Unternehmensteils, bei der jeweils die wirtschaftliche und organisatorische Einheit nach der Übertragung nahezu vollständig erhalten bleibt.

Für die Beurteilung, ob bei Übertragungen von Wirtschaftsgütern im Wege der Singularsukzession überhaupt eine Umwandlung im Sinne des EEG 2017 vorliegt, ist maßgeblich, ob die Substanz des ursprünglichen Unternehmens im Wesentlichen im aufnehmenden Unternehmen unverändert fortbesteht. Dabei ist unschädlich, wenn einzelne Wirtschaftsgüter von der Übertragung nicht erfasst sind, soweit die wirtschaftliche und organisatorische Einheit des Unternehmens im Übrigen nahezu vollständig erhalten bleibt. Maßgebend für den nahezu vollständigen Erhalt der wirtschaftlichen und organisatorischen Einheit ist in erster Linie der Vergleich des Sachanlagevermögens und der Anzahl der Mitarbeiter zum Tag vor und nach der Umstrukturierungsmaßnahme. Der nahezu vollständige Erhalt der wirtschaftlichen und organisatorischen Einheit ist insoweit deckungsgleich mit dem bisherigen Verständnis des § 67 EEG 2014. Demnach wird man regelmäßig von dem nahezu vollständigen Erhalt der wirtschaftlichen und organisatorischen Einheit ausgehen können, wenn mindestens 90 Prozent des Sachanlagevermögens und der Mitarbeiter übergegangen sind.

Sofern eine Umwandlung nach dem Umwandlungsgesetz erfolgt und im Handelsregister eingetragen wird, so ist stets das Datum der Handelsregistereintragung maßgeblich für den Zeitpunkt der Rechtswirksamkeit. In anderen Fällen (z.B. Asset Deal), in denen keine Eintragung ins Handelsregister erfolgt, ist in der Regel der vertraglich vereinbarte Zeitpunkt der dinglichen Übertragung entscheidend. Bitte beachten Sie, dass insbesondere vertraglich vereinbarte aufschiebende Bedingungen eine Veränderung des rechtswirksamen Übertragungszeitpunkts zur Folge haben können.

Keine Umwandlung sind damit bloße Zu- oder Verkäufe von einzelnen Betriebsmitteln, Stilllegungen oder andere Schwankungen im Betriebsvermögen.

2.2 Rechtsfolgen der Umwandlung

Im Zusammenhang mit der Umwandlung von Unternehmen treten im Hinblick auf die nach §§ 63 ff. EEG 2017 erforderliche Nachweisführung zahlreiche Rechtsfragen für die antragstellenden bzw. bereits begünstigten Unternehmen auf. Regelmäßig ist ein komplexer Sachverhalt zu prüfen und im Lichte des § 3 Nummer 45 i. V. m. § 67 EEG 2017 zu untersuchen. Hierbei ist zunächst festzustellen, ob überhaupt eine Umwandlung nach § 3 Nr. 45 EEG 2017 vorliegt. In einem zweiten Schritt ist dann zu prüfen, wie sich diese Umwandlung hinsichtlich der Nachweisführung auswirkt. Ein Unternehmen, das kürzlich umgewandelt wurde, kann z.B. für die Antragstellung nur dann auf die Daten eines übertragenen Unternehmens/sUT zurückgreifen, wenn die wirtschaftliche und organisatorische Einheit des übertragenen Unternehmens/sUT in dem aufnehmenden, nun den Antrag stellenden Unternehmen nahezu vollständig erhalten geblieben ist. Zudem darf die Umwandlung bei dem antragstellenden Unternehmen nicht zu einer wesentlichen Veränderung geführt haben, sprich auch das aufnehmende Unternehmen muss nach der Umwandlung nahezu vollständig erhalten geblieben sein. Die Daten eines Unternehmens vor der Umwandlung können also nur dann herangezogen werden, wenn sie für das aus der Umwandlung hervorgegangene Unternehmen weiterhin aussagekräftig sind.

Der Erhalt der wirtschaftlichen und organisatorischen Einheit impliziert, dass lediglich geringfügige Veränderungen im Rahmen der Umwandlung unschädlich sind. Für eine Beurteilung des Erhalts der wirtschaftlichen und organisatorischen Einheit vor und nach der Umwandlung wird auf die Veränderungen des Sachanlagevermögens und der Anzahl der Mitarbeiter abgestellt. Von einem nahezu vollständigen Erhalt der wirtschaftlichen und organisatorischen Einheit ist z. B. für das Unternehmen B auszugehen, das durch Aufspaltung des Unternehmens A in die Unternehmen B und C entsteht, wenn auf das Unternehmen B mindestens 90 Prozent des Sachanlagevermögens und der Arbeitnehmer übergehen und dort unter der gleichen einheitlichen Leitung und selbständigen Führung verbleiben, wie dies zuvor im Unternehmen A der Fall war.

Achtung!

Da gesellschaftsrechtliche Veränderungen sowohl im Nachweiszeitraum, im Antragsjahr als auch im Begrenzungsjahr Auswirkungen auf die Entscheidung des BAFA haben können, sind sämtliche für diese Zeiträume geplanten oder bereits durchgeführten Umwandlungen oder Umfirmierungen offen zu legen. Bei Unternehmen, die eine solche Maßnahme planen bzw. bereits durchgeführt haben, sollte möglichst frühzeitig vor der Antragstellung mit dem BAFA geklärt werden, auf welcher Datenbasis die Tatbestandsmerkmale des § 64 Absatz 1 Nummer 1 EEG 2017 nachzuweisen sind und welche Auswirkungen dies auf die Begrenzungsentscheidung haben könnte. In diesen Fällen muss das Unternehmen die Vorher- und Nachher-Situation ausführlich darlegen und mittels geeigneter Unterlagen (z. B. Handelsregisterauszüge, Kauf- und Übernahmeverträge, Vorstands- und Gesellschafterbeschlüsse usw.) belegen. Die Darlegungen des Unternehmens sind der Wirtschaftsprüferbescheinigung/dem Prüfungsvermerk als Anlage beizufügen.

Unternehmen, die einen Antrag auf Begrenzung gestellt haben bzw. bereits positiv beschieden worden sind, sind nach § 67 Absatz 2 EEG 2017 verpflichtet, dem BAFA Umwandlungen unverzüglich anzuzeigen. Im Falle eines bereits begünstigten Unternehmens ergibt sich die Anzeigepflicht daneben aus dem Begrenzungsbescheid, nach dem das Unternehmen dem BAFA unverzüglich und unaufgefordert alle auch nachträglichen Änderungen von Tatsachen schriftlich oder elektronisch mitzuteilen hat, die Auswirkungen auf den Bestand des Begrenzungsbescheides haben könnten.

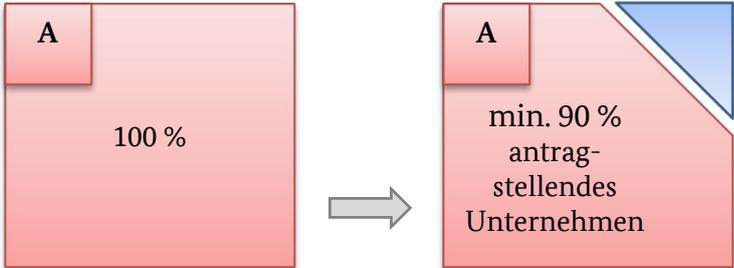
Ein Begrenzungsbescheid kann nach § 67 Absatz 3 EEG 2017 durch das „neue“ Unternehmen weiter genutzt werden, sofern die wirtschaftliche und organisatorische Einheit des ursprünglich begünstigten Unternehmens nach einer Umwandlung nahezu vollständig fortbesteht. Bei Umwandlungen nach dem Umwandlungsgesetz kann gegebenenfalls eine Übertragung des Begrenzungsbescheides zum Tag der Eintragung ins Handelsregister erfolgen. In anderen Fällen, z. B. bei zeitlich gestaffelten Einzelrechtsnachfolgen, wird die Übertragung mit der letzten von mehreren Einzelrechtsübertragungen wirksam.

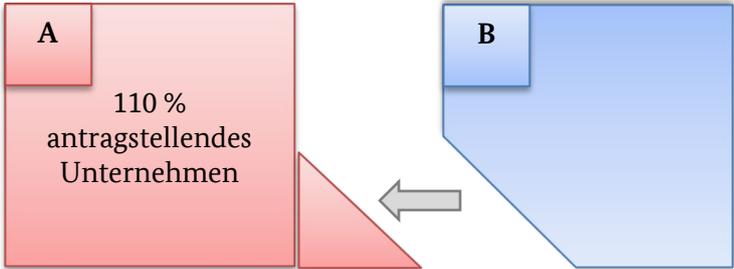
In den nachfolgenden Abschnitten 2.3 und 2.4 sind einige Anwendungsfälle exemplarisch dargestellt. Bitte beachten Sie, dass diese Beispiele auf Asset Deals, bei denen jeweils die wirtschaftliche und organisatorische Einheit nach der Übertragung nicht nahezu vollständig erhalten bleibt, keine Anwendung finden.

2.3 Umstrukturierung/Umwandlung bei Unternehmen

Umwandlung mit Veränderung ≤ 10 Prozent

Bleibt das antragstellende Unternehmen nach den oben genannten Kriterien nahezu vollständig erhalten, so kann es für eine Neuantragsstellung auf seine eigenen Daten vor der Umwandlung zurückgreifen, § 67 Absatz 1 Satz 1 EEG 2017. In den folgenden beiden Varianten ist diese Voraussetzung erfüllt:

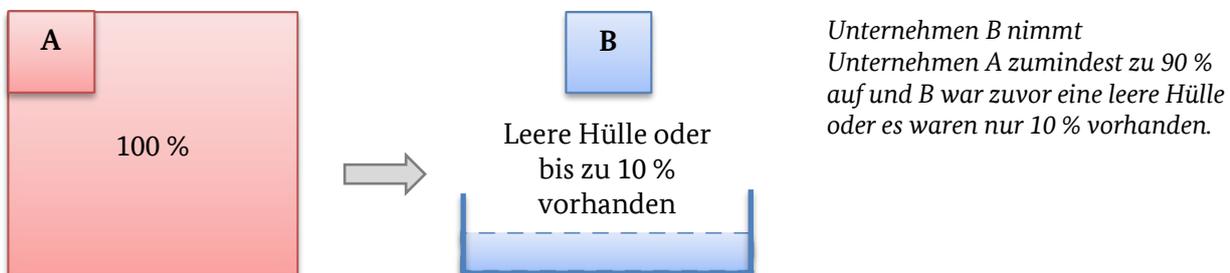
1.
 

Unternehmen A überträgt einen Teil an ein anderes Unternehmen, verändert sich dabei aber nur unwesentlich.
2.
 

Unternehmen A nimmt einen Teil von Unternehmen B auf, verändert sich dabei aber nur unwesentlich.

Umwandlung mit Veränderung ≥ 10 Prozent

Das antragstellende Unternehmen kann nur in einer Konstellation auf die Daten des übergehenden Unternehmens zurückgreifen, bei der es das übergehende Unternehmen zu mindestens 90 Prozent übernimmt und im antragstellenden Unternehmen vor der Umwandlung im Verhältnis nicht mehr als 10 Prozent des neuen „Ganzen“ vorhanden waren. Als Bezugszeitpunkt für die vergleichende Betrachtung gilt der Zeitpunkt der Umwandlung/Umstrukturierung. Diese Voraussetzung kann nur in der folgenden Variante erfüllt sein:



Hier kann B bei einer Neuantragsstellung auf die Daten des Unternehmens A zurückgreifen.

Liegt keine der o.g. Fallgestaltungen vor, so verweist § 67 Absatz 1 Satz 2 EEG 2017 für diese Fälle auf § 64 Absatz 4 EEG 2017. Das heißt nicht, dass diese Fälle Neugründungen i. S. d. EEG sind, sondern nur, dass sie hinsichtlich der Nachweisführung für eine Antragsstellung wie Neugründungen behandelt werden! Das Unternehmen kann ein gewillkürtes Rumpfgeschäftsjahr bilden, das spätestens mit dem Zeitpunkt beginnt, zu dem die durch die Umwandlung erfolgte Änderung in das Handelsregister eingetragen wurde, es

sei denn, es wurde vertraglich eine Rückwirkung auf einen Zeitpunkt vor der Eintragung vereinbart. Dann ist dieser vereinbarte Zeitpunkt zu Grunde zu legen. Ende des Rumpfgeschäftsjahres ist ein frei wählbarer Zeitpunkt vor Ablauf der Ausschlussfrist.

Die weiteren Folgen sind:

- Der Begrenzungsbescheid ergeht dann nur unter Widerrufsvorbehalt.
- Nach Vollendung des ersten abgeschlossenen Geschäftsjahres werden die Antragsvoraussetzungen nachträglich überprüft.
- Datenaufbau erfolgt in den folgenden Antragsjahren.

Achtung

Hinsichtlich des Nachweises der Zertifizierung nach § 64 Absatz 1 Nummer 3 i. V. m. Absatz 3 Nummer 2 EEG 2017 ist zu beachten, dass sämtliche Abnahmestellen des antragstellenden Unternehmens zertifiziert sein müssen. Dies gilt auch für im Unternehmen hinzugekommene Abnahmestellen. Die betreffenden Zertifikate müssen bei Antragstellung gültig sein.

2.4 Umstrukturierung/Umwandlung bei sUT

Die Anwendbarkeit der § 67 Absätze 1 – 3 EEG 2017 auf sUT ergibt sich aus den Bestimmungen in § 67 Absatz 4 EEG 2017. Hierdurch werden auch die Fälle erfasst, in denen zwar bezogen auf das Gesamtunternehmen kein nahezu vollständiger Übergang der wirtschaftlichen und organisatorischen Einheit auf einen übernehmenden Rechtsträger festzustellen ist, dies jedoch für einen sUT bejaht werden kann, der bereits im ursprünglichen Unternehmen die Begrenzung in Anspruch nehmen konnte und als solcher nach der Umwandlung fortbesteht.

Achtung

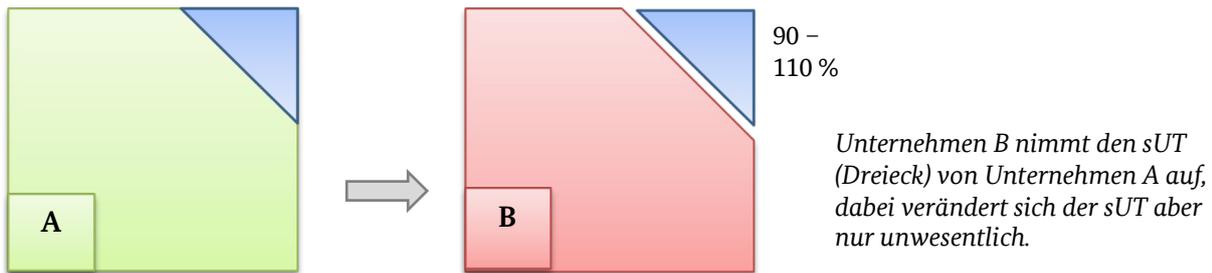
In diesen Konstellationen ist zu prüfen, ob das „neue“ Unternehmen auch der Liste 1 der Anlage 4 des EEG 2017 angehört, da es nur dann gem. § 64 Absatz 5 Satz 1 EEG 2017 einen Antrag für ein sUT stellen kann.

Möchte ein Unternehmen für ein sUT nach einer Umwandlung einen Antrag auf Begrenzung der EEG-Umlage stellen, regelt § 67 Absatz 1 EEG 2017, auf welcher Datenbasis es seinen Antrag stellen kann. Je nachdem, wie stark sich der sUT durch die Umwandlung verändert hat, bestehen zwei Möglichkeiten.

a) Umwandlung mit Veränderung ≤ 10 Prozent

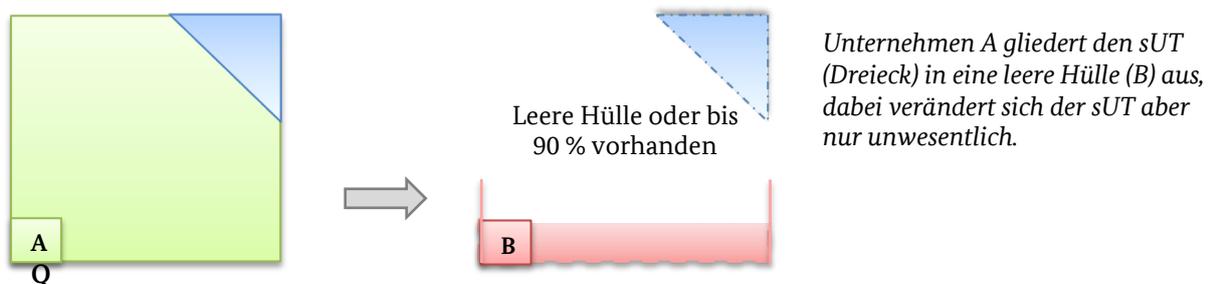
Bleibt der sUT nach den oben genannten Kriterien als sUT nahezu vollständig erhalten, so kann er für eine Neuantragstellung auf die Daten des vorherigen sUT vor der Umwandlung zurückgreifen, § 67 Absatz 1 Satz 1 EEG 2017.

In der folgenden Variante ist diese Voraussetzung des § 67 Absatz 1 Satz 1 EEG 2017 erfüllt:



Bleibt der sUT jedoch nicht als sUT erhalten, sondern wird in einen neuen Rechtsträger ausgegründet, der dann als Ganzes einen Unternehmensantrag stellt, so kann dieses Unternehmen nicht mehr auf die Daten des sUT zurückgreifen. Dies gilt auch für die Fälle, in denen der aufnehmende Rechtsträger eine leere Hülle ist und ausschließlich den sUT aufnimmt. Der Antrag ist in dieser Konstellation in der Regel auf Grundlage eines gewillkürten Rumpfgeschäftsjahres bis zum 30.09. zu stellen.

Dies wäre in folgender Variante der Fall:



Ist in dem aufnehmenden Unternehmen allerdings so viel enthalten, dass sich das aufnehmende Unternehmen nach der Aufnahme um nicht mehr als 10 Prozent verändert hat, so muss es auf Basis historischer Daten des aufnehmenden Unternehmens den Antrag stellen.

b) Umwandlung mit Veränderung ≥ 10 Prozent

Hat sich der sUT zu mehr als 10 Prozent verändert, so verweist § 67 Absatz 1 Satz 2 EEG 2017 für diesen Fall auf § 64 Absatz 4 EEG 2017.

Das heißt nicht, dass diese Fälle Neugründungen i. S. d. EEG sind, sondern nur, dass sie hinsichtlich der Nachweisführung für eine Antragsstellung wie Neugründungen behandelt werden! Das erwerbende Unternehmen muss für den sUT ein gewillkürtes Rumpfgeschäftsjahr bilden, das spätestens mit dem Zeitpunkt beginnt, zu dem die durch die Umwandlung erfolgte Änderung in das Handelsregister eingetragen wurde, es sei denn es wurde vertraglich eine Rückwirkung der Eintragung vereinbart. Dann ist dieser vereinbarte Zeitpunkt zu Grunde zu legen. Ende des Rumpfgeschäftsjahres ist schließlich ein frei wählbarer Zeitpunkt vor Ablauf der Ausschlussfrist. Hierbei ist zu beachten, dass auch im gewillkürten Rumpfgeschäftsjahr die Antragsvoraussetzungen im vollen Umfang erfüllt und die dafür erforderlichen Nachweise erbracht werden müssen.

Die weiteren Folgen sind:

- Der Begrenzungsbescheid ergeht dann nur unter Widerrufsvorbehalt.
- Nach Vollendung des ersten abgeschlossenen Geschäftsjahres werden die Antragsvoraussetzungen nachträglich überprüft.
- Datenaufbau erfolgt in den folgenden Antragsjahren.

Achtung!

Hinsichtlich des Nachweises der Zertifizierung nach § 64 Absatz 1 Nummer 3 i. V. m. Absatz 3 Nummer 2 EEG 2017 ist zu beachten, dass sämtliche Abnahmestellen des antragstellenden Unternehmens zertifiziert sein müssen. Soweit ein Antrag für einen sUT gestellt wird, genügt es, wenn das Zertifikat den sUT vollständig abdeckt. Die Zertifizierungspflicht gilt jeweils auch für im Unternehmen bzw. im sUT hinzugekommene Abnahmestellen. Die betreffenden Zertifikate müssen bei Antragstellung gültig sein.

Ob im Fall einer Umwandlung nach EEG 2017 ein bereits bestehender Begrenzungsbescheid auf ein anderes Unternehmen übertragen werden kann, ist auf Basis der Bestimmungen in §§ 3 Nr. 45 und 67 Absatz 3 EEG 2017 zu entscheiden. Demnach ist eine Übertragung eines Begrenzungsbescheides nur dann möglich, wenn durch die Umwandlung eines begünstigten Unternehmens dessen wirtschaftliche und organisatorische Einheit nahezu vollständig auf ein anderes Unternehmen übergeht. Dabei wird man insbesondere betrachten müssen, inwieweit das Sachanlagevermögen und die Arbeitnehmer auf das neue Unternehmen übergegangen sind.

3. Erstmaliger Verbrauch bestimmter eigenerzeugter, umlagepflichtiger Strommengen (§ 61 e Absatz 1 oder 2 EEG 2017)

Unternehmen, die nach dem 30. Juni des Vorjahres erstmals nach § 61e Absatz 1 oder Absatz 2 EEG 2017 eigenerzeugte umlagepflichtige Strommengen selbst verbrauchen, werden nach § 64 Absatz 4a EEG 2017 hinsichtlich der Nachweisführung für eine Antragstellung wie neu gegründete Unternehmen behandelt.

VIII. Entscheidungswirkung (§ 66 EEG 2017)

1. Begrenzungsentscheidung

Die Begrenzungsentscheidung ist eine gebundene Entscheidung, bei der das BAFA kein Ermessen hat.

Die Entscheidung des BAFA ergeht nach § 66 Absatz 4 EEG 2017 mit Wirkung gegenüber dem Unternehmen, dem EVU, dem zuständigen Netzbetreiber und dem regelverantwortlichen ÜNB. Das begrenzte Unternehmen erhält das Original des Begrenzungsbescheides. Jeweils eine Zweitausfertigung geht an das voraussichtlich im Begrenzungszeitraum beliefernde EVU und den regelverantwortlichen ÜNB. Da das BAFA über diesen Vorgang gemäß § 66 Absatz 5 Satz 1 EEG 2017 in den EEG-Umverteilungsprozess eingreift, ist es unbedingt erforderlich, die Adressdaten des im Begrenzungszeitraum zuständigen EVU sowie des regelverantwortlichen ÜNB anzugeben. **Änderungen sind unverzüglich dem BAFA anzuzeigen.**

Das BAFA behält sich vor, das Vorliegen der Voraussetzungen wie auch die rechtmäßige Umsetzung der erteilten Begrenzungsbescheide zu prüfen. Der Begrenzungsbescheid darf nur für selbst verbrauchte Strommengen des Unternehmens an seinen begrenzten Abnahmestellen genutzt werden. Nicht beantragte Abnahmestellen und an Dritte weitergeleitete Strommengen sind von der Begrenzung ausgenommen. Zuwiderhandlungen können strafrechtliche Konsequenzen haben.

Die Begrenzungsentscheidung wird zum 01. Januar des Folgejahres mit einer Geltungsdauer von einem Jahr wirksam (§ 66 Absatz 4 Satz 2 EEG 2017). Eine kürzere Geltungsdauer als die in § 66 Absatz 4 Satz 2 EEG 2017 kann sich insbesondere dann ergeben, wenn das Unternehmen umstrukturiert wird oder seine Produktionstätigkeit im Laufe des Begrenzungsjahres einstellt.

2. Umfang der Begrenzung

2.1 Begrenzung nach § 64 Absatz 2 EEG 2017

Der Umfang der Begrenzung ergibt sich für den Begünstigungszeitraum aus den Bestimmungen des § 64 Absatz 2 EEG 2017:

„Die EEG-Umlage wird an den Abnahmestellen, an denen das Unternehmen einer Branche nach Anlage 4 zuzuordnen ist, für den Strom, den das Unternehmen dort im Begrenzungszeitraum selbst verbraucht, wie folgt begrenzt:

1. Die EEG-Umlage wird für den Stromanteil bis einschließlich 1 Gigawattstunde nicht begrenzt (Selbstbehalt). Dieser Selbstbehalt muss im Begrenzungsjahr zuerst gezahlt werden.
2. Die EEG-Umlage wird für den Stromanteil über 1 Gigawattstunde begrenzt auf
 - a) 15 Prozent der nach § 60 Absatz 1 ermittelten EEG-Umlage bei Unternehmen, die
 - aa) einer Branche nach Liste 1 der Anlage 4 zuzuordnen sind, sofern die Stromkostenintensität mindestens 17 Prozent betragen hat, oder
 - bb) einer Branche nach Liste 2 der Anlage 4 zuzuordnen sind, sofern die Stromkostenintensität mindestens 20 Prozent betragen hat, oder
 - b) 20 Prozent der nach § 60 Absatz 1 ermittelten EEG-Umlage bei Unternehmen, die einer Branche nach Liste 1 der Anlage 4 zuzuordnen sind, sofern die Stromkostenintensität mindestens 14 Prozent und weniger als 17 Prozent betragen hat.

3. Die Höhe der nach Nummer 2 Buchstabe a zu zahlenden EEG-Umlage wird in Summe aller begrenzten Abnahmestellen des Unternehmens auf höchstens den folgenden Anteil der Bruttowertschöpfung begrenzt, die das Unternehmen im arithmetischen Mittel der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre erzielt hat:
 - a) 0,5 Prozent der Bruttowertschöpfung, sofern die Stromkostenintensität des Unternehmens mindestens 20 Prozent betragen hat, oder
 - b) 4,0 Prozent der Bruttowertschöpfung, sofern die Stromkostenintensität des Unternehmens weniger als 20 Prozent betragen hat.
4. Die Begrenzung nach den Nummern 2 und 3 erfolgt nur so weit, dass die von dem Unternehmen zu zahlende EEG-Umlage für den Stromanteil über 1 Gigawattstunde den folgenden Wert nicht unterschreitet:
 - a) 0,05 Cent pro Kilowattstunde an Abnahmestellen, an denen das Unternehmen einer Branche mit der laufenden Nummer 130, 131 oder 132 nach Anlage 4 zuzuordnen ist, oder
 - b) 0,1 Cent pro Kilowattstunde an sonstigen Abnahmestellen;

der Selbstbehalt nach Nummer 1 bleibt unberührt.“

Selbstbehalt (Nummer 1)

Für den Stromanteil bis einschließlich 1 Gigawattstunde (GWh) wird die EEG-Umlage nicht begrenzt. Dieser Selbstbehalt ist zuerst und mit der vollen Umlage nach § 60 Abs. 1 EEG zu zahlen.

Nur wenn das Unternehmen an der betreffenden Abnahmestelle im gesamten Begrenzungszeitraum weniger als 1 GWh Strom selbst verbraucht, der der vollen EEG-Umlage nach §§ 60, 61 Abs. 1 EEG unterliegt, kann anteilig für den Selbstbehalt Strom herangezogen werden, der der verringerten EEG-Umlage nach § 61 Abs. 2 EEG unterliegt.

Begrenzung auf 15 Prozent (Nummer 2a)

Der Beitrag eines begünstigten Unternehmens (Liste 1 mit mindestens 17 Prozent und Liste 2 mit mindestens 20 Prozent Stromkostenintensität) beträgt grundsätzlich 15 Prozent der vollen EEG-Umlage. Auch für eigenerzeugte und selbst verbrauchte Strommengen ist bei der Berechnung des 15-prozentigen Anteils der EEG-Umlage die nach § 60 Absatz 1 EEG 2017 ermittelte Umlage zugrunde zu legen.

Deckelung über Cap oder Super-Cap (Nummer 3)

Die auf 15 Prozent begrenzte EEG-Umlage wird gedeckelt. Liegt die Stromkostenintensität bei weniger als 20 Prozent, beträgt der Deckel 4 Prozent der für den Nachweiszeitraum ermittelten durchschnittlichen Bruttowertschöpfung nach EEG 2017 des Unternehmens (sogenanntes „Cap“). Liegt die Stromkostenintensität bei mindestens 20 Prozent, beträgt der Deckel 0,5 Prozent der für den Nachweiszeitraum ermittelten durchschnittlichen Bruttowertschöpfung nach EEG 2017 des Unternehmens (sogenanntes „Super-Cap“).

Für die Ermittlung, ob der aus der Bruttowertschöpfung ermittelte Höchstbetrag (Deckel) erreicht ist, wird die begrenzte EEG-Umlage, die an allen begünstigten Abnahmestellen eines Unternehmens insgesamt zu zahlen ist, addiert. Nicht begünstigte Abnahmestellen eines Unternehmens bleiben bei der Berechnung unberücksichtigt; für sie ist die volle EEG-Umlage ohne Deckel zu zahlen.

In Fällen, in denen ein Geschäftsjahr kürzer ist als zwölf Kalendermonate, ist nur zur Bestimmung der Höhe des maßgeblichen Höchstbetrages (§ 64 Absatz 2 Nummer 3 EEG 2017) die für den Nachweiszeitraum ermittelte Bruttowertschöpfung hochzurechnen. Hierbei wird bei der Berechnung des arithmetischen Mittels der gesamte Nachweiszeitraum (d.h. in der Regel alle drei Nachweisjahre) betrachtet. Dann wird die Summe der Bruttowertschöpfung über den gesamten Nachweiszeitraum dividiert durch die Anzahl der Tage des Nachweiszeitraums. Aus dem sich ergebenden Wert des arithmetischen Mittels der Bruttowertschöpfung

je Tag wird der Höchstbetrag für das Begrenzungsjahr von 365 Tagen (bzw. 366 Tagen, wenn der Begrenzungszeitraum auf ein Schaltjahr fällt) berechnet.

Mindestbetrag (Nummer 4)

Aus § 64 Absatz 2 Nummer 4 EEG 2017 ergibt sich, dass die EEG-Umlage auch bei Berücksichtigung des Deckels nach Nummer 3 nicht auf weniger als die volle Umlage für die erste Gigawattstunde und einen Mindestbetrag für den Stromanteil darüber hinaus begrenzt wird. Dieser Mindestbetrag beläuft sich an Abnahmestellen, an denen das Unternehmen den Branchen „Erzeugung und erste Bearbeitung von Aluminium“, „Erzeugung und erste Bearbeitung von Blei, Zink und Zinn“ sowie „Erzeugung und erste Bearbeitung von Kupfer“ zuzuordnen ist, auf 0,05 Cent je Kilowattstunde. An allen anderen Abnahmestellen beträgt er 0,1 Cent je Kilowattstunde. Insgesamt wird durch diese Festlegung von Mindestbeträgen sichergestellt, dass alle begünstigten Unternehmen auch unter Berücksichtigung des jeweils o. g. Deckels einen Grundbeitrag zur Umlage erbringen.

Soweit ein Unternehmen im Nachweiszeitraum eine negative Bruttowertschöpfung erzielt hatte, gelten die Mindestbeträge (0,05 bzw. 0,1 Cent je Kilowattstunde) entsprechend.

Begrenzung auf 20 Prozent (Nummer 2b)

Der Beitrag eines begünstigten Unternehmens (Liste 1 mit mindestens 14 Prozent und **weniger** als 17 Prozent Stromkostenintensität) beträgt grundsätzlich 20 Prozent der vollen EEG-Umlage. Auch für eigenerzeugte und selbst verbrauchte Strommengen ist bei der Berechnung des 20-prozentigen Anteils der EEG-Umlage die nach § 60 Absatz 1 EEG 2017 ermittelte Umlage zugrunde zu legen.

Die weiteren Begrenzungstatbestände nach § 64 Absatz 2 EEG 2017 kommen für diese Fallgruppe nicht in Betracht.

2.2 Begrenzung nach § 64 Absatz 5a i.V.m. § 64 Absatz 2 EEG 2017

Die Begrenzung erfolgt für alle Abnahmestellen eines Unternehmens, das einer Branche nach Anlage 4 EEG 2017 zuzuordnen ist, unabhängig davon, ob auch jede einzelne Abnahmestelle einer Branche der Anlage 4 EEG 2017 zuzuordnen ist. An jeder Abnahmestelle des Unternehmens wird dann die erste Gigawattstunde mit voller EEG-Umlage abgerechnet – unabhängig von bestehenden Regelungen an der Abnahmestelle zur vollen oder anteiligen EEG-Umlagepflicht nach §§ 60, 61 EEG 2017. Für die über eine Gigawattstunde hinausgehenden Mengen erfolgt die Begrenzung nach § 64 Absatz 2 Nummer 2 (15 % bzw. 20 % der EEG-Umlage), Ziffer 3 (Unternehmens-CAP) und Ziffer 4 (Mindestumlage).

Umsetzung der Bescheide

Das BAFA regelt in den Begrenzungsbescheiden, wie die Begrenzung im Ergebnis am Ende des Jahres umgesetzt sein soll. Der Bescheid ist dabei an die Struktur des Gesetzes angelehnt. Im Gesetz und im Bescheid ist die unterjährige Abrechnung nicht geregelt. Es ist Sache der Bescheidempfänger, sicherzustellen, dass am Jahresende die Umlage gemäß dem Begrenzungsbescheid vollständig gezahlt ist. Insbesondere ist der Betrag aus § 64 Absatz 2 Nummer 3 Buchstaben a und b stets vollständig zu entrichten, soweit er zum Tragen kommt.

Achtung!

Bei einer Begrenzung nach § 64 Absatz 5a EEG 2017 muss die begrenzte EEG-Umlage für die gesamte selbst verbrauchte Strommenge gezahlt werden, unabhängig davon, ob sie nach den §§ 60 und 61 EEG 2017 voll, anteilig oder nicht umlagepflichtig ist.

2.3 Härtefallregelung

Darüber hinaus gelten in bestimmten Fällen abweichende Regeln für Unternehmen oder selbständige Unternehmensteile. Seit dem Antragsjahr 2018 hat die Doppelungsregelung nach § 103 Absatz 3 EEG 2017 keinen Anwendungsbereich mehr; die Regelung gemäß § 103 Absatz 4 EEG 2017 bleibt weiterhin bestehen:

Die Regelungen des § 103 Absatz 4 EEG 2017 legen Folgendes fest:

„Für Unternehmen oder selbständige Unternehmensteile, die

1. als Unternehmen des produzierenden Gewerbes nach § 3 Nummer 14 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes in der am 31. Juli 2014 geltenden Fassung für das Begrenzungsjahr 2014 über eine bestandskräftige Begrenzungsentscheidung nach den §§ 40 bis 44 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes in der am 31. Juli 2014 geltenden Fassung verfügen und
2. die Voraussetzungen nach § 64 dieses Gesetzes nicht erfüllen, weil sie
 - a) keiner Branche nach Anlage 4 zuzuordnen sind oder
 - b) einer Branche nach Liste 2 der Anlage 4 zuzuordnen sind, aber ihre Stromkostenintensität weniger als 20 Prozent beträgt,

begrenzt das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle auf Antrag die EEG-Umlage für den Stromanteil über 1 GWh pro begrenzter Abnahmestelle auf 20 Prozent der nach § 60 Absatz 1 ermittelten EEG-Umlage, wenn und insoweit das Unternehmen oder der selbständige Unternehmensteil nachweist, dass seine Stromkostenintensität im Sinne des § 64 Absatz 6 Nummer 3 in Verbindung mit Absatz 1 und 2 dieses Paragraphen mindestens 14 Prozent betragen hat. Satz 1 ist auch anzuwenden für selbständige Unternehmensteile, die abweichend von Satz 1 Nummer 2 Buchstabe a oder b die Voraussetzungen nach § 64 dieses Gesetzes deshalb nicht erfüllen, weil das Unternehmen einer Branche nach Liste 2 der Anlage 4 zuzuordnen ist. Im Übrigen sind Absatz 3 und die §§ 64, 66, 68 und 69 EEG entsprechend anzuwenden.“

Das Unternehmen verliert seinen Anspruch auf die Anwendung der Härtefallregelung für künftige Antragsverfahren auch dann nicht, wenn es seit dem Inkrafttreten des EEG 2014 am 1. August 2014 in einem Jahr keinen Antrag gestellt hat oder die Voraussetzungen für eine Begrenzung nicht erfüllt hatte. Allerdings muss das Unternehmen oder der sUT als Unternehmen des produzierenden Gewerbes nach § 3 Nummer 14 EEG 2012 weiterhin der begünstigten Gruppe wie im Begrenzungsjahr 2014 zugeordnet sein.

Die Härtefallregelung erstreckt sich nur auf die Unternehmen und die sUT, die im Begrenzungsjahr 2014 nach der Besonderen Ausgleichsregelung privilegiert waren, sofern sie im aktuellen Antragsjahr die Voraussetzungen des EEG 2017 (Listenzugehörigkeit und/oder Erreichen der erforderlichen Stromkostenintensität) nicht erfüllen können.

2.4 Transparenzpflichten gemäß UE BLL

Nach Abschnitt 3.2.7 der „Leitlinien für staatliche Umweltschutz- und Energiebeihilfeleitlinien 2014-2020“ (sog. „UE BLL“) der Europäischen Kommission (ABl. C 200 vom 28.06.2014, S. 1) hat jeder Mitgliedstaat bestimmte Informationen zu beihilferelevanten Maßnahmen auf einer ausführlichen Beihilfe-Website zu veröffentlichen. Die Bundesrepublik Deutschland ist europarechtlich zur Einhaltung dieser Vorgabe verpflichtet.

Die Begrenzung der EEG-Umlage und der KWKG-Umlage bei stromkostenintensiven Unternehmen (§ 63 Nr. 1 EEG 2017 bzw. § 27 KWKG 2017) und bei Schienenbahnen (§ 63 Nr. 2 EEG 2017 bzw. § 27c KWKG 2017) sind solche beihilferelevanten Maßnahmen. Das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle veröffentlicht die entsprechenden Daten in der Beihilfetransparenzdatenbank der Europäischen Kommission (<https://webgate.ec.europa.eu/competition/transparency/public?lang=de>).

Die Transparenzpflichten umfassen auch den Betrag der jedem Beihilfeempfänger gewährten Beihilfe. Bei dem aus § 63 ff. EEG 2017 und § 27 KWKG 2017 und § 27 c KWKG 2017 jeweils folgenden Begrenzungsbetrag genügt die Angabe des Beihilfebetrags in den in Rn. 105 der UE BLL angegebenen Spannen.

2.4.1 Transparenzpflichten gemäß UE BLL für EEG 2017

Der Berechnung des jeweiligen Begrenzungsbetrags nach § 63 ff. EEG 2017 legt das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle die von dem jeweiligen Unternehmen im Antragsverfahren vorgelegten und geprüften Angaben zugrunde.

2.4.2 Transparenzpflichten gemäß UE BLL für KWKG

Der Berechnung des jeweiligen Begrenzungsbetrags nach § 27 KWKG 2017 legt das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle die von dem jeweiligen Unternehmen in einem Kalenderjahr (Nachweisjahr) von einem Elektrizitätsversorgungsunternehmen oder anderen Dritten bezogene Strommenge (Strombezugsmenge nach § 2 Nr. 5 DSPV) abzüglich der von diesem Unternehmen weitergeleiteten Strommenge zugrunde. Sollte die aus dem Netz entnommene elektrische Arbeit größer ausfallen als die Strombezugsmenge nach § 2 Nr. 5 DSPV, so wird die erstgenannte Strommenge abzüglich der von diesem Unternehmen weitergeleiteten Strommenge bei der Berechnung verwendet.

Das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle verfährt in der oben genannten Weise auch, soweit sich die KWKG-Umlagebegrenzung aus den Vorgängerregelungen der § 27 und § 27c KWKG 2017 ergibt. Diese Vorgehensweise erstreckt sich auch auf alle anderen Umlagen, die in gleicher Weise auf der Begrenzungswirkung der Besonderen Ausgleichsregelung basieren.

2.4.3 Berichtigung der Berechnungsannahmen zu Transparenzpflichten

Sollten bei einem Unternehmen besondere Umstände vorliegen, die bzgl. der Annahmen zur Strommenge eine Ergänzung und / oder bzgl. des Umlagesatzes eine Änderung der oben dargestellten Annahmen erfordern, und führen diese Umstände zur Einordnung in eine andere der in Rn. 105 der UE BLL genannten Spannen, kann dieses Unternehmen die Anpassung der Veröffentlichung beantragen. Der Antrag ist unter nachvollziehbarer Darlegung der besonderen Umstände und der zugehörigen Berechnung innerhalb von zwei Monaten nach Veröffentlichung der das Unternehmen betreffenden Daten in der Beihilfetransparenzdatenbank an [eeg.ausgleich@bafa.bund.de] zu richten.

IX. Rücknahme der Entscheidung, Auskunft, Betretungsrecht (§ 68 EEG 2017)

„Die Entscheidung nach § 63 EEG ist mit Wirkung auch für die Vergangenheit zurückzunehmen, wenn bekannt wird, dass bei ihrer Erteilung die Voraussetzungen nach den §§ 64 oder 65 EEG nicht vorlagen. Zum Zweck der Prüfung der gesetzlichen Voraussetzungen sind die Bediensteten des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle und dessen Beauftragte befugt, von den für die Begünstigten handelnden natürlichen Personen für die Prüfung erforderliche Auskünfte zu verlangen, innerhalb der üblichen Geschäftszeiten die geschäftlichen Unterlagen einzusehen und zu prüfen sowie Betriebs- und Geschäftsräume sowie die dazugehörigen Grundstücke der begünstigten Personen während der üblichen Geschäftszeiten zu betreten. Die für die Begünstigten handelnden natürlichen Personen müssen die verlangten Auskünfte erteilen und die Unterlagen zur Einsichtnahme vorlegen. Zur Auskunft Verpflichtete können die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung sie selbst oder in § 383 Absatz 1 Nummer 1 bis 3 der Zivilprozessordnung bezeichnete Angehörige der Gefahr strafrechtlicher Verfolgung oder eines Verfahrens nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten aussetzen würde.“

X. Mitwirkungspflicht nach § 69 EEG 2017

Antragstellende Unternehmen unterliegen einer Mitteilungspflicht für die Evaluierung und Fortschreibung der Besonderen Ausgleichsregelung. Diese ergibt sich aus § 69 EEG 2017.

XI. Gebühren und Auslagen

Für Anträge zur Besonderen Ausgleichsregelung EEG fallen Gebühren an. Diese werden in der Besondere-Ausgleichsregelung-Gebührenverordnung (BAGebV) geregelt. Es gilt aktuell die Besondere-Ausgleichsregelung-Gebührenverordnung vom 5. März 2013 (BGBl. I S. 448), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 17. Dezember 2018 (BGBl. I S. 2500) geändert worden ist.

XII. Begriffsbestimmungen (Stichwortverzeichnis)

Begriffsbestimmungen

Abnahmestelle (§ 64 Absatz 6 Nummer 1 EEG 2017): Abnahmestelle ist die Summe aller räumlich und physikalisch zusammenhängenden elektrischen Einrichtungen einschließlich der Eigenversorgungsanlagen eines Unternehmens, die sich auf einem in sich abgeschlossenen Betriebsgelände befinden und über eine oder mehrere Entnahmepunkte mit dem Netz des Netzbetreibers verbunden sind; sie muss über eigene Stromzähler an allen Entnahmepunkten und Eigenversorgungsanlagen verfügen.

Energie- oder Umweltmanagementsystem (§ 3 Nummer 18 EEG 2017): ein System, das den Anforderungen der DIN EN ISO 50001, Ausgabe Dezember 2011¹, entspricht, oder ein System im Sinn der Verordnung (EG) Nummer 1221/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2009 über die freiwillige Teilnahme von Organisationen an einem Gemeinschaftssystem für Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nummer 761/2001, sowie der Beschlüsse der Kommission 2001/681/EG und 2006/193/EG (ABl. L 342 vom 22.12.2009, Satz 1) in der jeweils geltenden Fassung.“ (¹ Amtlicher Hinweis: Zu beziehen bei der Beuth Verlag GmbH, 10772 Berlin, und in der Deutschen Nationalbibliothek archivmäßig gesichert niedergelegt.)

Elektrizitätsversorgungsunternehmen (§ 3 Nummer 20 EEG 2017): jede natürliche oder juristische Person, die Elektrizität an Letztverbraucher liefert

Eigenversorgung (§ 3 Nummer 19 EEG 2017): der Verbrauch von Strom, den eine natürliche oder juristische Person im unmittelbaren räumlichen Zusammenhang mit der Stromerzeugungsanlage selbst verbraucht, wenn der Strom nicht durch ein Netz durchgeleitet wird und diese Person die Stromerzeugungsanlage selbst betreibt

Exemplarische Abnahmestelle(n): Diese Abnahmestelle(n) ist/sind (Antrags-)Abnahmestelle(n) des Unternehmens bei Anträgen nach § 64 Abs. 5a EEG 2017. Exemplarische Abnahmestellen müssen einen Stromverbrauch von mehr als 1 GWh insgesamt (d.h. EEG-umlagepflichtig und nicht EEG-umlagepflichtig) und eine Listenzugehörigkeit der Liste 1 / Liste 2 der Anlage 4 des EEG 2017 nachweisen.

Letztverbraucher (§ 3 Nummer 33 EEG 2017): jede natürliche oder juristische Person, die Strom verbraucht

Netz (§ 3 Nummer 35 EEG 2017): die Gesamtheit der miteinander verbundenen technischen Einrichtungen zur Abnahme, Übertragung und Verteilung von Elektrizität für die allgemeine Versorgung

Netzbetreiber (§ 3 Nummer 36 EEG 2017): jeder Betreiber eines Netzes für die allgemeine Versorgung mit Elektrizität, unabhängig von der Spannungsebene

„neu gegründete Unternehmen“ (§ 64 Absatz 6 Nummer 2a EEG 2017): Unternehmen, die mit nahezu vollständig neuen Betriebsmitteln ihre Tätigkeit erstmals aufnehmen; sie dürfen nicht durch Umwandlung entstanden sein; neue Betriebsmittel liegen vor, wenn ein Unternehmen ohne Sachanlagevermögen neues Sachanlagevermögen erwirbt oder schafft; es wird unwiderleglich vermutet, dass der Zeitpunkt der Neugründung der Zeitpunkt ist, an dem erstmals Strom zu Produktionszwecken verbraucht wird.

„Strombörse“ in einem Kalenderjahr (§ 3 Nummer 43a EEG 2017): die Strombörse, die im ersten Quartal des vorangegangenen Kalenderjahres das höchste Handelsvolumen für Stundenkontrakte für die Preiszone Deutschland am Spotmarkt aufgewiesen hat

Übertragungsnetzbetreiber (§ 3 Nummer 44 EEG 2017): der regelverantwortliche Netzbetreiber von Hoch- und Höchstspannungsnetzen, die der überregionalen Übertragung von Elektrizität zu anderen Netzen dienen

„umlagepflichtige Strommengen“ (§ 3 Nummer 44a EEG 2017): Strommengen, für die nach § 60 oder § 61 die volle oder anteilige EEG-Umlage gezahlt werden muss; nicht umlagepflichtig sind Strommengen, wenn und solange die Pflicht zur Zahlung der EEG-Umlage entfällt oder sich auf null Prozent verringert.

Umwandlung (§ 3 Nummer 45 EEG 2017): jede Umwandlung von Unternehmen nach dem Umwandlungsgesetz oder jede Übertragung von Wirtschaftsgütern eines Unternehmens oder selbständigen Unternehmensteils im Weg der Singularsukzession, bei der jeweils die wirtschaftliche und organisatorische Einheit des Unternehmens oder selbständigen Unternehmensteils nach der Übertragung nahezu vollständig erhalten bleibt

Umweltgutachter (§ 3 Nummer 46 EEG 2017): jede Person oder Organisation, die nach dem Umweltauditgesetz in der jeweils geltenden Fassung als Umweltgutachter oder Umweltgutachterorganisation tätig werden darf

Unternehmen (§ 3 Nummer 47 EEG 2017): jeder Rechtsträger, der einen nach Art und Umfang in kaufmännischer Weise eingerichteten Geschäftsbetrieb unter Beteiligung am allgemeinen wirtschaftlichen Verkehr nachhaltig mit eigener Gewinnerzielungsabsicht betreibt

Vergleichsrechnung (bei Anträgen im Zusammenhang mit § 64 Absatz 5a EEG 2017): Im Rahmen der Vergleichsrechnung wird zum einen die Stromkostenintensität ohne Einbezug der umlagefreien eigenerzeugten und selbst verbrauchten Strommengen und zum anderen mit Einbezug dieser Strommengen ermittelt. Im ersten Schritt werden für die Zuordnung zum durchschnittlichen Strompreis die Vollbenutzungsstunden der Standard-Antragsabnahmestellen und im zweiten Schritt die der exemplarischen Abnahmestelle(n) des antragstellenden Unternehmens zugrunde gelegt. Das antragstellende Unternehmen muss nun auf Basis dieser sich so ergebenden durchschnittlichen Strompreise die Vergleichsrechnung vornehmen, d.h. die Stromkostenintensität ohne und mit Einbezug der umlagefreien eigenerzeugten und selbst verbrauchten Strommengen errechnen.

Zertifizierer (i. S. des § 64 Absatz 1 Nummer 3 i. V. m. Absatz 3 Nummer 2 EEG 2017):

1. Umweltgutachter und Umweltgutachterorganisationen gemäß Umweltauditgesetz (UAG) für EMAS in ihrem jeweiligen Zulassungsbereich,
2. Zertifizierer für ISO 50001 in ihrem jeweiligen akkreditierten Bereich

XIII. Anhang

Musterbeispiel einer Überleitungsrechnung

Im nachfolgenden Musterbeispiel ist das aktuelle Schema der Überleitungsrechnung aufgeführt. In diesem Beispiel wird anhand fiktiver Daten die Systematik der Überleitungsrechnung verdeutlicht.

Die Überleitungsrechnung ist von jedem Unternehmen im Rahmen der Antragstellung einzureichen. Die Rohdatei können Sie im ELAN-K2 Portal unter dem Reiter Bruttowertschöpfung herunterladen und anschließend die ausgefüllte Version als pdf-Datei hochladen.

Die Grundlage für die Ermittlung der Bruttowertschöpfung ist die GuV Ihres Unternehmens. Hierbei sind die einzelnen Posten der GuV inkl. der Konten aufzuführen. (Wertmäßige) Abweichungen zwischen den Positionen der GuV und der Bruttowertschöpfung sind zu erläutern. Nachdem die Daten der GuV übergeleitet wurden, ist die vorläufige Wertschöpfung um Korrekturbeträge anzupassen. Dann ergibt sich die Bruttowertschöpfung gem. § 64 Absatz 6 Nummer 2 EEG 2017. Die Bruttowertschöpfung gem. Überleitungsrechnung muss mit der Bruttowertschöpfung des Vermerkes des Wirtschaftsprüfers übereinstimmen. Jedes Konto, welches in die Bruttowertschöpfung übergeleitet wurde, ist einer konkreten Position des Gliederungsschemas entsprechend zuzuordnen. Sofern in der Überleitungsrechnung nicht angesetzte Erlöskonten bzw. angesetzte Aufwandskonten enthalten sind, die keine klare Bezeichnung haben, so sind diese gem. dem Musterbeispiel entsprechend ihrer Inhalte aufzuschlüsseln.

Muster: Überleitungsrechnung Gewinn- und Verlustrechnung zur Bruttowertschöpfungsberechnung

Hinweis: Das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle übernimmt keine Gewähr für die Richtigkeit der folgenden Tabelle

Bitte tragen Sie in Spalte A bis C die Daten der Gewinn- und Verlustrechnung ein.

Bitte tragen Sie in die Spalte D die Daten ein, die nicht in der Bruttowertschöpfungsberechnung berücksichtigt wurden.

Bitte tragen Sie in Spalte F die Position ein, in der die Daten in die Bruttowertschöpfung eingeflossen sind.

 Antragssteller: **Muster AG** Geschäftsjahr: **2015**

GuV 2015 - Muster AG			nicht in der Berechnung der Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten eingerechnet	BWS	Position in der BWS
Konto	Bezeichnung	€	€	€	
	Umsatzerlöse				
5000	Umsatzerlöse für eigene Erzeugnisse	10.000.000,00 €		10.000.000,00 €	1
5001	Umsatzerlöse für andere eigene Erzeugnisse	100.000,00 €		100.000,00 €	1
5002	Erlöse aus innergemeinschaftlichen Lieferungen	10.000,00 €		10.000,00 €	1
5003	Umsatzerlöse für Waren	5.000,00 €		5.000,00 €	2
5004	Sonstige Umsatzerlöse	1.000,00 €		1.000,00 €	1
5005	Erlösschmälerungen	-100,00 €		-100,00 €	1
		10.115.900,00 €	0,00 €	10.115.900,00 €	
	Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen				
5006	Bestandsveränderung fertige Erzeugnisse	1.000.000,00 €		1.000.000,00 €	5
5007	Bestandsveränderung unfertige Erzeugnisse	-100.000,00 €		-100.000,00 €	5
		900.000,00 €	0,00 €	900.000,00 €	
	Sonstige betriebliche Erträge				
5008	Erlöse aus Grundstück sverpachtung	20.000,00 €	20.000,00 €	0,00 €	
5009	Mieterträge	150.000,00 €		150.000,00 €	4
5010	Stromsteuererstattung	16.000,00 €		16.000,00 €	8
5011	Erlöse Sachanlagenverkauf	100.000,00 €	100.000,00 €	0,00 €	
5012	Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	20.000,00 €	20.000,00 €	0,00 €	
5013	Erträge aus der Auflösung oder Herabsetzung von Wertberichtigungen auf Forderungen	10.000,00 €	10.000,00 €	0,00 €	
5014	Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	5.000,00 €	5.000,00 €	0,00 €	
5015	Periodenfremde Erträge	90.000,00 €	90.000,00 €	0,00 €	
5016	Sonstige Erträge	10.000,00 €	10.000,00 €	0,00 €	
5017	Erstattungen Versicherung	100.000,00 €	100.000,00 €	0,00 €	
		521.000,00 €	355.000,00 €	166.000,00 €	
	Andere aktivierte Eigenleistungen				
	Aktivierte Eigenleistungen zur Erstellung von selbst geschaffenen immateriellen Vermögensgegenständen	50.000,00 €		50.000,00 €	6
		50.000,00 €	0,00 €	50.000,00 €	
	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren				
5017	Aufwendungen für Rohstoffe	-100.000,00 €		-100.000,00 €	8
5018	Aufwendungen für Vorprodukte	-80.000,00 €		-80.000,00 €	8
5019	Aufwendungen für Hilfsstoffe	-90.000,00 €		-90.000,00 €	8
5020	Aufwendungen für Betriebsstoffe	-70.000,00 €		-70.000,00 €	8
5021	Aufwendungen für Verpackungsmaterial	-15.000,00 €		-15.000,00 €	8
5022	Aufwendungen für Energie u. Treibstoffe	-100.000,00 €		-100.000,00 €	8
5023	Aufwendungen für Waren	-30.000,00 €		-30.000,00 €	10
5024	Bestandsveränderung Waren	150.000,00 €		150.000,00 €	9
5025	Bestandsveränderung RHB	-300.000,00 €		-300.000,00 €	7
		-635.000,00 €	0,00 €	-635.000,00 €	

	Aufwendungen für bezogene Leistungen				
5026	Fremdleistungen für Erzeugnisse	-150.000,00 €		-150.000,00 €	11
5027	Frachten und Fremdlager	-50.000,00 €		-50.000,00 €	11
5028	Vertriebsprovisionen	-60.000,00 €		-60.000,00 €	11
5029	Fremdinstandhaltung	-30.000,00 €		-30.000,00 €	11
5030	Leiharbeiter	-60.000,00 €		-60.000,00 €	12
		-350.000,00 €	0,00 €	-350.000,00 €	
	Löhne und Gehälter				
5031	Löhne	-1.000.000,00 €	-1.000.000,00 €	0,00 €	
5032	Urlaubs- Weihnachtsgeld	-50.000,00 €	-50.000,00 €	0,00 €	
5033	Freiwillige Zuwendungen	-1.000,00 €	-1.000,00 €	0,00 €	
5034	Sachbezüge	-15.000,00 €	-15.000,00 €	0,00 €	
5035	Vergütung an Auszubildende	-30.000,00 €	-30.000,00 €	0,00 €	
5036	Gehälter	-900.000,00 €	-900.000,00 €	0,00 €	
		-1.996.000,00 €	-1.996.000,00 €	0,00 €	
	soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung				
5037	Soziale Abgaben	-500.000,00 €	-500.000,00 €	0,00 €	
5038	Berufsgenossenschaft	-15.000,00 €	-15.000,00 €	0,00 €	
5039	Aufwendungen für Altersversorgung	-30.000,00 €	-30.000,00 €	0,00 €	
		-545.000,00 €	-545.000,00 €	0,00 €	
	Abschreibungen				
	auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen				
5040	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	-1.000.000,00 €	-1.000.000,00 €	0,00 €	
5041	Abschreibungen auf Sachanlagen	-50.000,00 €	-50.000,00 €	0,00 €	
5042	Abschreibungen GWG	-6.000,00 €		-6.000,00 €	15
5043	außerplanmäßige Abschreibungen	-60.000,00 €	-60.000,00 €	0,00 €	
		-1.116.000,00 €	-1.110.000,00 €	-6.000,00 €	
	Sonstige betriebliche Aufwendungen				
5044	Mieten	-100.000,00 €		-100.000,00 €	14
5045	Pachten	-50.000,00 €		-50.000,00 €	14
5046	Versicherungsbeiträge	-10.000,00 €		-10.000,00 €	15
5047	Beiträge zu Wirtschaftsverbänden und Berufsvertretungen	-5.000,00 €		-5.000,00 €	15
5048	Verspätungszuschläge/Zwangsgelder	-600,00 €	-600,00 €	0,00 €	
5049	Reparaturen	-100.000,00 €		-100.000,00 €	13
5050	Instandhaltungen	-50.000,00 €		-50.000,00 €	13
5051	Wartung	-4.000,00 €		-4.000,00 €	13
5052	Kfz-Versicherung	-50.000,00 €		-50.000,00 €	15
5053	Kfz-Betriebskosten	-3.000,00 €		-3.000,00 €	15
5054	Kfz-Leasing	-2.000,00 €		-2.000,00 €	15
5055	Büromaterial	-1.000,00 €		-1.000,00 €	15
5056	Zeitungen und Fachliteratur	-2.000,00 €		-2.000,00 €	15
5057	Portokosten	-200,00 €		-200,00 €	15
5058	Kosten der Telekommunikation	-1.000,00 €		-1.000,00 €	15
5059	Reisekosten	-3.000,00 €		-3.000,00 €	15
5060	Bewirtung	-4.000,00 €		-4.000,00 €	15
5061	Werbung	-2.000,00 €		-2.000,00 €	15
5062	Ausgangsfrachten	-100.000,00 €		-100.000,00 €	15
5063	Verkaufsprovisionen	-60.000,00 €		-60.000,00 €	15
5064	Fortbildungskosten	-1.000,00 €		-1.000,00 €	15
5065	Rechts- und Beratungskosten	-2.000,00 €		-2.000,00 €	15
5066	Abschluss- und Prüfungskosten	-200,00 €		-200,00 €	15
5067	Buchführungskosten	-1.000,00 €		-1.000,00 €	15
5068	Schwerbehindertenausgleichsabgabe	-3.000,00 €	-3.000,00 €	0,00 €	
5069	Verluste aus Anlagenabgang	-10.000,00 €	-10.000,00 €	0,00 €	
5070	PWB auf Forderungen	-20.000,00 €	-20.000,00 €	0,00 €	
5071	Forderungsverluste	-3.000,00 €	-3.000,00 €	0,00 €	
5072	Spenden	-1.000,00 €	-1.000,00 €	0,00 €	
5073	Periodenfremde Aufwendungen	-2.000,00 €	-2.000,00 €	0,00 €	
5074	Verluste Schadensfälle	-200,00 €	-200,00 €	0,00 €	
5075	Zölle	-1.000,00 €		-1.000,00 €	15
		-592.200,00 €	-39.800,00 €	-652.400,00 €	
	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens				
5076	Erträge aus Wertpapieren	500,00 €	500,00 €	0,00 €	
		500,00 €	500,00 €	0,00 €	
	sonstige Zinsen und ähnliche Erträge				
5077	Zinserträge	5.000,00 €	5.000,00 €	0,00 €	
		5.000,00 €	5.000,00 €	0,00 €	
	Zinsen und ähnliche Aufwendungen				
5078	Zinsaufwendungen	-1.000,00 €	-1.000,00 €	0,00 €	
		-1.000,00 €	-1.000,00 €	0,00 €	
	außerordentliche Erträge				
5079	außerordentliche Erträge	2.000,00 €	2.000,00 €	0,00 €	
		2.000,00 €	2.000,00 €	0,00 €	
	außerordentliche Aufwendungen				
5080	außerordentliche Aufwendungen	-4.000,00 €	-4.000,00 €	0,00 €	
		-4.000,00 €	-4.000,00 €	0,00 €	
	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag				
5081	Körperschaftsteuer	-10.000,00 €	-10.000,00 €	0,00 €	
5082	Gewerbesteuer	-15.000,00 €		-15.000,00 €	16
5083	Gewerbesteuer Vorjahr	-15.000,00 €	-15.000,00 €	0,00 €	
		-40.000,00 €	-25.000,00 €	-15.000,00 €	
	davon Aufwendungen aus der Zuführung und Auflösung latenter Steuern				
5084	latente Steuern	-2.000,00 €	-2.000,00 €	0,00 €	
		-2.000,00 €	-2.000,00 €	0,00 €	
	sonstige Steuern				
5085	Grundsteuer	-500,00 €		-500,00 €	16
5086	Kfz-Kosten	-200,00 €		-200,00 €	16
		-700,00 €	0,00 €	-700,00 €	
	Jahresüberschuss/-fehlbetrag				
	Jahresüberschuss/-fehlbetrag	6.312.500,00 €	-3.360.300,00 €	9.672.800,00 €	
	abzgl. Fiktive EEG-Kosten			-100.000,00 €	8
	abzgl. Verbrauch Rückstellungen, soweit Vorleistung im Geschäftsjahr			-50.000,00 €	15
	zugl. Zuführungen zu den Rückstellungen			50.000,00 €	15
	zugl. Kosten für Leiharbeiter			60.000,00 €	12
	zugl. Abschreibungen auf das Umlaufvermögen			10.000,00 €	8
	zugl./abzgl. nicht gebuchte Prüfungsdifferenzen			25.000,00 €	15
	Bruttowertschöpfung gem. § 64 Abs. 6 Nr. 2 EEG 2014			9.667.800,00 €	

	Umsatz aus eigenen Erzeugnissen	10.110.900,00 €			1
	Umsatz aus Handelsware ohne Umsatzsteuer	5.000,00 €			2
	Provisionen aus der Handelsvermittlung	0,00 €			3
	Umsatz aus sonstigen nichtindustriellen / handwerklichen Tätigkeiten ohne Umsatzsteuer	150.000,00 €			4
	Bestände am Anfang des Geschäftsjahres	-2.000.000,00 €			5
	Bestände am Ende des Geschäftsjahres	2.900.000,00 €			5
	selbsterstellte Anlagen (einschließlich Gebäude und selbstdurchgeführte Großreparaturen), soweit aktiviert	50.000,00 €			6
	Gesamtleistung – Bruttoproduktionswert ohne Umsatzsteuer	11.215.900,00 €			
	RHB am Anfang des Geschäftsjahres	-500.000,00 €			7
	RHB am Ende des Geschäftsjahres	200.000,00 €			7
	Eingänge an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen ohne Umsatzsteuer, die als Vorsteuer abzugsfähig ist	-529.000,00 €			8
	Handelswaren am Anfang des Geschäftsjahres	-100.000,00 €			9
	Handelswaren am Ende des Geschäftsjahres	250.000,00 €			9
	Eingänge an Handelsware ohne Umsatzsteuer, die als Vorsteuer abzugsfähig ist	-30.000,00 €			10
	Kosten für durch andere Unternehmen ausgeführte Lohnarbeiten (auswärtige Bearbeitung)	-290.000,00 €			11
	Nettoproduktionswert ohne Umsatzsteuer	10.216.900,00 €			
	Kosten für Leiharbeiternehmer	-60.000,00 €			12
	Kosten für sonstige industrielle / handwerkliche Dienstleistungen	-154.000,00 €			13
	Mieten und Pachten ohne Umsatzsteuer	-150.000,00 €			14
	Sonstige Kosten ohne Umsatzsteuer	-229.400,00 €			15
	Bruttowertschöpfung ohne Umsatzsteuer	9.623.500,00 €			
	Sonstige indirekte Steuern	-15.700,00 €			16
	Subventionen für die laufende Produktion	0,00 €			17
	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten	9.607.800,00 €			
	Personalkosten für Leiharbeitsverhältnisse	60.000,00 €			12
	Bruttowertschöpfung i.S.d. § 64 Absatz 6 Nummer 2 EEG 2014	9.667.800,00 €	Probe:	0,00 €	
	Erläuterung von nicht angesetzten Erlöskonten, die keine klare Bezeichnung haben				
	(z.B. Sonstige Erträge, andere Erträge usw.)				
5016	Sonstige Erträge				
	-Sachbezüge	4.000,00 €			
	-Ertrag aus Kursdifferenz	6.000,00 €			
		10.000,00 €			
	Erläuterung von angesetzten Aufwandskonten, die keine klare Bezeichnung haben				
	(z.B. Sonstige betriebliche Aufwendungen, übrige Aufwendungen usw.)				
5047	Sonstige betriebliche Aufwendungen				
	-Buchführungskosten	-3.000,00 €			
	-EDV-Kosten	-2.000,00 €			
		-5.000,00 €			
	Stromkosten gem. GuV, welche in der BWS enthalten sind				
5022	Aufwendungen für Energie u. Treibstoffe	-80.000,00 €			
5010	Stromsteuererstattung	16.000,00 €			
		-64.000,00 €			

Impressum: Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle
- Besondere Ausgleichsregelung EEG -
Frankfurter Straße 29 – 35
65760 Eschborn

Sofern keinerlei Wertminderungen beim Umlaufvermögen eingetreten sind und im entsprechenden Feld der Überleitungsrechnung daher der Wert „0“ eingetragen wird, bestätigen Sie dies bitte zusätzlich.

Impressum

Herausgeber

Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle
Leitungsstab Presse- und Sonderaufgaben
Frankfurter Str. 29 - 35
65760 Eschborn

<http://www.bafa.de/>

E-Mail: eeg.ausgleich@bafa.bund.de

Tel.: +49(0)6196 908-1666

Fax: +49(0)6196 908-1800

Stand

16.04.2019



Das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle ist mit dem audit berufundfamilie für seine familienfreundliche Personalpolitik ausgezeichnet worden. Das Zertifikat wird von der berufundfamilie GmbH, einer Initiative der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung, verliehen.

Diese Druckschrift wird im Rahmen des Leitungsstabs "Presse- und Sonderaufgaben" des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.